

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

FEBRUAR 1985

7

auf
genommen

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortsteil Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek



Zum 40. Jahrestag des Sieges
MARSCHALL SHUKOW

BERICHT ÜBER EINEN HEERFÜHRER

PL 65
1500 9003 1529
ZOLLEINWÄRTER
151 394 347
14159 7



Anton Tschechow
im Jahre 1901

Im August 1886 hatte sich an der Sadowaja-Kudrinskaja-Straße in Moskau der junge Arzt und künftige Schriftsteller Tschechow niedergelassen. Dieses eingeschossige Gebäude (Sie sehen es auf dem Foto), das, wie Tschechow sagte, einer Kommode ähnelt, wurde bald in ganz Moskau bekannt. Hier empfing Doktor Tschechow täglich bis zum Mittag seine Patienten. Die übrige Zeit widmete er der Literatur. In Moskau wurde aus dem Feuilletonisten Antoscha Tschechonte der Schriftsteller Anton Tschechow. Hier entstanden in vier Jahren die Novellen „Die Steppe“, „Eine langweilige Geschichte“, das Stück

„Iwanow“, die Posse „Der Bär“ und „Der Heiratsantrag“ sowie über 100 Erzählungen.

Zu Gast im Hause Tschechow waren der Komponist Tschajkowski, die Schriftsteller Korolenko und Giljarowski, berühmte Schauspieler und Musiker, Studenten, Ärzte. Tschechow besaß eine Ausstrahlung, die viele anzog.

In diesem Jahr feierte das Moskauer Tschechow-Museum mit Menschen in aller Welt den 125. Geburtstag des Dichters, dessen Werke in 92 Sprachen erschienen sind und weltweite Anerkennung fanden.



Überall nimmt das Interesse am Schaffen Tschechows zu. Das Werk des großen Humanisten ist für viele ein Lebensquell.



Das Plakat für Tschechows
„Die Möwe“



Das Tschechow-Museum

KEIN PLATZ FÜR „STERHENKRIEGE“

Das Wettrüsten, das die Menschheit zu zügeln versucht, ähnelt einem mehrköpfigen Drachen. Schlägt man ihm einen Kopf ab, wächst ein neuer nach. Das geschehe nicht, wäre da nicht der gewissenlose Militarismus mit seiner unersättlichen Profitgier. Er veranlaßt die Wissenschaft, für den Krieg zu arbeiten, bringt die Montagebänder der Rüstungswerke auf Hochtouren.

Unter diesen Voraussetzungen das Wettrüsten einzudämmen ist unerhört schwierig — riesige Regionen der Erde sind bereits in "Kriegsschauplätze" verwandelt worden, um den beliebten Ausdruck des Pentagon zu benutzen. Wie viel komplizierter aber wird diese Aufgabe, wenn auch der Weltraum zu einem solchen Schauplatz gemacht wird! Dadurch könnte sie so erschwert werden, daß sie unlösbar erscheint. Statt der von der Weltöffentlichkeit erwarteten und geforderten allgemeinen und vollständigen Abrüstung würden die Erde und der erdnahen Raum allgemein und vollständig aufgerüstet, was unkontrollierbar und unumkehrbar wäre.

Blicken wir der Wahrheit ins Auge: "Die Militarisierung des Weltraums würde nicht nur faktisch das Ende im Prozeß der Begrenzung und Reduzierung von nuklearen Rüstungen bedeuten, sondern auch zum Katalysator für ein unkontrolliertes Wettrüsten in allen Richtungen werden", sagte Konstantin Tschernenko dem CNN-Korrespondenten Stuart Loory.

Noch läßt sich die Gefahr abwenden. Die Verhütung der Militarisierung des Weltraums ist eines der drei miteinander verbundenen Themen der am 12. März in Genf beginnenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen, die auch die hochgefährlichen Kategorien der strategischen und der Mittelstreckenwaffen umfassen werden. Das allerdings stand nicht in den Plänen der US-Administration. Washington wollte das Problem Weltraum für sich pachten. Wenn sich dessen Vertreter letzten Endes darauf einließen, die Weltraum- und Nuklearrüstungen im untrennbaren Zusammenhang, in einem "Korb" zu behandeln und zu lösen, ist das vor allem ein Verdienst der Sowjetunion, ihrer prinzipiellen Einstellung zu den Fragen Krieg, Frieden und Abrüstung, der Stärke ihrer Logik und Argumente.

Die sowjetische Haltung lautet: Keinerlei Waffen im Weltraum! Weder bemannte noch unbemannte Systeme, weder konventionelle, nukleare, Laser-, Teilchen- oder sonstige Waffen. Weltraumangriffswaffen jeglicher Einsatz- und Stüt-

zungsarten dürfen nicht entwickelt, getestet und stationiert werden — weder zur Verwendung im Weltraum noch zur Verwendung aus dem Weltraum gegen Ziele auf der Erde, in der Luft oder auf See. Bereits bestehende Waffen sind zu vernichten. Die Sowjetunion ist überhaupt dafür, daß der Einsatz von Waffen im Weltraum und aus dem Weltraum gegen die Erde sowie von der Erde aus gegen Objekte im Weltraum für immer verboten wird.

Wenn die US-Regierung die gleiche Haltung zeigte, würden sich keine besonderen Schwierigkeiten bei der Erlangung einer beiderseits akzeptablen Vereinbarung ergeben. Aber daran liegt es ja eben, daß das Pentagon und Washington ihre eigenen Interessen im Weltraum haben. Alle in der Nachkriegszeit unternommenen Versuche, militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen, endeten mit einem Fiasco. Nun versuchen die USA ihr Glück auf der Erdumlaufbahn, um dort zu erreichen, was sie auf der Erde nicht erreichen könnten. So entstand die "strategische Verteidigungsinitiative" Präsident Reagans, die in den USA selbst sehr richtig Programm der "Sternenkriege" getauft wurde.

Inzwischen steigt das Pentagon schon in den Raumanzug. Es werden besondere Kommandostäbe und Leitzentralen für militärisch wichtige Anlagen im Weltraum geschaffen. Dessen Militarisierung wird bis zum Ende dieses Jahrhunderts und sogar bis ins 21. Jahrhundert hinein zur vordringlichsten Aufgabe der US-Staatspolitik gemacht, die damit den Weltraumtrumpf für ein langes Feilschen in Genf in die Hand bekommen will.

Das alles soll demagogisch mit der Sorge um den "Fortschritt" von Wissenschaft und Technik, um die "Überlebensgarantie" für die Menschheit getarnt werden und wird sogar als staatsmännische Weisheit ausgegeben! "Staatsmännische Weisheit", verkünden die Verfasser einer kürzlich veröffentlichten Broschüre des Weißen Hauses, "besteht nicht darin, technische Leistungen zu ignorieren, sondern darin, vorauszublicken, das potentielle Plus und Minus dieser Leistungen zu prüfen, insbesondere vom Standpunkt der internationalen Sicherheit." Nur hat "staatsmännische Weisheit" unter Nutzung der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Projekts "Manhattan" zur Tragödie von Hiroshima und Nagasaki geführt, woran Konstantin Tschernenko in seinem CNN-Interview erinnert.

Wahre staatsmännische Weisheit erfordert vielmehr, technische Leistungen nicht in den Dienst des Krieges, sondern in den des Friedens, der internationalen Sicherheit zu stellen. Der Weltraum muß vor einer Militarisierung geschützt werden. Er ist nicht zu "Sternenkriegen" da, sondern zur friedlichen Zusammenarbeit und zum Fortschritt für das Wohl der Menschheit.

POST

In Ihrem Heft 47/84 berichteten Sie von einem beeindruckenden Dokument, dem bei Smolensk aufgefundenen Brief des Rotarmisten Stepan Krutow. Er wurde im Oktober 1941 geschrieben und endete mit den Worten: "Wer nach uns leben wird, möge sich erinnern, daß die Menschen für ihre Heimat gekämpft und sie wie die eigene Mutter geliebt haben. Wir sind unbesiegbar."

Wie Sie richtig mitteilten, blieb Stepan Krutow am Leben. Deshalb können wir Ihnen und Ihren Lesern von dem erstaunlichen Schicksal des sowjetischen Bürgers und Soldaten erzählen. Stepan Krutow wurde 1915 im Dorf Galanino, Rayon Kowernino, Gebiet Gorki in einer Bauernfamilie geboren. Sein Vater war Teilnehmer des ersten Weltkriegs und des Bürgerkriegs und trat als einer der ersten einem Kolchos bei. Er hatte sieben Kinder. Nach Schulabschluß nahm Stepan eine Arbeit auf und wurde 1937 zur Roten Armee einberufen. Er beteiligte sich an der Befreiung Westbeloruslands und am Krieg gegen die Weißen. Im Oktober 1941 wurde sein Truppenteil bei Smolensk eingeschlossen. Krutow wurde verwundet und geriet in Gefangenschaft. Auf dem Marsch ins Lager pakte er einen günstigen Moment ab, um diesen Brief zu schreiben und ihn in eine Patronenhülse zu stecken, die er im Dorf Hislawitschi fallen ließ, wo sie 1963 gefunden wurde. Krutow wurde nach Deutschland verschleppt: zwei Mal floh er aus dem Lager, schlug sich schließlich nach Frankreich durch, wo er Verbindung zu französischen Patrioten aufnahm und Kämpfer der Resistance wurde. Nach dem Sieg in seine Heimat zurückgekehrt, wohnte er in Moskau, wo er militärisch-patriotische Arbeit leistete. Stepan Krutow ist 1966 verstorben.

W. BARMINOW

Abteilungsleiter für Propaganda und Agitation
des KPdSU-Rayonkomitees Kowernino

S. JERMAKOW

Vorsitzender des Exekutivkomitees des Dorfso-
wjets Kamensk

I. LEONOW

Mitarbeiter der Zeitung "Wperjod k kommuni-
smu"

Vor kurzem begingen die sowjetischen Bürger den Jahrestag des Durchbruchs der Blockade Leningrads. Die Heldenstadt war 900 Tage von den Horden Hitlers belagert worden. 640 000 Menschen kamen durch Hunger und bei Bombenangriffen um. Trotz allem hielt die Stadt durch, und keine Qualen konnten den Freiheits- und Siegeswillen der Leningrader brechen. Niemand darf die Schrecken des zweiten Weltkrieges vergessen. Die US-Administration und ihre Verbündeten sollten sich darüber im klaren sein, welche Folgen ein dritter Weltkrieg haben müßte. Die Rüstungsausgaben müssen unbedingt gekürzt und die Sozialbewilligungen für Millionen Arme erhöht werden.

Cosimo DE CANDIA
Mola di Berl, Italien

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 7 FEBRUAR 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktsionskollegium: L. BESYMEMSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:

R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Kein Platz für „Sternenkriege“ (Wort des Redakteurs)	1
K. Tschernenko — Interview für USA-Fernsehen	4
A. Alexejew — Gewaltanwendung verbieten	6
N. Miroschnik — Ehe es zu spät ist	7
D. Wolski — Strategie des Absurden	9
W. Dolgow — Nikaragua. Aufbau und Bereitschaft zur Abwehr	12
Biographisches — Kurt Furgler	13
J. Glasunow — Vietnam. Ruhmreiches Jubiläum	14
J. Botscharjow — Die Farce geht weiter (Kommentar)	15
Notizen ♦ Glossen	16
N. Jakowlew — Zum 40. Jahrestag des Sieges. Marschall Shukow	18
P. Dalnew — VR China. In der Rolle des Schiedsrichters	24
M. Seripow — Südafrika. Konfrontation mit dem Rossismus	24
A. Kusnezow — Pazifik. Es brodelt in Neukaledonien	26
L. Jelin — Der zähe „goldene Halbmond“ (Hinter den Kulissen)	28
D. Sgerski — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Marschall der Sowjetunion Georgi Shukow gehört zu den sowjetischen Heerführern, die im Großen Vaterländischen Krieg hohen Ruhm errangen und einen bedeutenden Beitrag zur militärischen Zerschlagung Hitlerdeutschlands leisteten. Zum 40. Jahrestag des Großen Sieges beginnt die NZ mit einer Artikelserie über den gefeierten Militär [S. 18].

Foto: N. Bedow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau
Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.



Vom 31. Januar bis zum 2. Februar weilte Bohuslav Chnoupek, Mitglied des ZK der KPtsch und Außenminister der CSSR zu einem Besuch in Moskau. In Gesprächen mit Andrej Gromyko kamen die bilateralen Beziehungen und aktuelle internationale Probleme zur Sprache.

Unser Bild: Vor der Unterredung

Foto: S. Smirnow

Am 5. Februar konferierte Andrej Gromyko mit Isidoro Malmierca, Mitglied des ZK der KP Kubas und Außenminister der Republik Kuba. Dabei wurde mit Genugtuung die erfolgreiche Entwicklung der auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus basierenden sowjetisch-kubanischen Zusammenarbeit in allen Bereichen festgestellt. Besonders betont wurde in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Begegnung Konstantin Tschernenkos mit Fidel Castro im Februar 1984. Der bevorstehende 25. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Republik Kuba wird zu einem denkwürdigen Datum. In diesem Zeitraum haben sich zwischen den beiden Ländern Beziehungen neuen Typs entwickelt, die von wahrer Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung und brüderlicher Solidarität gekennzeichnet sind. Die sowjetische Seite bekundete erneut ihre unerschütterliche Unterstützung für Kuba, das fest und tapfer der Politik der Druckausübung und Drohungen seitens des US-Imperialismus widersteht. Malmierca begrüßte namens der kubanischen Führung die auf Initiative der UdSSR erzielte Übereinkunft zu den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf. Die Seiten äußerten ernste Besorgnis über die gefährliche Lage in Mittelamerika, vor allem um Nicaragua, und verurteilten entschieden die verbrecherische Interventionspolitik der USA gegenüber diesem souveränen Staat.

Am 4. Februar traf eine Delegation der KPdSU unter Michail Solomenzew zur Teilnahme am XXV. Parteitag der FKP in Paris ein.

Am 5. Februar empfing Nikolai Tichonow im Kreml Berthold Beitz, Aufsichtsratsvorsitzender der Firma "Friedrich Krupp", der zu einem Geschäftsbesuch in Moskau weilte. Das Gespräch berührte beiderseitig interessierende Fragen der Wirtschaftszusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD, darunter die Zusammenarbeit sowjetischer Organisationen mit der Firma "Friedrich Krupp".

Am 4. Februar fand im Moskauer Gewerkschaftshaus eine Festsetzung der sowjetischen Öffentlichkeit anlässlich des 30. Jahrestags der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Indien statt, auf der der Präsident der Gesellschaft für sowjetisch-indische Freundschaft, Minister N. Goldin, die Ansprache hielt.

Im Jawaharlal-Nehru-Museum in Delhi wurde feierlich ein Geschenk der Sowjetregierung an die Regierung Indiens übergeben — die Landekapsel des

UdSSR. Die Gäste besuchten ferner Betriebe, ein Forschungsinstitut und eine Schule. Die Delegationsmitglieder erklärten, sie hätten sich davon überzeugt, daß die neue Technik und Technologie in der UdSSR ausschließlich unter Berücksichtigung der Interessen der Werktätigen und bei Vollbeschäftigung eingeführt werde.

Der Vorsitzende des Nationalitäten-sowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, August Voss, empfing den US-amerikanischen Senator Charles Mathias, der auf Einladung der Parlamentarischen Gruppe der UdSSR in der Sowjetunion weilte. Der Gast traf auch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Parlamentarischen Gruppe, Wadim Sogladin, zusammen. Die Gespräche berührten die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sowie andere aktuelle internationale Probleme. Dabei wurde betont, daß ein positiver Ausgang der neuen Verhandlungen zu nuklearen und Weltraumwaffen zwischen der UdSSR und den USA günstige Auswirkungen auf die Weltlage haben und zu einem wichtigen Schritt bei der Lösung der grundlegenden Probleme der Gegenwart werden würde.

Vom 22. bis 29. Januar weilte eine Delegation der KP Belgiens unter dem Mitglied des Politbüros des ZK der Partei und politischen Direktor der Zeitung "Drapeau Rouge", Pierre Beauvois, in der Sowjetunion. Die Delegation hatte Unterredungen im ZK der KPdSU, im Staatslichen Komitee für Wissenschaft und Technik, in der Redaktion der "Prawda", im Zentralrat der Sowjetischen Gewerkschaften sowie in der AdW der

IN KÜRZE

Raumschiffs "Sojus T10", mit der der indische Kosmonaut Rakesh Sharma und seine sowjetischen Kollegen am 11. April 1984 zur Erde zurückgekehrt waren. In der Feierstunde erklärte der indische Ministerpräsident Rajiv Gandhi, die langjährige ersprießliche sowjetisch-indische Zusammenarbeit im Weltraum habe bereits reiche Früchte getragen und besitze umfangreiche und gute Aussichten. Rajiv Gandhi äußerte ferner, Indien wende sich gegen den Kurs auf die Militarisierung des Weltraums und die "Sternenkriege".

Am 29. Januar nahm in Stockholm die Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Sicherheit sowie Abrüstung in Europa ihre Arbeit wieder auf. Die sowjetische Delegation legte der Konferenz als neues wichtiges Dokument die "Hauptpunkte eines Vertrags über die gegenseitige Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen" vor.

Am 31. Januar schloß in Athen ein Treffen von Vertretern der Weltöffentlichkeit zum Kampf für Frieden und Abrüstung. Seine Teilnehmer waren die Regierungschefs Griechenlands, Schwedens, Tansanias und Argentiniens, die gemeinsam mit den Regierungschefs Indiens und Mexikos Verfasser der vor kurzem in Delhi verabschiedeten Deklaration der "Sechs" sind, sowie mehr als 50 namhafte Politiker und Persönlichkeiten der Öffentlichkeit aus verschiedenen Ländern, darunter die sowjetischen Akademiemitglieder Welicow und Arbatow. In einem Kommunique bekundeten die Teilnehmer ihre Entschlossenheit, alle Mittel einzusetzen, um Fortschritte in der Sache des Friedens und der nuklearen Abrüstung zu erreichen.

Am 31. Januar begann in Wien eine neue Runde der Verhandlungen über den beiderseitigen Truppen- und Rüstungsbau in Mitteleuropa. Die sowjetische Delegation wird von Valerian Michailow geleitet.

Am 5. Februar begann in Genf eine turnusmäßige Tagung der Abrüstungskonferenz. An ihr beteiligen sich Delegationen aus 40 Ländern, darunter aus der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten.

In Moskau wurde der 25. Jahrestag der Gründung der Universität der Völkerfreundschaft Patrice Lumumba mit einem Festabend begangen. Die Redner verwiesen auf die wirksame Hilfe der Sowjetunion bei der Ausbildung hochqualifizierter Fachleute für viele Länder.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Konstantin Tschernenko, gewährte dem Korrespondenten der amerikanischen Fernsehgesellschaft CNN, Stuart Loory, ein Interview, das folgenden Wortlaut hat:

Frage: Schafft Ihrer Ansicht nach die zwischen den USA und der UdSSR in Genf erzielte Vereinbarung über die Verhandlungen, die am 12. März beginnen werden, Bedingungen für eine ernsthafte und fruchtbare Erörterung der Fragen der Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und seiner Beendigung auf der Erde?

Antwort: Wir zweifeln nicht daran. Die Vereinbarung über den Gegenstand und die Ziele der bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen eröffnet objektiv eine solche Möglichkeit. In ihr ist das richtige und — ich würde sagen — unter den gegebenen Bedingungen das einzige mögliche Konzept zur Lösung des Problems der nuklearen und Weltraumwaffen verankert. Heute kann man die nuklearen Rüstungen nicht begrenzen und schon gar nicht reduzieren, ohne wirksame Maßnahmen zur Verhinderung der Militarisierung des Weltraums zu ergreifen. Dieser organische wechselseitige Zusammenhang wurde in dem gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Dokument exakt fixiert.

Ein anderes prinzipielles Moment. In diesem Dokument ist deutlich gesagt, daß das Endergebnis der Bemühungen der Seiten auf dem Gebiet der Begrenzung und Reduzierung von nuklearen Rüstungen die vollständige Beseitigung der Kernwaffen sein muß. Ich möchte daran erinnern, daß die Sowjetunion seit dem Aufkommen von Atomwaffen gerade konsequent für eine derartige Lösung eintritt. Dabei sei angemerkt, daß die USA über dieses Thema bisher nicht einmal sprechen wollten.

Ich wiederhole: Es gibt eine Grundlage, die Verhandlungen ernsthaft und zielgerichtet zu führen. Es kommt darauf an, die in Genf erzielte Vereinbarung aufrichtig zu befolgen und in der Praxis all ihre Bestandteile strikt einzuhalten.

Unserer Delegation geben wir präzise Instruktionen, in diesem Sinne zu handeln. Das gleiche erwarten wir auch von der amerikanischen Seite.

Frage: Warum lehnt die Sowjetunion so entschieden die von den Vereinigten Staaten vorgeschlagene Konzeption der "Strategischen Verteidigungsinitiative" ab, wenn man dabei berücksichtigt, daß seitens der Regierung der USA auf diesem Gebiet derzeit nur von wissenschaftlichen Forschungen die Rede ist?

Antwort: Die Benutzung des Begriffs "Verteidigung" ist ein Spiel mit Worten. Ihrem Wesen nach ist diese Konzeption offensiv, genauer gesagt aggressiv. Man verfolgt das Ziel, die andere Seite zu entwaffnen und ihr die Möglichkeit zu nehmen, im Falle einer nuklearen Aggression einen Gegenschlag zu führen.

Einfacher gesagt, man versucht, sich selbst die Möglichkeit zu geben, einen Kernwaffenschlag zu führen, wobei man darauf rechnet, ungestraft zu bleiben, indem man sich mit einem Raketenabwehr- "Schirm" vor der Vergeltung schützt. Es ist immer derselbe Kurs auf Erlangung entscheidender militärischer Überlegenheit mit allen Folgen, die sich daraus für den Frieden und die internationale Sicherheit ergeben.

Ich denke, damit wird klar, warum wir entschieden gegen diese Konzeption und derartige Pläne sind.

Das Gerede, daß sich die Sache bis jetzt auf wissenschaftliche Forschungen beschränkt, ist nur dazu angetan, in die Irre zu führen. Erinnern wir uns, daß auch die Atombombe das Ergebnis wissenschaftlicher Forschungen im Rahmen des Projekts "Manhattan" war. Alle wissen, was dies den Einwohnern von Hiroshima und Nagasaki gebracht hat. Seitdem leben die ganze Welt und die Amerikaner selbst im Schatten der Kernwaffen. Es darf nicht zugelassen werden, daß jetzt schreckliche Gefahr auch noch aus dem Weltraum droht.

Ich möchte richtig verstanden werden. Wir sind nicht deshalb so entschlossen gegen die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum, weil wir den Washingtoner Plänen nichts entgegensetzen könnten. Wenn man uns zwingt, werden wir alles unternehmen, wie das in der Vergangenheit schon mehrfach der Fall war, um unsere Sicherheit sowie die Sicherheit unserer Verbündeten und Freunde zu gewährleisten.

Der Wahrheit muß jedoch in die Augen gesehen werden: Die Militarisierung des Weltraums würde den unbefristeten sowjetisch-amerikanischen Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen wie auch viele andere gegenwärtig wirksame internationale Vereinbarungen umstoßen. Die Militarisierung des Weltraums würde nicht nur faktisch das Ende im Prozeß der Begrenzung und Reduzierung von nuklearen Rüstungen bedeuten, sondern auch zum Katalysator für ein unkontrolliertes Wettrüsten in alle Richtungen werden.

Frage: Viele amerikanische offizielle Persönlichkeiten haben in letzter Zeit erklärt, daß die neuen Verhandlungen schwierig sein und nicht zu schnellen Vereinbarungen führen werden. Teilen

INTERVIEW

KONSTANTIN TSCHERNENKOS FÜR USA-FERNSEHEN

Sie diesen Standpunkt? Was könnte Ihrer Ansicht nach das größte Hindernis für einen erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen sein?

Antwort: Ja, uns sind solche Erklärungen bekannt, die in den USA abgegeben werden, darunter von Personen, die an der Vorbereitung der Verhandlungen beteiligt sind. Die Verhandlungen haben noch nicht begonnen, und schon spricht man von unüberwindlichen Schwierigkeiten, stimmt man die Öffentlichkeit im voraus auf Jahre unfruchtbare Diskussionen ein und ruft dazu auf, sich nicht von der "Hypnose von Genf" beeinflussen zu lassen, häuft man weiterhin Kernwaffen an und schraubt die Weltraumprogramme hoch. Wenn überhaupt über Möglichkeiten irgendwelcher Vereinbarungen gesprochen wird, dann nur zu einzelnen, selbstverständlich für die USA vorteilhaften Fragen der nuklearen Rüstungen. Das Problem des Weltraums jedoch soll ihrer Meinung nach auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden.

Ich möchte jedoch nicht den Eindruck erwecken, als betrachteten wir in der Sowjetunion die bevorstehenden Verhandlungen als leicht. Wir betrachten die Dinge realistisch und sehen die bestehenden Schwierigkeiten. Und das sind nicht wenige.

Doch sie sind zu überwinden. Dafür ist guter Wille auf jeder der beiden Seiten erforderlich, die Bereitschaft zu vernünftigen Kompromissen und die strikte Beachtung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit.

Und natürlich ist es unzulässig, Schritte zu unternehmen, die konstruktive Verhandlungen behindern und der Aufgabe, das Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde einzustellen, zuwiderlaufen.

Die Gedanken müssen in eine andere Richtung gehen, nämlich, wie eine günstige Verhandlungsumstimmung geschaffen werden kann. Dafür gibt es reale Möglichkeiten.

Wäre es für die Verhandlungen, für die Erreichung des gemeinsam gestellten Ziels — die letztendliche Liquidierung

aller Kernwaffen — nicht hilfreich, wenn die USA dem Beispiel der Sowjetunion folgen und auf den Ersteinsatz von Kernwaffen verzichten würden? Das Einfrieren der nuklearen Arsenale und das vollständige Verbot aller Kernwaffentests würden dem nuklearen Wettrüsten feste Zügel anlegen und den Verhandlungen helfen.

Frage: Welchen Einfluß hat der jetzige Stand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen auf die allgemeine internationale Lage? Inwiefern können die bevorstehenden Verhandlungen diese Lage verändern?

Antwort: Um die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten steht es bisher leider nicht zum besten. Das muß sich natürlich auf die allgemeine internationale Lage auswirken, die nach wie vor kompliziert und gespannt ist.

Gewiß, zwischen der UdSSR und den USA wurde die Vereinbarung getroffen, Verhandlungen zu zentralen Fragen aufzunehmen, die die allgemeine Sicherheit berühren. Dieser Schritt wurde natürlich in der ganzen Welt begrüßt und weckte Hoffnungen. Wir werden jedoch nicht die Augen davor verschließen, daß die Ursachen der Spannungen in der Welt noch nicht beseitigt sind.

Haben die Vereinigten Staaten auch nur eines ihrer Programme zur Erlangung militärischer Überlegenheit aufgegeben? Nein. Im Gegenteil, die Rüstungsproduktion läuft auf Hochtouren, um dieses Ziel zu erreichen. Oder wurde vielleicht die Stationierung der neuen amerikanischen Raketenkerntypen in Westeuropa gestoppt? Auch das nicht.

Die USA sagen sich auch nicht von den Methoden des Diktats gegenüber anderen Staaten los. Die internationale Lage heute — das sind der unerklärte Krieg gegen Nikaragua, die Unterstützung der israelischen Aggression im Nahen Osten und die Schützenhilfe für den rassistischen Terror im Süden Afrikas, also Erscheinungen in der Politik, die von den meisten Menschen auf allen Kontinenten abgelehnt werden. Die Völker akzeptieren

diese Politik nicht, verurteilen sie und fordern entschieden, ihr ein Ende zu setzen.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die Menschheit steht am Kreuzweg ihrer Geschichte. Davon, ob die bedeutendsten Aufgaben, die heute vor der Welt stehen, gelöst werden — vor allem die Beseitigung der nuklearen Gefahr, die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums und dessen Nutzung zu ausschließlich friedlichen Zwecken, die Vereinigung der Anstrengungen der Völker für die Lösung der weltweiten ökonomischen und ökologischen Probleme —, hängt die Zukunft der menschlichen Zivilisation ab.

Darin liegt, denke ich, bereits die Antwort auf den zweiten Teil Ihrer Frage. Ein positiver Ausgang der neuen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen würde günstigen Einfluß auf die Lage in der Welt ausüben und wäre ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Lösung der grundlegenden Probleme der Gegenwart.

Die Sowjetunion wird in dieser Richtung wirken, um in Genf gewichtige und konkrete Ergebnisse zu erzielen. Doch nicht alles hängt dabei allein von der sowjetischen Seite ab.

Die Menschen sind sich nicht nur der Dramatik unserer Zeit schlechthin bewußt, sie begreifen immer klarer, wo die Trennlinie zwischen den beiden grundlegenden politischen Kursen — der Politik des Friedens und dem Kurs auf die Vorbereitung eines Krieges — verläuft. Völker und Regierungen sprechen sich entschieden für eine Gesundung der internationalen Lage, für die Einstellung des Wettrüstens, für einen friedlichen Weltraum und die Beseitigung aller Kernwaffen vom Antlitz der Erde aus.

Dafür haben gerade erst zu Recht und vernehmlich die Staats- und Regierungschefs Indiens, Mexikos, Schwedens, Tansanias, Argentiniens und Griechenlands in der in Delhi angenommenen Deklaration ihre Stimme erhoben.

Dazu verpflichtet unsere Länder ihre hohe Verantwortung vor der heutigen und künftigen Generationen.

GEWALTANWENDUNG VERBIETEN

Anatoli ALEXEJEW

Am 29. Januar wurde die Arbeit der Stockholmer Konferenz der KSZE-Unterzeichnerstaaten wieder aufgenommen. Auf dieser Sitzung legte die Delegation der UdSSR ein wichtiges Dokument vor: "Hauptpunkte eines Vertrags über die gegenseitige Nichtanwendung militärischer Gewalt und Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen." Damit konkretisierte sie einen der wichtigsten Vorschläge der Sowjetunion zu den vertrauensbildenden Maßnahmen und zur Sicherheit in Europa, die Andrej Gromyko bei der Eröffnung der Konferenz gemacht und im Mai 1984 offiziell zur Debatte vorgelegt hatte. Die Initiative zu diesem Vertrag stammt von den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft. Die Staatsmänner der Warschauer Vertragsstaaten hatten sie auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses im Januar 1983 in Prag eingebracht. Kernstück des Vertrags sollte die Verpflichtung seiner Teilnehmer sein, als erste weder nukleare noch konventionelle Waffen gegeneinander einzusetzen und also nicht als erste militärische Gewalt überhaupt anzuwenden. Aus verständlichen Überlegungen richtete sich der Vorschlag vor allem an die NATO-Länder. Gleichzeitig damit wurden jedoch auch alle übrigen europäischen Staaten zur Ausarbeitung des Vertrags und zur Teilnahme daran aufgefordert. Vorgesehen war, daß sich ihm auch andere Länder anschließen können.

Dem Vertragsangebot liegen selbstverständlich nicht nur allgemeine Erwägungen zugrunde. Er wurde nicht zufällig 1983 von den Warschauer Vertragsstaaten vorgeschlagen. Infolge des Vorgehens der USA und ihrer NATO-Partner, die Kurs auf die Erlangung der militärischen Überlegenheit genommen hatten, hatten sich die internationalen Spannungen zu diesem Zeitpunkt wesentlich zugespitzt, die Kriegsgefahr war gewachsen. Dieser gefährlichen Entwicklung wollte die sozialistische Gemeinschaft ihre Alternative — die Festigung des Friedens — entgegenstellen.

Seither haben die sozialistischen Länder vieles unternommen, um ihren Vorschlag zu erläutern und vorzubringen. Obwohl die NATO, insbesondere die USA, diesen Vorschlag zunächst heftig ablehnten, setzt er

sich allmählich durch und wird in politischen Kreisen immer mehr debattiert.

Wie steht es nun in Stockholm? Als die Sowjetunion dem Stockholmer Forum den Vertragsvorschlag unterbreitete, entzogen sich die NATO-Länder einer sachlichen konstruktiven Diskussion. Das gilt für das Vorjahr ebenso wie auch für die jüngste Zeit, in der Washington mehrmals seine negative Einstellung zu dem Gedanken selbst geäußert hat, obwohl der sowjetische Vorschlag mit Zustimmung aller Teilnehmer bereits auf die Tagesordnung von einer der zwei auf der vorigen Tagung der Konferenz gebildeten Arbeitsgruppen aufgenommen wurde.

Welche Einwände führen die Gegner des Vertrags am häufigsten ins Feld?

Zum hundertsten Mal wiederholen sie, das Prinzip des Gewaltverzichts sei bereits in der UNO-Charta und der Schlußakte von Helsinki verankert und daher habe es keinen Sinn, eine bereits eingegangene Verpflichtung zu wiederholen.

Tatsächlich heißt es in Artikel 2 der UNO-Charta: "Alle Mitglieder verzichten in ihren internationalen Beziehungen auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt zur Untergrabung der territorialen Integrität oder der politischen Unabhängigkeit jeglichen Staates oder zu anderen Zielen, die denen der Vereinten Nationen nicht entsprechen." Kann aber die Tatsache, daß der eine oder andere Punkt bereits in der UNO-Charta fixiert ist, ein Hindernis für dessen Weiterentwicklung, Konkretisierung und vertragliche Verankerung bilden? Natürlich nicht. Nach der UNO-Gründung wurden viele völkerrechtlich verbindliche Akte auf der Basis verschiedener Punkte ihrer Charta beschlossen. Dabei kann man sich z. B. auf die 1976 angenommenen internationalen Konventionen über Bürger- und politische sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte befreuen. Beide Dokumente berühren übrigens das Thema Menschenrechte, mit dem man im Westen so gern hausieren geht. In diesem Zusammenhang ist die Erinnerung angebracht, daß beide Konventionen bereits 1973 von der Sowjetunion

ratifiziert wurden, während die Unterschrift der USA bis heute aussteht.

Es ist auch richtig, daß die Schlußakte von Helsinki neben den 10 bekannten Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen, die von den Staatschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten unterzeichnet wurden, das Prinzip der "Nichtanwendung oder -androhung von Gewalt" enthält. Logisch ergibt sich daraus nur die eine Schlußfolgerung: Ungeachtet dessen, daß das Prinzip des Gewaltverzichts bereits in der UNO-Charta figuriert, haben 33 europäische Staaten sowie die USA und Kanada es für notwendig und sinnvoll gehalten, es 1975 in Helsinki, und zwar in einer ausführlicheren Formulierung, ein weiteres Mal zu fixieren. Was hindert die NATO-Länder, sich jetzt einem Vorschlag anzuschließen, der das Prinzip des Gewaltverzichts weiterentwickelt, und zwar in Aspekten, die weder in der UNO-Charta noch in der Schlußakte von Helsinki konkretisiert sind.

Das in Madrid vereinbarte Ziel der Stockholmer Konferenz besteht ja gerade darin, "die Verpflichtung der Staaten, auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen zu verzichten, auszudrücken und durchzusetzen". Man kann doch schließlich das "Argument" der Repräsentanten einiger NATO-Länder nicht ernst nehmen, das Herausstellen eines Prinzips der Schlußakte könne die Wirksamkeit der übrigen schmälern. Ganz im Gegenteil: Mit der Verankerung dieses Prinzips verankern die Staaten Europas und mit ihnen die USA und Kanada auch die anderen.

Weiter wird behauptet, der Vertragsvorschlag trage "deklarativen" Charakter, während man sich in Stockholm mit "konkreten" vertrauensbildenden Maßnahmen befassen solle.

Wie der Begriff "Vertrauen" in der NATO konkret verstanden wird, läßt sich anhand der Vorschläge ihrer Mitgliedsländer in Stockholm beurteilen. Sie sind voll von Ansprüchen auf die Aufdeckung der Struktur und der Tätigkeit der Streitkräfte der UdSSR und ihrer Verbündeten zum Schaden ihrer Sicherheit, zur Erlangung militärischer Überlegenheit des Nord-

atlantikpakts, in erster Linie der USA. Selbst "Vertrauen" fordernd, entziehen sich die USA, Großbritannien und Frankreich jedoch der eigenen Verpflichtung, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, obwohl die Sowjetunion diese Verpflichtung einseitig bereits 1982 verkündet hat. Die NATO will nicht auf ihre Doktrin verzichten, die von der Zulässigkeit des Ersteinsatzes von Kernwaffen ausgeht und hat sogar ihre Militärdoktrin mit Plänen bereichert, auch gezielte konventionelle Schläge gegen Objekte in der Tiefe des Territoriums der Warschauer Vertragsstaaten zu führen. Wie kann man eine so gefährliche Entscheidung fällen und dabei Vertrauen verlangen? Um so mehr, als die Vertreter der NATO-Länder vorgeben, sie

wüßten von keiner Bereitschaft der Sowjetunion zur Ausarbeitung zusätzlicher Vertrauensmaßnahmen im militärischen Bereich, die die entsprechenden Punkte der Schlußakte weiterentwickeln. Die sozialistischen Länder sind zu Maßnahmen auf der Grundlage der gleichen Rechte, der Ausgewogenheit und der Gegenseitigkeit sowie der Achtung der Sicherheitsinteressen aller Teilnehmerstaaten bereit.

Schließlich braucht man sich nur mit dem Inhalt des neuen sowjetischen Vorschlags vertraut zu machen, um sich von der Unhaltbarkeit der Behauptung zu überzeugen, er sei "deklarativer" Art. Unter den wichtigsten Punkten des Vertragsangebots gibt es u. a. ganz konkrete Verpflichtungen:

— sich jeglicher mit Zielen und Prinzipien der UNO unvereinbaren Anwendung militärischer Gewalt gegen andere Teilnehmerstaaten, insbesondere der Invasion oder des Überfalls auf ihr Territorium, zu enthalten;

— nicht die Sicherheit der internationalen See-, Luft- und Weltraumkommunikationen in Räumen, die von keiner nationalen Jurisdiktion erfaßt werden, zu bedrohen;

— keine Gewalt gegen Drittländer anzuwenden;

— gemeinsam und einzeln praktische Maßnahmen zur Verhütung der Gefahr eines Überraschungsangriffs zu prüfen;

— im Falle einer Kriegsgefahr und der Anwendung militärischer Gewalt sofortige Konsultationen abzuhalten,

In Athen fand eine Begegnung von Vertretern der Weltöffentlichkeit zu Fragen des Friedenskampfes und der Abrüstung statt

EHE ES ZU SPÄT IST

"Ich kann offen sagen, daß ich niemals einer Konferenz beigelehnt habe, auf der sich die Teilnehmer so einig waren, und zwar unabhängig davon, ob ihr Land einer Militärgroupierung oder Organisation angehört, ob es arm oder reich ist. Wir alle fühlten uns eng verbunden, da es um das Leben der Menschheit ging." Diese Worte des griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou auf der Pressekonferenz zum Abschluß des Athener Treffens waren nicht nur die übliche Geste der Höflichkeit eines freundlichen Gastgebers. Seine Worte hätten von allen Konferenzteilnehmern unterschrieben werden können.

Obwohl Menschen mit unterschiedlichsten politischen und ideologischen Anschauungen und teilweise diametral entgegengesetzten Standpunkten zu bestimmten konkreten internationalen Problemen in der griechischen Hauptstadt zusammengekommen waren, gelangten sie hier alle zu der einhelligen Meinung: Ehe es zu spät ist, muß die Menschheit vor der drohenden Ver-

nichtung durch einen Nuklearkrieg bewahrt werden. Das läßt sich nur mit realen Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung tun.

Das auf Initiative der griechischen Regierung organisierte Athener Treffen folgte fast unmittelbar auf die Begegnung der Staats- und Regierungschefs Indiens, Mexikos, Schwedens, Tansanias, Argentiniens und Griechenlands in Delhi, wo sie die Nuklearmächte erneut aufforderten, das nukleare Wettrüsten zu beenden. In der Deklaration von Delhi appellierte die Repräsentanten von fünf Kontinenten an die Nuklearmächte, alle Arten von Kernwaffentests einzustellen und keine Militarisierung des Weltraums zu dulden.

Eine zweifellos aktuelle Aufgabe. "Die Menschen erkennen nicht nur die Dramatik unserer Zeit", bemerkte Konstantin Tschernenko vor kurzem, "sie begreifen immer deutlicher, wo die Grenze zwischen den beiden grundsätzlichen politischen Linien — der Politik des Friedens und der Linie auf Kriegsvorbereitung — verläuft. Die Völker und Regierungen

sprechen sich entschieden für die Gesundung der Weltlage, für die Beendigung des Wettrüstens, für den friedlichen Weltraum, für die Beseitigung der Nuklearwaffen auf der Erde aus."

Das Treffen in Athen sollte dazu dienen, die in der Deklaration von Delhi enthaltenen Aufgaben zu diskutieren, möglichst breite Schichten der Weltöffentlichkeit in den Kampf gegen die nukleare Bedrohung einzubeziehen. Andreas Papandreou betonte in seiner Eröffnungsrede, die Deklaration der Sechs sei nicht nur an die Nuklearmächte gerichtet, sondern solle auch der internationalen Öffentlichkeit die der Menschheit drohende Gefahr vor Augen führen.

Das dürfte ihr gelungen sein. An den Tagungen im Sappion-Palast nahmen nicht nur vier der sechs Unterzeichner der Deklaration von Delhi — die Staatsmänner Griechenlands, Argentiniens, Tansanias und Schwedens — teil, sondern auch mehr als 50 speziell eingeladene Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verschiedener Länder. Die Sowjetunion war durch bekannte Wissenschaftler vertreten: Jewgeni Welichow, Vizepräsident der AdW der UdSSR, sowie Akademiemitglied Georgi Arbatow, Direktor des Instituts für USA und Kanada.

Schon ein oberflächlicher Blick in die Stenogramme verdeutlicht, daß hier jeder ungehindert seinen Standpunkt vortragen konnte (die

Anfragen zu stellen und einander die notwendigen Informationen zu überlassen.

Außerdem sollten dem sowjetischen Vorschlag zufolge die Vertragsteilnehmer Anstrengungen zur Verhütung des Wettrüstens sowohl bei nuklearen als auch bei konventionellen Waffen sowie zur Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen und zur Abrüstung unternehmen. Sie sollten auch für die Hebung der Wirksamkeit der UNO bei der Einhaltung der in ihrer Charta vorgesehenen Aufgaben zur friedlichen Beilegung internationaler Streitfälle und Konfliktsituationen, zur Verhinderung von Aggressionsakten und zur Beseitigung der Bedrohung des Weltfriedens und Sicherheit zusammenarbeiten.

Welchen Vorschlag nun stellen die NATO-Länder dem Vertragsgedanken entgegen? Im Gegensatz zu ihrer eigenen Erklärung, es sei unzweckmäßig, die entsprechenden Punkte der UNO-Charta und der Schlußakte zu dublieren, sprechen sie von ihrer Bereitschaft ... den Gewaltverzicht im Rahmen dessen zu erwähnen, was diese Dokumente bereits enthalten. Dabei sei jedoch ein späteres Stadium der Stockholmer Konferenz vorzusehen, um sozusagen deren Arbeit zu "krönen". Eine bindende, im Grunde aber eine Voraussetzung müßte die Zustimmung zu den "erwähnten" konkreten Maßnahmen sein, auf denen die NATO-Länder beharren. Darauf lief faktisch die Rede Präsident Reagans zur Stockholmer Konferenz vor dem

irischen Parlament im Juni v. J. hinaus, auf die er auch im Zusammenhang mit der jetzigen Wiederaufnahme der Konferenz zurückkam.

In NATO-Kreisen äußert man "Enttäuschung" darüber, daß die Sowjetunion unbeirrt den Vorschlag des Vertrags über den Gewaltverzicht und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zum Schwerpunkt des Stockholmer Forums macht. Doch das starke Echo auf diese Initiative bezeugt etwas anderes. Der Abschluß eines solchen Vertrages würde das politische und juristische Fundamentaltus Prinzips des Gewaltverzichts grundlegend stärken und dessen Wirksamkeit steigern. Damit wären wesentliche Garantien gegen eventuelle Konflikte in Europa und nicht nur dort gegeben. ■

Organisatoren hatten nicht einmal Pressevertreter zugelassen, damit es den Rednern erspart bliebe, daran zu denken, wie die Zeitungen ihre Äußerungen "verkaufen"). Doch die Abgesandten der teilweise Zehntausende Kilometer voneinander entfernt liegenden Länder waren buchstäblich einer Meinung.

Als "biologischen Imperativ" bezeichnete der ehemalige kanadische Premier Pierre Trudeau die Notwendigkeit, gegen den Krieg und insbesondere für die nukleare Abrüstung zu kämpfen. Den gleichen Gedanken hatte kurz vorher der Präsident Tansanias, Julius Nyerere, geäußert. Er wiederholte den bekannten Satz, die Natur dulde keine Leere, und fügte ihm hinzu, die menschliche Natur dulde schon den Gedanken der Vernichtung von Menschen nicht.

"Wir sind in eine Zeit eingetreten, in der das Wettrüsten sich selbst vorantreibt", erklärte Georgi Arbatow. Dieser Satz klingt an die bildhafte Äußerung des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme an, der das Wettrüsten mit dem Rauschgift und seine Verfechter mit Süchtigen verglich. Mit jedem Tag sind immer stärkere Dosen erforderlich.

Die Einstellung der Kernwaffentests und des nuklearen Wettrüstens, die akute Gefahr, daß Massenvernichtungswaffen in den Weltraum verbracht werden, waren die Hauptfragen, die am 31. Januar in Athen ausführlich behandelt wurden.

Obwohl einige der Teilnehmer versuchten, an alle Nuklearmächte gleichzeitig zu appellieren, ohne deren unterschiedliche Positionen zu berücksichtigen, schienen diese Unterschiede in vielen Reden auf. Julius Nyerere und Olof Palme beispielsweise hoben die positive Reaktion der Sowjetunion auf den ersten Appell der Sechs vom Mai vergangenen Jahres hervor. Andererseits unterstrich der Direktor des US-amerikanischen Zentrums für Verteidigungsinformation, Admiral LaRocque, ohne den starken Druck der Weltöffentlichkeit auf die jetzige US-Administration werde diese das Wettrüsten nicht beenden.

Bemerkenswert sind die Worte dieses Veteranen der US-Streitkräfte gegenüber Journalisten: "Die Beendigung des zweiten Weltkriegs, deren 40. Wiederkehr wir in diesem Jahr begehen werden, hat eine neue Ära des Vertrauens und der Verständigung eingeleitet. Unsere Pflicht und Aufgabe ist es", sagte der amerikanische Admiral, "diese Ära fortzusetzen, um einen Nuklearkrieg zu verhindern. Ich bin überzeugt, daß weder das sowjetische noch das amerikanische Volk einen solchen Krieg wollen", schloß er.

Diesen Gedanken bekräftigte der bekannte amerikanische Wirtschaftsfachmann John Galbraith, der erklärte: "In meinem Land ist die Freeze-Bewegung, die Bewegung für das Verbot der Kernwaffen eine starke gesellschaftliche Kraft". Dabei

berief er sich darauf, daß bei den Wahlen im Vorjahr in vielen Bundesstaaten, z. B. in Massachusetts, Iowa und Illinois Kandidaten gesiegt haben, die sich intensiv für eine Rüstungskontrolle einsetzen.

Insgesamt überwog auf der Begegnung die Idee, daß sich reale Fortschritte im Kampf gegen die Nuklearkriegsgefahr nur mit den gemeinsamen Bemühungen aller Staaten unter Einbeziehung weiterer Kreise der Öffentlichkeit erreichen lassen. Bruno Kreisky, stellvertretender Vorsitzender der SI und ehemaliger Bundeskanzler Österreichs, sagte, die Bewahrung des Friedens sei eine zu ernste Angelegenheit, um sie nur den Nuklearmächten zu überlassen. Doch von ihnen hängt vieles ab. Der namhafte SPD-Politiker Egon Bahr äußerte, die in Kürze beginnenden Genfer Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA bedeuteten die historische Möglichkeit zur Beendigung der Herstellung neuer Waffen.

In einem einmütig gebilligten Schlußkommuniqué gaben die Teilnehmer ihrer Entschlossenheit Ausdruck, alle Mittel zur Festigung des Friedens und zur Durchsetzung der nuklearen Abrüstung einzusetzen. Sie griffen die Initiative der Sechs auf und beschlossen, deren Ideen unter der Öffentlichkeit und den Regierungen ihrer Länder weiter zu propagieren.

N. MIROSNIK

Athen

Entwicklungsländer im nuklearen Visier des Pentagon

STRATEGIE DES ABSURDEN

Dmitri WOLSKI

Direkt spricht man nicht davon, vielmehr wird das peu a peu eingeflößt: Brauchen denn die Entwicklungsländer sich um die Verhütung eines Kernwaffenkrieges zu kümmern? Es gebe die UdSSR und die USA, die NATO und den Warschauer Vertrag, sie hätten die Finger auf dem "Knopf", sie allein seien imstande, auf die Bremse zu treten. Die Entwicklungsländer aber hätten ohnehin Sorgen genug, und überhaupt bedrohe dieser Krieg sie nicht in erster Linie.

Als könnten die verheerenden Folgen eines Nuklearkrieges um Asien, Afrika oder Lateinamerika einen Bogen machen! Leider können sie es nicht, und das ist heute nicht nur Wissenschaftlern bekannt. Man weiß noch, daß in unferner Vergangenheit Eisenhower allen Ernstes an den

Einsatz einer Atombombe im Koreakrieg dachte und daß Präsident Johnson dieser Versuchung in Vietnam nur mit großer Mühe widerstand. Was unsere Tage angeht, so ist heute wie nie zuvor klar: Das Pentagon hat nicht nur die sozialistische Staatengemeinschaft im Visier. Es visiert auch die Entwicklungsländer, die ganze unübersehbare dritte Welt an, deren Bevölkerung am Anfang des neuen Jahrtausends voraussichtlich bis zu 90% der Menschheit ausmachen wird. Die Gefahr, in der diese Welt schwebt, ist weit realer, als es auf den ersten Blick scheinen mag.

Zu diesem Schluß drängen viele Ereignisse der letzten Zeit, von den gefährlichen, unmenschlichen Experimenten mit Massenvernichtungswaffen, die das

Pentagon und transnationale Konzerne in den jungen Nationalstaaten anstellen, bis hin zum Austritt der USA aus der UNESCO, denn was ist er anderes als unverhohlene Herausforderung dieser Länder?

In letzter Zeit haben die höchsten Personen in Washington eine neue Doktrin aufgestellt, die unter dem Vorwand, den Terrorismus bekämpfen zu müssen, "Gegen-" und "Vorbeugungs"-schläge gegen die Entwicklungsländer vorsieht. Die Urheber der Doktrin fordern dazu auf, sich nur ja nicht von moralischen Erwägungen irritieren zu lassen. Offen geben sie zu, daß sie zu "Opfern unter der Zivilbevölkerung" bereit seien.

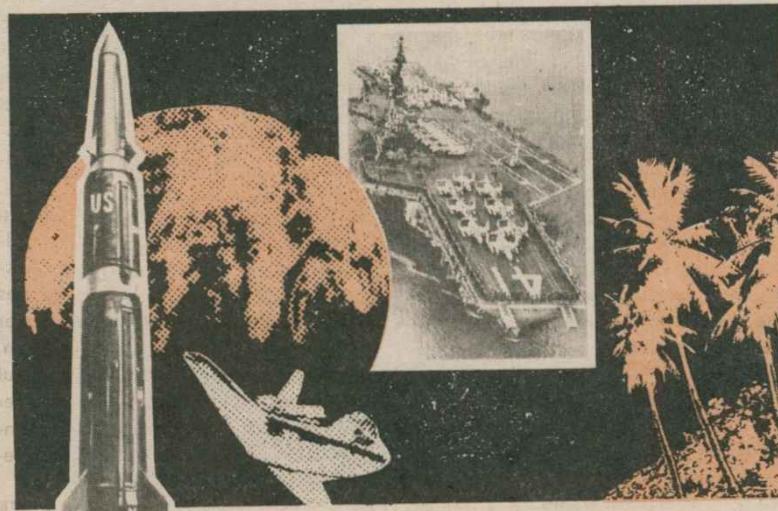
Präzisiert wird zwar nicht, wie hoch die Zahl der Opfer sein darf und mit welcher Waffe die erwähnten Schläge zu versetzen seien, aber eine bestimmte Vorstellung gewinnt man beim Vergleich von Fakten, die die US-Behörden nicht einmal verheimlichen. Das betrifft nicht nur chemische Waffen. Die Fernsehgesellschaft NBC beispielsweise erfuhr im Januar, daß die US-Kommandos "tragbare Nuklearminen" erhalten. Die Rede war von Westeuropa. Bald darauf teilten die westlichen Zeitungen mit, daß solche 25-kg.-"Tornister" auch den Stützpunkten der USA in Puerto Rico und auf den Philippinen geliefert werden sollen. Insgesamt sind 70% der amerikanischen Kernladungen auf ausländischen Stützpunkten, von denen die meisten sich in den Entwicklungsländern befinden, gelagert.

Von Weltmeer bis Weltraum

Zuständig für diese Länder ist das Central Command (seine Wirkungssphäre sind 19 unabhängige Staaten des Indik). Ihm sind die Kolonial- und Straftruppen in Form der Eingreiftruppen unterstellt, obwohl Pläne bestehen, diese auch in anderen Regionen einzusetzen; neben dem Mittleren Osten werden am häufigsten Mittelamerika und Südostasien genannt.

Das ist die Spitze des Eisbergs. Und sein unsichtbarer Teil?

An jenem Morgen betrat Generalleutnant Robert Kingston, Chef des Central Command der USA, das Briefing-Zimmer in seinem Stab auf dem Stützpunkt MacDill, Florida, wie immer Punkt 8.30 Uhr früh. Die Klimaanlage surrte friedlich, einer nach dem anderen erhoben sich die Offiziere vom Dienst zum Bericht, auf der Leinwand wechselten Karten einander ab. Was war in den letzten Stunden an der



irakischi-iranischen Front geschehen? Wohin bewegen sich die US-Flottillen im Indischen Ozean? Wie ist die strategische und politische Situation in den Anrainerstaaten? Schließlich die Wetterlage in diesem Raum und die Wettervorhersage — dies, wie man meinen sollte, am einfachsten zu erledigen: Wer kann schließlich etwas für die Launen der Natur?

Doch diesmal schien der Offizier von der Meteorologie verworren. Er wußte wohl kaum genau, was über das sonderbare Phänomen zu berichten war, das auf dem Diego-Garcia-Atoll im Chagos-Archipel festgestellt worden war. Es handelte sich um jenes Atoll im Indischen Ozean, wo sich der größte Flotten- und Luftwaffenstützpunkt der USA befindet: mit Liegeplätzen für Flugzeugträger, Pisten für strategische Bomber und Depots, die nicht nur für die üblichen Nuklear-, sondern auch für Neutronenwaffen bestimmt sind. Dorthin, auf Diego Garcia, gedenkt man auch den Stab des Central Command aus Florida zu verlegen: möglichst weit von den politischen Stürmen, möglichst nah an die untergeordneten Militärobjekte. Und da ereignete sich auf Chagos ein Erdbeben, wie es dort beispiellos war. Menschenopfer gab es allerdings nur auf der winzigen Rodriguez-Insel, die zu Mauritius gehört. Jede Verbindung zwischen Diego Garcia und den USA war abgebrochen. Deshalb hatte der diensthabende Wetterdienstoffizier allen Grund, verworren zu sein. Doch höhere Ränge im Stab General Kingstons, im Pentagon und erst recht auf dem Stützpunkt selbst mußten vom Erdbeben schon im voraus gewußt haben.

Das passierte unter den funkelnenden tropischen Sternen in der Nacht zum 1. Dezember 1983. Wie aber die Pariser Zeitschrift "Afrique-Asie" schreibt, "bleibt die Staatsführung der Staaten im Südwestindik bisher im ungewissen, was das Erdbeben hervorgerufen haben kann". Die Presse ergeht sich in Mutmaßungen, etwa über einen unterirdischen nuklearen Test, den die Amerikaner aus geheimnisvollen Gründen auf diesem winzigen, von der übrigen Welt durch die unübersehbaren Ozeanweiten abgetrennten Stück Land durchführen mußten. "Wie dem auch sei", setzt "Afrique-Asie" fort, "die fortschrittlichen Führer der Länder dieser Region meinen, daß das Erdbeben auf eine von Menschenhand ausgelöste Explosion zurückzuführen ist."

Die ganze "dunkle" Geschichte, um mit der französischen Zeitschrift zu sprechen, wäre nicht weiter beachtenswert, wenn sie nicht zeitlich mit einer ganzen Serie anderer nicht minder dunkler Umstände zusammengefallen wäre. Beispielsweise

mit dem Beginn der Stationierung von nuklearen US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa, woher sie, wie sich bald zeigte, nicht nur gegen die sozialistischen Länder, sondern auch gegen weite Teile Nordafrikas und Südwestasiens, bis hin zu den Erdölzonen des Persischen Golfs, gerichtet werden können. Etwas anderes stellte sich noch heraus: Zugleich wurden im stillen die Vorbereitungen abgeschlossen, Cruise Missiles auf den Schiffen der 7. US-Flotte zu montieren, die in den letzten Jahren vor der asiatischen Küste sowohl des Pazifik als auch des Indik kreuzen.

All das schien den amerikanischen Nuklearstrategen noch zu wenig. Keine Stadt in den Entwicklungsländern, keine Siedlung, keine Pagode oder Moschee dürfen sich den von ihnen geplanten Schlägen entziehen können, ob es sich nun nach der Washingtoner Klassifikation um "Gegen-" oder "Vorbeugungs"-schläge handelt. Auf diese Weise tauchte die Idee auf, nukleare Raketen, interkontinentale wie auch solche von mittlerer Reichweite, auf Diego Garcia zu stationieren. Die Nachrichten über einen solchen Plan will man noch bis heute geheimhalten. Vergebens, denn schon am 4. April 1984 berichtete die eng mit der britischen Regierung lierte BBC darüber. Prompt griffen so solide westliche Blätter wie die "Financial Times" und die "Washington Post" sowie die Nachrichtenagentur France Presse sie auf. France Presse übrigens berichtete im November über einen detaillierten Plan, laut dem das Pentagon nicht mehr und nicht weniger als 500 Mio Dollar zur Verfügung zu stellen bereit ist, um Diego Garcia in ein nukleares Aufmarschgebiet mit Raketen zu verwandeln, die gegen die Länder Süd- und Südostasiens sowie Afrikas gerichtet sind — also gegen die Mehrheit der größten und dichtest besiedelten Länder der Entwicklungswelt.

Etwas Ähnliches wird in der Nähe Lateinamerikas vorbereitet. Offensichtlich im heimlichen Auftrag des Pentagon beeilen sich die Engländer, einen Militärsstützpunkt auf den Falklandinseln (Malvinen) zu bauen. Auch dort braucht man nur Mittelstreckenraketen aufzustellen, um so große und unruhige lateinamerikanische Länder wie Argentinien und Brasilien ständig in Schach zu halten: Der nördliche Nachbar verliert nämlich die Fähigkeit, die Situation dort zu beeinflussen.

Ungewiß die gleiche Funktion soll mit der Zeit das von den Imperialisten okkupierte kleine Grenada ausüben. Mindestens ebenso eilig wie die Engländer auf den Falklandinseln sind die US-Okkupanten darangegangen, dort den Flugplatz auszubauen, den die fort-

schriftliche Regierung Bishop für den Fremdenverkehr bestimmt hatte. Die Eindringlinge haben keinen Tourismus im Sinn, vielmehr die Stabskarten der Karibik und Mittelamerikas vor Augen.

Alles in allem beginnen die lateinamerikanischen Länder, die sich vor kurzem noch durch den "Festungsgraben" Pazifik und Atlantik gegen die globale Kriegsgefahr abgesichert glaubten, allmählich zu erkennen, daß diese Gefahr, und zwar in ihrer nuklearen Abwandlung, ihnen von einer Seite droht, an der es keinen rettenden "Graben" gibt. Aus dem Norden haben sich schon mehrmals US-Kampfschiffe mit Kernwaffen der nikaraguanschen Küste genähert. Aber gefährlich ist nicht nur der neblige Meereshorizont. Gefährlich ist jetzt auch der Himmel, die Tiefe des erdnahen Weltraums.

Kurz vor Neujahr brachte der venezolanische Außenminister Isidoro Morales Paul die ernste Besorgnis aller Lateinamerikaner, und nicht nur der Lateinamerikaner, zum Ausdruck: Die von den USA eingeleitete Weltraummilitarisierung sei Terrorismus gegenüber der ganzen Menschheit. Man kann einer solchen Definition nur zustimmen, besonders wenn sie vom Vertreter eines Landes kommt, das die USA kaum der Voreingenommenheit beziehigen können. Der Staatsterrorismus wächst sich, zu Washingtons Doktrin geworden, jetzt zum globalen, kosmischen Terrorismus aus. Hier gibt es eine eigene Logik. Wenn die politische Philosophie — ohne Rücksicht auf das Völkerrecht oder die Normen der Menschlichkeit — die Planung von "Vorbeugungsschlägen" gegen einzelne Entwicklungsländer zuläßt, kann denn eine solche mit Verlaub zu sagen Philosophie jemanden daran hindern, die dritte Welt insgesamt zu terrorisieren? Es kommt nur auf die Möglichkeiten an!

Und so ist in den militaristischen Vorbereitungen der USA und ihrer Bündnispartner in einem für die Entwicklungsländer so wichtigen Raum wie dem Indik ein Plan auf weite Sicht zu verfolgen. Wie der indische "National Herald" Ende Dezember meldete, sickerte aus dem Pentagon eine Information durch, der zufolge in diesem Becken bis 1990 ein System geschaffen werden soll, das Satelliten außer Betrieb setzen kann. Ist das vielleicht die Entrüstung des "Erdbebens" auf Diego Garcia? In jedem Fall baut der Imperialismus in seinen Beziehungen zu jener überwiegenden Mehrheit der Menschheit, die schon jetzt die Weiten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bevölkert, auf hypermoderne Kriegstechnik, darunter die kosmische.

Der Satte und der Hungrige

Deshalb wird das Wettrüsten angeheizt. Die Herren im Weißen Haus oder im Pentagon können doch nicht allen Ernstes glauben, daß die militärischen Programme im Werte von 2 Billionen Dollar ihnen das entscheidende militärische Übergewicht über die UdSSR und die sozialistische Gemeinschaft sichern werden. Wovon sie dagegen absolut und nicht ohne Grund überzeugt sind, ist ihre eigene Fähigkeit, die dichtbesiedelten, aber wirtschaftlich und militärisch schwachen Entwicklungsstaaten im eisernen Griff zu halten.

Der Leser könnte fragen, was das für einen Sinn ergebe. Liefert denn nicht die Afrikaner, Asiaten und Lateinamerikaner einen beträchtlichen Teil jener Reichtümer, deren Ausbeutung den amerikanischen Multis ihre Profite und einer dünnen Schicht im Westen, vor allem in den USA, die Prosperität sichert? In ihrem Namen sagte ja Präsident Reagan: "Unsere Industriebetriebe hängen von den Energieträgern und Bodenschäften ab, die uns aus fernen Ländern geliefert werden. Für unsere Prosperität brauchen wir ein zuverlässiges und festes Finanzsystem und Märkte, die für unsere Waren offen sind." Ja, das ist wahr. Viele Rohstoffe werden von den USA, von Japan, Großbritannien, der BRD und den anderen kapitalistischen Industriestaaten hauptsächlich aus den ehemaligen Kolonien bezogen. Die USA decken dort z. B. ihren Bedarf an Manganerz zu 98%, an Zinn zu 81%, an Erdöl zu 40%.

Der Haken bei der Sache ist, daß die Preise für mineralische Rohstoffe und Energieträger aus den Entwicklungsländern künstlich gedrückt, die ihnen aufgezwungenen Fertigwarenpreise dagegen ebenso künstlich und sehr geschickt hochgetrieben werden. Eben dazu brauchen die USA die "offenen Märkte". Die Industriegesellschaften überhöhen die Preise für ihre Waren, die Banken ihre Kreditzinsen, die Rüstungskonzerne heizen das Wettrüsten an. Und all das soll das "zuverlässige und feste Finanzsystem" sein! Seine Aufrechterhaltung führt zum weiteren Ruin der dritten Welt, die durch die langjährige soziale Stagnation und koloniale Ausbeutung ohnehin zerrüttet ist. Die nahende Jahrtausendwende droht, für sie verhängnisvoll zu werden.

In der Tat: Es ist gar nicht lange her, da sich die Weltöffentlichkeit entsetzte: Die Gesamtschulden der Entwicklungsländer, von denen früher nur Fachleute hörten, erreichten Ende der 70er Jahre 500 Md. Dollar. Noch 5 Jahre, und sie verdoppelten sich: 1985 nähern sie sich einer Billion. Man kann sich leicht

ausrechnen, wie hoch die Schulden der Entwicklungsländer bei diesem Tempo im Jahr 2000 sein werden. Dabei nimmt das Bruttonsozialprodukt selbst in den relativ entwickelten Staaten Lateinamerikas mit ihren in den 60er/70er Jahren gebauten Industriebetrieben in letzter Zeit nicht zu, sondern ab, zumindest pro Kopf der Bevölkerung.

Was soll man erst von Afrika sagen, wo selbst die Lebensmittelproduktion pro Kopf der Bevölkerung in den letzten 20 Jahren um 20% zurückgegangen ist. Der Hunger, der heute diesen Kontinent plagt, kann morgen auf viele Länder Südasiens, vor allem Bangladesh, und auf die tropischen Staaten Südamerikas übergreifen. Dabei wird in der Welt so viel Getreide angebaut, daß jeder Hungernde weit mehr als bloß eine Schale Reis oder einen Brotschalen bekommen könnte. Ein weiteres Paradox. Unter der Herrschaft des transnationalen Kapitals entpuppen sich die Mikroprozessoren und Roboter nicht als Retter, wie man erwartet hatte, sondern als tödgefährliche Konkurrenten, denn die billige Arbeit der Einwohner der ehemaligen Kolonien verliert für die Multis an Wert.

Der griechische Ministerpräsident Papandreu erklärte Ende v. J.: "Die jüngsten Tatsachen zeugen davon, daß in der Welt etwa anderthalb Milliarden hungern. Die Hälfte davon sind Kinder, die häufig an unheilbaren körperlichen oder geistigen Krankheiten leiden. Am schlimmsten ist jedoch, daß im Durchschnitt 90 000 Menschen täglich, also 33 Millionen im Jahr, vor Hunger sterben... Jetzt stellen Sie sich vor, daß im vorigen Jahr ca. 700 Md. US-Dollar für neue Waffen ausgegeben wurden. Machen wir eine einfache Rechnung: Um einen Menschen zu ernähren, sind nur zwei Dollar am Tag, d. h. etwa 700 Dollar im Jahr, erforderlich. Also hätte das ausgegebene Geld ausgereicht, eine Milliarde Menschen zu retten, d. h. das 30fache der Zahl, die der Hunger an Opfern fordert."

Wie wir sehen, raubt das Wettrüsten den Menschen das Leben, selbst ohne daß ein einziger Schuß fällt.

Gibt es einen Ausweg?

Werden die Völker, die schon den Geschmack der nationalen Freiheit kennen, aber ihre Früchte nicht genießen können, all das lange dulden? In den letzten zwei Jahren gab es Hungerrevolten in ganz Afrika und Asien, vom Atlantik bis zum Pazifik. Diese Welle deckt allmählich auch Lateinamerika. Gestern waren das spontane Unruhen, die die "Ordnungskräfte" nicht ohne Mühe, aber

immerhin unterdrückten. Und morgen? Hier bietet sich sowohl der Einbildung als auch der Logik ein weiter Raum. Fest steht auf jeden Fall, daß der Westen darauf hofft, dieser Welle vor allem mit Gewalt entgegenzutreten. Deshalb stellen Großbritannien, Frankreich und selbst Italien nach dem Muster der USA ihre "schnellen Eingreiftruppen" auf. Begreiflicherweise sind sie nur die Scheide für das Schwert des größten kolonialen Gendarmen.

Es fällt jedoch nicht so leicht, das Schwert zu ziehen. Sonst hätten die USA längst Interventionstruppen nach Nicaragua geschickt, wie das früher wiederholt gemacht wurde. Aber die Rand Corp., die Forschungen für das Pentagon besorgt, legte ihm wenig erfreuliche Schlußfolgerungen vor: Eine breit angelegte Intervention "würde den Verbrauch praktisch aller strategischer US-Reserven erfordern und so die Möglichkeiten der USA, ihren globalen Verpflichtungen nachzukommen, schwächen". Dabei strengt die Erfüllung dieser imperialen "Verpflichtungen" die USA schon jetzt ziemlich an, sowohl räumlich als auch zeitlich. Der Hinweis mag genügen, daß die USA für den Transport von schweren Rüstungen und Militärtechnik etwa in die Golfzone wenigstens einen Monat brauchen würden, denn die Schiffe müßten ja um Afrika fahren. Wären das noch "schnelle" Eingreiftruppen? Außerdem kann man in Washington den Skandal um die "multinationalen Streitkräfte" der NATO in Libanon nicht vergessen. Nicht ohne Ironie schreibt die "Newsweek": "Zum Unglück für die USA gibt es in der Welt wenig militärische Ziele, die sich ebenso leicht erreichen lassen wie die Besetzung des winzigen Grenada."

Die US-Militaristen scheinen Angst zu haben, mit der stürmischen Entwicklung in der dritten Welt nicht Schritt halten zu können. Immer neue Millionen Schuldner, die nichts zum Zahlen haben, Arbeitshändler, die keine Anwendung finden, immer neue Hungernde. Vor allem aber Millionen, Hunderte Millionen potentielle "Unruhestifter". Wie können Computer, die den Menschen verdrängen, oder die Leute mit ebenfalls beinahe elektronischem Gehirn, die in den Aufsichtsräten von Konzernen, in Ministerzimmern und Armeestäben sitzen, eine solche Situation einschätzen? Ihrer Meinung nach sind alle diese Millionen — oder auch schon Milliarden — menschlicher Ballast, der die Zivilisation in ihrem Vormarsch bremst und denjenigen die Lust am Leben vergällt, die, wie sie glauben, alle Rechte auf den Genuß haben.

Solche Stimmungen liegen in der Luft, ebenso wie das Knistern neuer Abenteuer, die ihrem Ausmaß nach beispiellos, aber ihrem Wesen nach immer noch

kolonial sein würden. Mehr noch, es gibt nicht wenig Anzeichen dafür, daß sich gewisse Kräfte in Washington und anderen westlichen Hauptstädten folgende Variante durch den Kopf gehen lassen: Sollte man nicht versuchen, die Bevölkerungsprobleme des gegenwärtigen Kapitalismus auf Kosten der "Farbigen" zu lösen? Und zwar mit einem Schlag? Einem nuklearen?

Sieht man die zynische Einstellung zum Leben der Nachkommen von Kolonialsklaven, die die Bosse der Union Carbide in Indien zeigten, so muten solche Vorhaben viel unheilvoller an als skurrile Phantasien von Atombesessenen. Auf eine andere Weise läßt sich nicht erklären, wieso unverhältnismäßig große Vorräte von Nuklear- und Neutronenbomben sowie von C-Waffen geschaffen werden müssen. Aber es sind Waffen, die die Menschen auslöschen, ohne die Ergebnisse ihrer Arbeit anzugreifen.

Absurd? Nur: Die Vorhaben der US-Strategen beschränken sich, wie unglaublich es auch ist, nicht auf einen einzigen Krieg. Im militaristischen Taumel schwelt ihnen etwas vor, was die NBC schon im vorigen Frühjahr ausplauderte, als sie aus rätselhaften Gründen beschloß, einen "neuen Geheimplan" des Pentagon an die große Glocke zu hängen. Vielleicht deshalb, weil er selbst den einflußreichen Kreisen auf höchster Ebene in Washington doch zu weit geht. Die Nachrichten über diesen Plan sind sehr karg. Ein Pentagon-Korrespondent legt sie wie folgt dar: "Die USA müssen bereit sein, einen Nuklearkrieg zu führen, der zwei Monate und länger dauert. Vorgesehen ist dabei die völlige Beibehaltung eines bedeutenden Teils von Kernwaffen und Verbindungsmitfern, damit die Waffen für einen weiteren Krieg reichen."

Nun fragt es sich, wem die erste und wem die zweite Portion der US-Nuklearraketen zugesetzt ist. Vergeblich würde man nach einer erschöpfenden Antwort suchen, wahrscheinlich ist sie nicht einmal den Urhebern des "Geheimplans" völlig klar. Fest steht jedoch, daß er die dritte Welt nicht erst in dritter Linie bedroht. Vorläufig ist es nur eine Bedrohung. Man kann sich jedoch ausdenken, welch katastrophale Folgen Versuche haben würden, die Drohung wahr zu machen. Katastrophal auch für den Westen, auch für die USA. Ist man sich in Washington eigentlich darüber im klaren? Schon das Absurde des strategischen Denkens, bei dem sich nicht nur lokale Kriege überlappen, zeigt, in welch auswegloser Sackgasse eine solche Strategie landet. Es gibt nur einen einzigen Weg: die Anerkennung des Prinzips gleicher Sicherheit, des Rechts auf Leben, ein normales Leben nicht nur für sich, sondern auch für andere. Darunter für die Entwicklungsländer.

NIKARAGUA

Washington intensiviert Wühlaktionen

AUFBAU UND BEREITSCHAFT ZUR ABWEHR

Von unserem Korrespondenten
Wladimir DOLGOW

Das Jahr 1985 steht in Nikaragua im Zeichen der Parole "Auf zum Kampf für Frieden, gegen die Aggression!". Darin drücken sich die Hauptanliegen dieses Landes aus. Im vorigen Jahr gab es ja kaum einen friedlichen Tag. Bewaffnete Konterrevolutionäre verübten etwa 1500 Terrorakte, die 1600 Menschenleben forderten. Infolge der Aggression der von den USA unterstützten Contras hat die Wirtschaft empfindlichen Schaden erlitten. In ihrer Neujahrsbotschaft betonten die Landesleitung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) und die Regierung, daß das neue Jahr nicht minder schwierig sein wird, da die imperialistische Aggression weitergeht und die Weltwirtschaftskrise sich ungünstig auf die Wirtschaftslage des Landes auswirkt. In diesem Jahr muß die Regierung 40% der Etatmittel für die Verteidigung bereitstellen.

Neben den Bemühungen um die Verteidigung tritt der Aufbau an die erste Stelle. Deshalb ruft die FSLN die Werktautigen auf, mit verdoppelter Energie zu arbeiten und strikte Disziplin zu wahren.

Etwa 35 km nördlich von Managua dehnt sich ein weites, vorläufig mit welkem Gras und Disteln bestandenes Feld. Es reicht von der Chaussee bis an den Fuß von Gebirgsketten. Bald wird hier Zuckerrohr wachsen.

"Das ist unsere Fabrik!"

Ungefähr in der Mitte sieht man bereits die neue Zuckerfabrik, die "Juli-Sieg" benannt worden ist (am 19. Juli 1979 siegte die sandinistische Revolution). Sie ist in aufopfernder Arbeit von Hunderten Arbeitern und Technikern Nikaraguas und Kubas gebaut worden. Kubanische Fachkräfte, die auf ansehnliche Erfahrungen im Bau moderner Zuckerfabriken zurückblicken, haben das Projekt geliefert. Die Arbeiten liefen 1982 an.

Der ganze entstehende Agrar-Industrie-Komplex wird wesentlich zur Entwicklung der Landwirtschaft auf industrieller Grundlage beitragen. Er soll 1988 restlos in Betrieb genommen werden. In der Fabrik und auf den Zuckerrohrpflanzungen werden 2000 ständige und 6500 Saisonarbeiter beschäftigt sein.

Die Fabrik "Juli-Sieg" ist die größte Zuckerfabrik Mittelamerikas.

Fabrik "Juli-Sieg." Im Steuerpultraum vor der Inbetriebnahme

Foto: Prensa Latina/TASS



Am Bau der Zuckerfabrik waren außer Kuba die DDR, Österreich, Schweden, Spanien und Frankreich als Teilhaber beteiligt.

Die offizielle Eröffnung hat am 11. Januar stattgefunden. Ihr haben Mitglieder der FSLN-Landesleitung, geführt von Daniel Ortega, dem Präsidenten der Republik, und von Vizepräsident Sergio Ramirez, die gerade am Vortag ihr Amt antraten, beigewohnt. Zur Feier waren auch Fidel Castro und andere Gäste aus dem Ausland eingetroffen. Zur Kundgebung kamen die Arbeiter und Ingenieure, Bauern aus den umliegenden Dörfern und die kubanischen Fachkräfte.

Es herrschte allgemeine Freude.

"Warum sollten wir uns nicht freuen?" fragte mich ein Arbeiter. "Das ist ja unsere Fabrik."

Mit einer Ovation nahmen alle die Mitteilung Fidel Castros auf, daß Kuba den Anteil der Mittel, den es ursprünglich als Kredit in der Fabrik investierte — 73,8 Mio Dollar — Nikaragua als Schenkung überläßt.

Außer dem Agrar-Industriekomplex "Juli-Sieg" werden in Nikaragua noch andere wichtige Objekte gebaut. Besonderes Gewicht legen die revolutionären Behörden auf eine Steigerung der Stromerzeugung, damit nicht so viel teures Erdöl importiert zu werden braucht. Wie die NZ bereits mitteilte (s. Heft 38/1983), lief Mitte 1983 am Fuße des Vulkans Momotombo das erste mit Erdwärme betriebene Kraftwerk an. Es hat eine Kapazität von 35 000 kW und ersparte dem Land 1983 und 1984 16 Mio Dollar. An der Nutzbarmachung der vulkanischen Energie wird weitergearbeitet. Zur Zeit entsteht ein zweites Kraftwerk, zu dem das heiße Wasser aus vier Brunnen geleitet werden soll. Unlängst ist der erste, 1300 m tiefe Brunnen gebohrt worden, und man hat mit dem zweiten begonnen. Der Bau mehrerer Wasserkraftwerke steht bevor.

Kongreß und Öffentlichkeit der USA von der angeblichen Notwendigkeit dieser großzügigen Hilfe zu überzeugen, fertigt Washington wieder eine Fälschung an: ein Weißbuch über eine "Militarisierung" Nikaraguas, die nicht allein seine nächsten Nachbarn, sondern auch die USA in ihrer Sicherheit bedrohe. Das Weiße Haus hat eine neue Runde von Konferenzen und Konsultationen über die Situation in Mittelamerika aufgezogen. Die CIA wiederum hetzt die Rädelführer der nikaraguensischen Rechten zu allerlei Propagandaangriffen gegen die Sandinisten auf.

Zugleich hat Washington beschlossen, die Verhandlung vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag über die Beschwerde der Regierung Nikaraguas wegen der Aggressionsakte der USA zu boykottieren, und hat die Verhandlungen mit den Behörden Nikaraguas in Manzanillo (Mexiko) einfach unterbrochen.

Die Kriegsflotte der USA steht zu neuen Provokationen bereit. So beurteilt die hiesige Presse die Meldungen aus Washington, daß die Kriegsspiele vor der nikaragua-

nischen Küste demnächst wieder aufgenommen werden.

In Honduras, in unmittelbarer Nähe der Grenze mit Nikaragua, laufen gemeinsame Truppenübungen der USA und Honduras an. Dieses Mal nehmen 5000 Mann aller Waffengattungen der USA, auch Panzereinheiten und motorisierte Infanterie, daran teil.

Nicht einen Tag hören die Sabotage- und Terrorakte der in den verschiedenen Landesgebieten operierenden Banden auf. So beschädigten sie am 10. Januar, an dem Tag, an dem Daniel Ortega als Präsident vereidigt wurde, im Departement Jinotega eine Überlandleitung, indem sie vier Hochspannungsmasten sprengten. Auch äscheren sie ein staatliches und ein privates Gut, auf denen Kaffee gepflanzt wird, ein. Dabei verschleppten sie zehn Bauern. Am 11. Januar, als die Kundgebung zur Eröffnung der Zuckerfabrik "Juli-Sieg" stattfand, beschossen Konterrevolutionäre mit Unterstützung honduranischer Soldaten von Honduras aus im Departement Chinandega eine Einheit der Sandinistischen Volksarmee.

Managua, im Januar

BIOGRAPHISCHES



PRÄSIDENT DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT FÜR 1985 KURT FURGLER

Eröffnete 1950 eine Anwaltspraxis.

Kurt Furgler ist Mitglied der Christlich-Demokratischen Partei, in der er leitende Funktionen ausübt. War Parlamentsabgeordneter des Kantons Sankt Gallen und 1954–1971 Abgeordneter des Nationalrates (einer der zwei Kammern) der Bundesversammlung (Parlament) der Schweiz. Wirkte in Parlamentsausschüssen mit und stand u. a. dem Militär- und dem außenpolitischen Ausschuß vor. Er war Fraktionsvorsitzender der Christlich-Demokratischen Partei im Parlament.

Im Dezember 1971 wurde K. Furgler in den Bundesrat (Regierung) des Landes gewählt und leitete das Departement (Ministerium) für Justiz und Polizei. In den Jahren 1977 und 1981 war er Bundespräsident und 1976, 1980, 1984 Vizepräsident der Schweiz. Seit 1983 leitete K. Furgler das Departement für nationale Wirtschaft. Er wurde im Dezember 1984 zum Präsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewählt.

Kurt Furgler setzt sich für einen tätigeren außenpolitischen Kurs der Schweiz sowie für deren Beitritt zur UNO ein.

Ein schmutziger Krieg

Als Präsident Reagan zum zweiten Mal sein Amt antrat, beeilte er sich, darauf hinzuweisen, daß seine feindselige Politik gegen Nikaragua unverändert bleibe und daß er beim Kongreß neue Mittel für Hilfe an die Contras beantragen wolle. Um

RUHMREICHES JUBILÄUM

Jewgeni GLASUNOW

In jenen Tagen hatte auf den immer dichtbevölkerten Straßen Hongkongs ein besonders ausgelassenes Leben und Treiben geherrscht: Die Bewohner der Kolonie am Duftenden Hafen — so die Übersetzung des chinesischen "Xiang Gang" — begingen das Neujahrsfest nach dem Mondkalender. Das war überall zu spüren: auf den Märkten, in den Geschäften, die überall mit Neujahrsglückwünschen dekoriert waren, und an den ersten Blüten.

Die Ende Januar 1930 nach Hongkong gekommene Gruppe junger Vietnamesen hatte es nicht schwer, in diesem Rummel unterzutauchen. Wovor aber mußten sie sich verbergen? Vor Polizeispitzeln. Diese Leute nämlich waren keineswegs zu ihrem Vergnügen gekommen. Die vietnamesischen Revolutionäre (je zwei von der KP Indochinas, von der KP Annam, von ausländischen kommunistischen Organisationen sowie ein Vertreter der Komintern) waren Delegierte der Vereinigungskonferenz, die illegal, unter strikter Beachtung der Geheimhaltungsmaßnahmen abgehalten wurde.

Nicht alle vietnamesischen Kommunisten — seinerzeit waren es 211 Personen — glaubten an den Erfolg dieser Vereinigungskonferenz. Unter dem Eindruck der heftigen Auseinandersetzungen zwischen der KP Annam und der KP Indochinas kurz zuvor zweifelten zunächst einige von ihnen daran, daß die Begegnung in Hongkong praktische Resultate haben würde. Doch die Skeptiker irrfen. Der wohlwollende Meinungsaustausch, die gesunde, kameradschaftliche Diskussion, der Ton, den der Vertreter der Komintern, Nguyen Ai Quoc, angab (hinter diesem Pseudonym verbarg sich damals Ho chi Minh), und besonders dessen ausführliche Ansprachen mit ihren überzeugenden Schlußfolgerungen verhalfen den Delegierten zur Übereinstimmung.

"Wir alle sind Revolutionäre und sind einander darin völlig ähnlich", sagte er vor den Konferenzteilnehmern. "In der Sowjetunion, in Großbritannien, in den USA, in Frankreich, selbst in vielen Kolonien wie Indien und Indonesien, gibt es nur eine kommunistische Partei. Deshalb kann Vietnam keine drei kommunistischen Parteien haben. Wir müssen uns auf Klassenbasis zusammenschließen, das ganze Volk zusammenschließen, gemeinsam für die nationale und klassenmäßige Befreiung kämpfen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir uns vereinigen. Im

Namen der Kommunistischen Internationale schlage ich vor, alle kommunistischen Organisationen zu einer, der einzigen und wahren Kommunistischen Partei, zusammenzuschließen."

Die wichtigste und dringlichste Aufgabe der Kommunisten sei, eine marxistisch-leninistische Partei, eine Partei des Proletariats, zu schaffen, versicherte Ho chi Minh die Konferenzteilnehmer. Nur mit einer starken Partei kann die Revolution siegen. Ebenso wie ein Boot nur mit einem zuverlässigen Steuermann fahren kann.

Nach fünf Tagen angespannter Arbeit (3.—7. Februar) beschlossen die Konferenzteilnehmer, alle im Lande bestehenden kommunistischen Organisationen aufzulösen und eine einheitliche KP Vietnams, zu gründen. Im Programm und in den Kurzthesen wurde betont, daß die Partei der Vortrupp der Arbeiterklasse ist. Sie setzt sich zum Ziel, die Macht der Imperialisten und Feudalherren zu stürzen, die Unabhängigkeit Vietnams zu erringen, eine Agrarrevolution durchzuführen und den Weg zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft zu beschreiten.

Das Entstehen der Partei bedeutete den Beginn einer neuen Epoche in der jahrhundertealten Geschichte des Landes, einer von der Arbeiterklasse bestimmten Epoche, die im Zentrum der revolutionären Strömungen stand und Inhalt und Hauptrichtungen der gesellschaftlichen Entwicklung prägte. Es begann eine Epoche der aktiven Beteiligung des vietnamesischen Volkes an der großen Sache der Befreiung der Menschheit von allen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung. Das vietnamesische Volk wurde zum Gestalter der eigenen Geschichte.

Die Gründung der marxistisch-leninistischen KP Vietnams ist aufs engste mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland verbunden. Der große Sohn des vietnamesischen Volkes, Ho chi Minh, hob die besondere Bedeutung der Oktoberrevolution für die weltweite revolutionäre Bewegung mit den Worten hervor: "Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat den Schleier der Finsternis zerrissen und den Horizont erhellt, und die Leninschen Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage wurden zum treuen Wegweiser in unserem Kampf für die nationale Befreiung, zur Erweckung der Länder des

Ostens. Lenin wies unserem Volk den Weg zur Befreiung. Er zeigte ihm den entscheidenden, machtvollsten und wirksamsten Faktor des Sieges, der Partei heißt."

Die 1930 gegründete KP Vietnams entwickelte und festigte sich im heldhaften Kampf gegen die Kolonialherrschaft. Sie meisterte die Kunst, mit unterschiedlichen Bevölkerungsschichten und Organisationen zu arbeiten und die Werktäglichen zur Lösung der revolutionären Aufgaben zu mobilisieren. Unter ihrer Führung wurde die siegreiche Augustrevolution von 1945 vollzogen, die Vietnam den Weg zu Unabhängigkeit, Freiheit und Sozialismus ebnete. Es war eine Revolution, die das Kolonialsystem des Imperialismus traf und einen wesentlichen Beitrag zur Beschleunigung des Zusammenbruchs des Kolonialismus in Laos und Kambodscha sowie in der ganzen Welt leistete. Es muß auch hervorgehoben werden — insbesondere zum jetzigen 40. Jahrestag des Sieges —, daß die Siege der Sowjetarmee im Westen, im Krieg gegen das faschistische Deutschland, wie auch im Osten, im Krieg gegen das militaristische Japan, eine außerordentliche Bedeutung für den Erfolg der Augustrevolution besaßen. Präsident Ho chi Minh unterstrich später, daß "die Siege der ruhmreichen Sowjetarmee zunächst über Hitlerdeutschland und dann über den japanischen Imperialismus im hohen Maße zum Sieg des Volksaufstands vom 19. August 1945 beitrugen..."

Doch das vietnamesische Volk mußte sich schon bald nach dem Sieg der Revolution zur Verteidigung seiner Heimat und seines Rechts auf ein neues Leben erheben: Die französischen Kolonialherren wollten sich nicht mit dem Verlust der reichen Kolonie abfinden und entfesselten eine Aggression gegen die junge Republik. In der erschweren Situation spornte die Partei der vietnamesischen Kommunisten das Volk zur Abwehr der Kolonialherren an, bildete Partisanentrupps, ergriff Maßnahmen zur Stärkung der befreiten Gebiete, entfaltete die produktive Arbeit und die Bewegung zur Hebung des politischen und kulturellen Niveaus der werktäglichen Massen.

Nach einem fast neunjährigen harten und blutreichen Kampf brachte das vietnamesische Volk den französischen Kolonialisten im Mai 1954 bei Dien Bien Phu die entscheidende Niederlage bei. Der Sieg im Widerstandskrieg war das Ergebnis des vielfältigen Wirkens der

Partei, der Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen, ihrer engen Bindung mit den breiten Massen der Werktäglichen, die sich in einer einheitlichen Nationalen Front zusammen geschlossen hatten. Das Bündnis der Arbeiter und Bauern bildete das unerschütterliche Fundament der Front. Der Sieg wurde dank der Geschlossenheit der drei Brudervölker Vietnams, Laos' und Kambodschas sowie dank der aktiven und allseitigen Unterstützung durch die sozialistischen Länder, die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung, die Kräfte von Frieden, Demokratie und Fortschritt errungen.



Der Begründer der KP Vietnams Ho chi Minh — Führer und Sohn seines Volkes
Foto aus der Zeitschrift: "Vietnam"

sische Volk jedoch ehrenvoll bestand und aus der es gestärkt hervorging.

Unter den harten Bedingungen des Krieges mobilisierte die Partei das Land zur Abwehr der Aggression, zum Kampf für die Wiedervereinigung der Heimat. Der aufopferungsvolle heldenhafte Einsatz des von der Partei geführten vietnamesischen Volkes erbrachte den vollen Triumph: Am 30. April 1975 wurde Südvietnam vollständig befreit, und am 2. Juli 1976 verkündete die Nationalversammlung die Gründung der Sozialistischen Republik Vietnam, eines einheitlichen sozialistischen Staates auf vietnamesischem Boden. In diesem Zusammenhang konstatierte der XXV. Parteitag der KPdSU: "Heldentum und Opferbereitschaft des vietnamesischen Volkes erwiesen sich in Verbindung mit der entschlossenen Unterstützung der Länder des Sozialismus und der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit stärker als die Armeen der Interventen und ihrer Helfershelfer... Der Sieg Vietnams eröffnete vor ganz Südostasien neue Horizonte. Das ist ein ruhmreicher Sieg. Er wird für immer in die Geschichte des Kampfes der Völker für Freiheit und Sozialismus eingehen." Der Sieg des vietnamesischen Volkes ebnete auch den revolutionären Bewegungen in Laos und Kambodscha neue Wege. Nach schweren Prüfungen errang die Revolution in diesen Ländern ebenfalls den Sieg, und die Völker von Laos und Kampuchea beschreiten heute gemeinsam mit dem brüderlichen Vietnam den Weg des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft.

In schöpferischer Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie unter den konkreten Bedingungen des Landes löst die KP Vietnams erfolgreich die vom V. Parteitag 1982 gestellten komplizierten Aufgaben und den damit verbundenen Übergang eines unterentwickelten Landes zum Sozialismus. Die KP Vietnams hat reiche Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt, die große internationale Bedeutung besitzen, denn sie bereichern die Theorie des Marxismus-Leninismus und gestalten die Beantwortung vieler Fragen im Zusammenhang mit der Lösung von Problemen der Übergangsperiode zum Sozialismus.

Die Kommunisten und das ganze Volk der Sowjetunion sind fest davon überzeugt, heißt es in einer Grußadresse des ZK der KPdSU an das ZK der KP Vietnams anlässlich ihres 55. Gründungstages, daß das vietnamesische Volk unter der Führung seines kämpferischen Vortrups, der Kommunistischen Partei und ihres ZK unter Generalsekretär, Le Duan, neue Erfolge beim Aufbau eines starken und blühenden sozialistischen Vietnam, im Kampf für die Festigung der internationalen Positionen des Sozialismus, der Kräfte des Friedens und des Fortschritts erringen wird.

DIE FARCE GEHT WEITER

Das von den RSA-Behörden installierte Dreikammernparlament ist Ende Januar zum erstenmal zusammengetreten. Dieser nach dem Grundsatz der Rassentrennung formierten Institution gehören Repräsentanten der weißen, der "farbigen" und der indischen Gemeinden an. Die Ureinwohner des Landes, die Afrikaner, die 75 Prozent der Bevölkerung stellen, sind nicht vertreten. Die Wahlen zu diesem Parlament wurden von den meisten "Farbigen" und Indern boykottiert. Außerdem war diese Wahlfarce von Massenprotesten begleitet, die von den RSA-Behörden in Blut ersticken wurden. Die Bewegung für die Beseitigung des Apartheidregimes läßt sich jedoch nicht unterdrücken.

Offenbar deshalb versprach RSA-Präsident Botha bei der Eröffnung des Parlaments, die Lage der Afrikaner zu verbessern und sogar "Ihre politischen Rechte zu erweitern". Als gäbe die überhaupt! Pieter Botha kündigte die Einberufung eines Forums an, auf dem diese Fragen behandelt werden sollen. Er schränkte jedoch sofort ein, daß es sich nicht um die "Erweiterung der Rechte" für alle 23 Millionen Afrikaner, sondern lediglich für jene 9 Millionen, die in den Städten leben, handele. Noch wichtiger ist die zweite Einschränkung: "Die Vielfalt der südafrikanischen Gesellschaft macht die Gewährleistung einer gleichen Vertretung aller Gemeinden nicht wünschenswert und real nicht durchsetzbar." Im Klartext: Eine An gleichung der Rechte der Farbigen und der Weißen ist nicht zu erwarten! Unerwähnt ließ Botha Möglichkeiten zur Abschaffung wenigstens einiger Rassengesetze, z. B. des Verbots von Mischheiraten. Reuter stellt dazu fest, der Präsident habe keinerlei Veränderungen in die Apartheidspolitik eingebbracht.

Nur in Washington wurden die heuchlerischen Versprechungen des rassistischen Präsidenten beinahe begeistert aufgenommen. Verständlicherweise, denn gerade Präsident Reagan war es ja, der die Etablierung des Dreikammernparlaments einen "Schritt in die richtige Richtung" genannt hatte. Für ihn ist überhaupt alles richtig, was zur Stärkung des Apartheidregimes führt. So setzt die RSA-Regierung mit Unterstützung der USA die mit der Einsetzung des Dreikammernparlaments begonnene Farce fort.

J. BOTSCHEKARJOW

FEINE SPIELE

Die meisten Leute meinen, spielen sei eine ernste Sache, selbst wenn es sich um Kinderspiele handelt. Man dürfe nur die alte Weisheit nicht vergessen: Spielen kannst du, nur gerade nicht in Rage. Besonders wenn du schon in einem ehrwürdigen Alter bist und nicht am Pokertisch, sondern in einer nach außen hin soliden Institution sitzt und zwar Karten zum Spiel verwendest, aber nicht Skat-Karten, sondern strategische.

Auch im Römer "Verteidigungscollege" der NATO wollte man ein bißchen spielen, ohne die Unterrichtsräume zu verlassen. Dafür pfiff man aber auf die politische Ethik und die Verantwortung für sein Tun. Kurz, die Kursanten des NATO-Spielcasinos sollten einen Staatsstreich in Athen

"durchspielen". Reuter meldet dazu, daß das "Übungsspiel" habe "einem vom Ausland gesteuerten Putsch der griechischen Streitkräfte am Tag nach einem Wahlsieg der Linken" gegolten.

Was man in Athen von solchen "Spielchen" hält, haben die NATO-Professoren selbstverständlich zu fragen vergessen. So mußte man sie daran erinnern. Aus Protest briefete Griechenland seine Kursanten aus der NATO-Institution ab. Der stellvertretende Minister beim griechischen Ministerpräsidenten, Dimitrios Maroudas, erklärte: "Es ist unmöglich für unser Land, an einem Ort vertreten zu sein, wo die Schüler ein Szenarium erhielten, das die griechischen Streitkräfte beleidigte und die demokratischen parlamentarischen Einrichtungen unterließ."

Daß die militärpolitischen "Spiele" der NATO und besonders des Seniorpartners USA zu weit gegangen waren, machte auch der griechische Ministerpräsident Papandreu selbst deutlich: Griechenland stehe fest zu seiner Forderung, die Kernwaffen von seinem Territorium zu entfernen. Diese Waffen waren vor Jahren von den USA in Griechenland stationiert worden, und zwar ohne jegliche Zustimmung des Parlaments oder anderer gesetzgebender Organe. Sie stünden unter Kontrolle der USA, nicht aber Griechenlands. Er habe die US-Administration wissen lassen, wenn sie ihrerseits nicht Schritte zur Beseitigung der Kernwaffen von griechischem Boden unternehme, werde man einseitig handeln. Ob diese Warnung in den NATO-Spielhöhlen vernommen wird?

V. GUSTSCHIN

MIT EIGENEM MULI

Was Mulis mit der Politik Washingtons zu tun haben! Sehr viel. Diese äußerst friedlichen Tiere sollen eine nicht unwichtige Rolle im unerklärten Krieg gegen Afghanistan spielen. UPI meldet: Charles Wilson, Kongreßabgeordneter von Texas — einer der Hauptinitiatoren der verstärkten Finanzierung von Geheimaktionen der CIA gegen Afghanistan — hat ein Sonderprogramm zur Züchtung von Mulis für die afghanischen "Mujaheddin" vorgelegt. Mr. Wilson läßt anscheinend

der Gedanke an die armen, geschlagenen Konterrevolutionäre keine Ruhe. Nicht nur daß ihnen die afghanische Armee auf den Leib rückt. Sie müssen auch noch schwere Lasten über die pakistanische Grenze schaffen: Kanonen, Granatwerfer, Sprengstoff, Patronenkisten und sonstige Ausrustung, die ihnen die CIA so großzügig überläßt. Wenn sie sich nur keinen Ast heben!

Damit die CIA-Schüsse gegen Afghanistan nicht auf diese Weise in den Ofen gehen, will Wilson die "Mujaheddin" mit Fortbewegungsmitteln versorgen.

Leider erzählt uns UPI nicht, wie dieser texanische Streich ausgegangen ist. Der US-Geheimdienst jedenfalls wirft schon seit Jahren für Aktionen gegen die DRA mit Dutzenden Millionen um sich — obwohl ergebnislos. Die "Washington Post" sieht für die "Mujaheddin" nicht die geringsten Siegeschancen. Mr. Wilsons Mulis werden daran bestimmt auch nichts ändern.

J. KISSELIOW

Zeichnung: N. Stscherbakin

MIT UND OHNE GEHEIMNISSE

Der militärische Auftrag der amerikanischen Raumfähre Discovery war von einer ungewöhnlichen, sogar hochgespielten Geheimhaltung umgeben. Trotzdem kam aber heraus, daß dieser der erste, jedoch keineswegs letzte geheimnisvolle Flug war. 30% aller Raumflüge in den 90er Jahren hat das Pentagon für sich gepachtet. Die NASA, dazu gedacht, sich mit der friedlichen Erforschung des Kosmos zu beschäftigen, ist Nase. Auf einer Grafik der "New York Times" durchkreuzt die dicke Kurve der Bewilligungen für die Weltraumaufgaben des Pentagon die dünne Linie aller zivilen Forschungen. Einen starken Aufwärtstrend nimmt sie an der Markierung "Anfang der 80er Jahre". Obendrein werden auch 20% des NASA-Etats in die Pentagon-Unternehmen gesteckt.

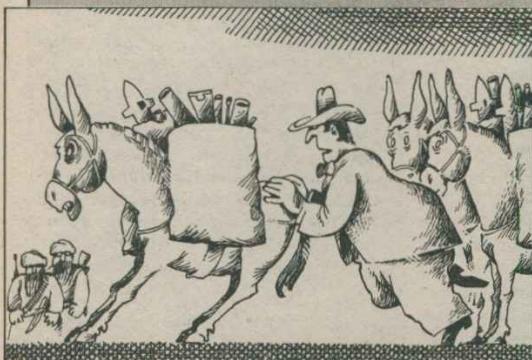
26 Md. Dollar allein für das "Forschungsprogramm" der "Sternenkriege" sind ein sehr materieller Beweis dafür, in welcher Richtung die Weltrauminteressen der USA sich entwickeln. Nun wird zwar gesagt, diesbezügliche Forschungen bedeuteten noch nicht den Krieg selbst. Diese These hält jedoch nicht der Kritik stand. Denn laut NASA-Angaben wurden dem Pentagon in diesem Jahr bereits unmittelbar zur Realisierung des Weltraumprogramms 12,9 Md. Dollar bewilligt. (Ungerechnet die verdeckten Bewilligungen für den NASA-Etat oder für andere Institutionen und Ministerien.) Die Militarisierung des Weltraums hat bereits reale Formen angenommen. Das läßt sich mit keinerlei "Geheimhaltungsmaßnahmen" verbergen.

A. ARCHIPOW
NZ-Korrespondent

New York

"NEUE ZEIT"

7.85





Walter Reder 1943, als er seine Verbrechen beging...

...und 1985, als er zum "Opfer" hochstilisiert wird

Fotos aus: "Die Welt" (BRD)

Walter Reder ist ehemaliger SS-Sturmbannführer, Kommandeur der Panzeraufklärungsabteilung der 16. SS-Panzerdivision "Reichsführer". Im zweiten Weltkrieg beteiligte er sich mehrfach an Strafaktionen und befahl im Herbst 1944 die Exekution von Einwohnern der italienischen Kleinstadt Marzabotto, wo die SS fast 2000 Menschen umbrachte.

1951 wurde der Verbrecher in Italien zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Seither haben Reder und seine "Freunde" die Forderung nach seiner Freilassung gestellt. Bislang ergebnislos. Doch im Januar 1985 beschlossen die italienischen Behörden, ungeachtet der Proteste der Öffentlichkeit: Walter Reder ist aus dem Arrest zu entlassen. Als Vorwand diente die angegriffene Gesundheit des Henkers.

Die unverbesserlichen Nazis jubelten auf. Die bundesdeutsche "Welt" verstieg sich zu der

Äußerung, man müsse jetzt noch objektiv prüfen, was da vor so vielen Jahren in Marzabotto vorgegangen sei. Eventuell könnten die "Luftangriffe der Alliierten" den Tod der Italiener verschuldet haben. Es frage sich, ob Reder Täter oder Opfer sei.

Die Reaktion des Springer-Blatts nimmt durchaus nicht wunder. Was jedoch nach der Freilassung Reders geschah, läßt sich nur als Skandal bezeichnen.

Der Verbrecher wurde nach Österreich gebracht, wo er auf dem Flughafen von Verteidigungsminister Frischenschlager persönlich empfangen und in ein Lazarett in Baden geleitet wurde. Das Vorgehen des Ministers brachte die österreichische Öffentlichkeit auf den Plan. Sogar Bundeskanzler Sinowatz distanzierte sich von seinem Kabinettsmitglied.

Die Tatsache jedoch läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Hier wurde ein Kriegsverbrecher freigelassen, der den Tod unschuldiger Menschen auf dem Gewissen hat. Im Jahr der 40. Wiederkehr des Sieges über den Faschismus ist das eine Ungeheuerlichkeit.

D. MAXIMOW

DALE ENDE

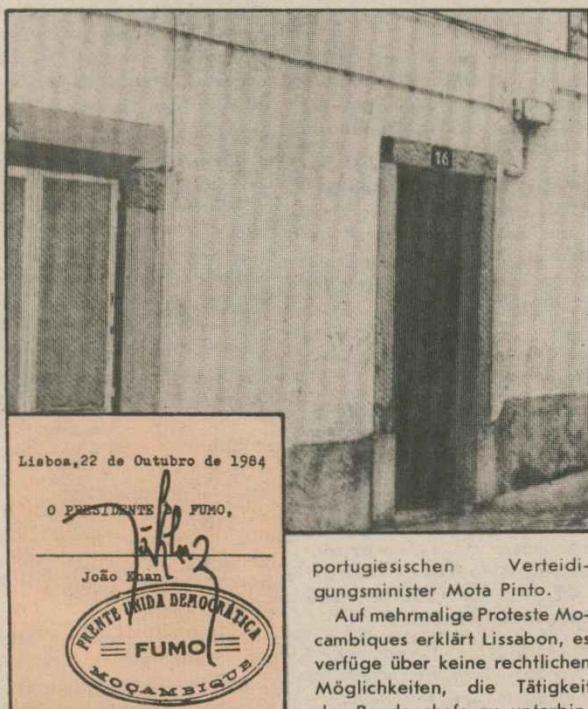
Reder frei! Er bereut! Mit solchen Wörtern die italienische Regierung und das Land bombardiert. Wer ist Reder? Weswegen wurde er verurteilt?

CHLAGEN!

FRESAMO, wie sie heißen. Sie sind Banden, die gegen die Menschen. Besonders NAMO (Natio- und Mocambicos) stoffanschläge, Morde.

der Banditen ihre Bonzen Portugal. Das ist zum harmlosen von (das Foto "diario") hausen RENAMO, Evo Paulo Oliveira. revolution dienen portugiesischen DE als Spitzel, sie sich mit dem Volk e und träumen kehr der Kolo-

im Mutterland ungenzungen. eigene Siegel Foto zeigt das "n" der FUMO, fälschen Papierviews, werben en Waffen. Sie verschämtheit, Unternehmer zu Geschäftskon-



Lisboa, 22 de Outubro de 1984



portugiesischen Verteidigungsminister Mota Pinto.

Auf mehrmalige Proteste Mocambiques erklärt Lissabon, es verfüge über keine rechtlichen Möglichkeiten, die Tätigkeit der Bandenchefs zu unterbinden. Gerade so, als gebe es keine portugiesische Verfassung, in der es heißt, man wünsche "besondere Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit" mit den portugiesischsprachigen Staaten Afrikas!

V. KOLTSCHIK

DER ANFANG IST GEMACHT

März 1984. Eine B52 der US-Luftwaffe hebt im Staat North-Dakota ab und nimmt Kurs auf Kanada. Es ist tiefe Nacht. Alles ist still. Die Kanadier schlafen. So sehen sie nicht, daß über ihren Köpfen Marschflugkörper dahinkreisen und ihr Land in ein Testgelände für US-amerikanische Militärtechnik verwandelt wird.

Ein knappes Jahr vergeht. Die Tests laufen auf Hochtouren: Raketenträger der USA überfliegen die nordwestlichen kanadischen Provinzen British Columbia und Alberta, deren Gelände, wie das Pentagon meint, "der Landschaft im Norden der Sowjetunion nahekommt".

Der Anfang ist gemacht. Jetzt schreibt die kanadische Presse bereits von Plänen des Pentagon, nukleare Sprengköpfe, nukleare Wasserbomben gegen U-Boote sowie Raketen im Land zu stationieren. Der "Toronto Star" läßt durchblicken, Kanada und die USA seien nahe daran, die Durchsetzung der Pläne des Pentagon zur Modernisierung des Raketenabwehrsystems Nordamerikas auszuhandeln, was 7 Md. Dollar verschlingen würde. Bei den Verhandlungen wird bereits entschieden, welche zusätzlichen Mittel und Menschenreserven Kanada zur Verfügung stellen soll. Die Zeitung meint, die Kanadier würden selbst in Kürze die Ergebnisse der Abmachungen zwischen Ottawa und Washington vor Augen haben.

Wohin die Zusammenarbeit mit dem Pentagon führt, ist klar: Als "fürsorglicher" Nachbar beziehen die USA Kanada immer stärker in ihre Kriegsvorbereitungen ein.

J. KNJASEW

SHUKOW

MARSCHALL

Die "Neue Zeit" beginnt mit der Veröffentlichung einer Reihe von Dokumentarberichten Prof. Jakowlews über Marschall der Sowjetunion Georgi Konstantinowitsch Shukow.

Sie beruhen auf Archivmaterial, darunter auf Doku-

menten und Fotos, die die Töchter des Heerführers Ella und Era uns liebenswürdigerweise zur Verfügung gestellt haben. Sie erzählten auch aus ihren Erinnerungen an den Vater. Mehrere Dokumente werden erstmalig veröffentlicht.

Prof. Nikolai JAKOWLEW

Ende des vorigen Jahrhunderts gab es im Dorf Strelkowka bei Kaluga ein altes, mit einer Ecke schon in die Erde eingesunkenes Bauernhaus. Es hatte nur einen Raum mit zwei Fenstern. Die Mauern und das Dach waren mit Moos überwuchert. Einst lebte in der Kate die kinderlose Witwe Annuschka Shukowa. Sie nahm einen zweijährigen Knaben aus einem Waisenhaus zu sich. Er war im Alter von drei Monaten an der Schwelle des Waisenhauses zurückgelassen worden, mit dem Zettel: "Mein Sohn heißt Konstantin." Das war der Vater des künftigen Marschalls Georgi Konstantinowitsch Shukow, der am 1. Dezember 1896 geboren wurde.

Der Name Strelkowka geht wohl auf jene fernen Zeiten zurück, da in ihm Strelitzer lebten und die Grenzen Rußlands bewachten.

Shukow sah seinen Vater kaum, da dieser in die Stadt ging, um seinen Lebensunterhalt als Schuhmacher zu verdienen. Die Mutter arbeitete ebenfalls schwer. Die Einkünfte... "Ich glaube", schrieb Shukow an seinem Lebensabend, "Bettler brachten mehr zusammen."

In diesen Jahren erinnerte sich Shukow oft an seine Kindheit, unterhielt sich mit Verwandten und Freunden über sie. Manchmal fragte er sich, wer seine Ahnen gewesen sein mochten. Eine Antwort fand er nicht. Es entmutigte ihn keineswegs, daß er seinen Stammbaum väterlicherseits nicht über den Vater hinaus verfolgen konnte. Es genügte Shukow, daß sein Vater in Rußland das Licht der Welt erblickt hatte und das Oberhaupt einer kleinen, aber einträchtigen Familie war.

In seinem Vaterhaus schöpfte Shukow die Kraft, dem Vaterland zu dienen, und im heiligen Dienst am Vaterland erfüllte er seine Pflicht gegenüber dem Vaterhaus. Hier einer der wenigen Briefe Shukows an seine Gattin Alexandra und die beiden

Töchter. Der Brief stammt aus der Zeit des Großen Vaterländischen Krieges und spiegelt die Innenwelt des berühmten Heerführers wider.

"Einsatzheer, 10.2.44.

Meine Liebste!

Ich grüße dich herzlich, umarme dich, dich allein und besonders zusammen mit den lieben Kindern...

Bei uns geht alles gut. Alles, was die Armee geplant hat, wird erfüllt. Hitlers Zusammenbruch ist ebenso nahe wie der sichere Sieg unseres Landes, der Triumph der russischen Waffen.

Die Front bewältigt ihre Aufgaben, jetzt ist es am Hinterland. Das Hinterland muß sehr viel arbeiten, um den Bedarf der Front zu decken, das Hinterland muß gut lernen, moralisch fest sein; dann werden wir Russen unbedingt siegen.

Das wäre es vorläufig. Ich wünsche Euch alles Gute. Ich kusse und umarme dich."

Dieser kurze Brief war typisch Shukow. Er hatte sich seinem Beruf als Militär verschrieben, und im Krieg sah er eine schwere Arbeit der Front und des Hinterlands, des ganzen Volkes. Daher rührte seine Sicherheit: Der Sieg wird unbedingt kommen. Was seinen persönlichen Beitrag betraf, so kümmerte sich der Marschall um den Ruhm wenig. Dafür sorgte später die Geschichte.

Vor dem Krieg und in seinem Verlauf hat unsere Partei viele hervorragende Heerführer erzogen. Aber Georgi Shukow ist für das ganze Volk mit Recht der erste unter ihnen.

Die Reichweite seiner Gedanken zur militärischen und militärpolitischen Lage, das tiefe Eindringen in die Vorhaben und Operationen des Gegners, der Realismus bei der Einschätzung des Kräfteverhältnisses, der unbeugsame Wille, die gesetzten Ziele auch unter noch so schwierigen

Bedingungen zu erreichen (unter seiner Führung wurde manchmal Unmögliches Realität, wie das bei Moskau der Fall war), die größte Aktivität und das Vermögen, dem Feind seinen Willen aufzuzwingen (wie das bei Leningrad war), die Entschlossenheit, keine Spur von Schwankungen bei der Verwirklichung großer operativ-strategischer Entscheidungen, auch in einer äußerst komplizierten und verworrenen Situation: Diese Eigenschaften eines hervorragenden Feldherrn beßt Marschall Shukow in vollem Maße.

Zugleich strebte er nie danach, allein zu arbeiten. Ein sehr wichtiger Zug von ihm war die Fähigkeit, die ihm untergeordneten Chefs der Waffengattungen und Kommandeure, Stäbe und Politorgane zusammenzuschließen und auf das aktivste in die Arbeit einzubeziehen. Marschall Shukow verstand sich ausgezeichnet darauf, die Gefechtstätigkeit großer militärischer Kollektive zu organisieren.

Er war gleichsam dazu geboren, im Krieg die schwierigsten Aufgaben zu erfüllen, den Sieg zu erringen. Ein angeborener Feldherr. Bekannt ist aber auch, wie viel beharrliche Arbeit, Schöpfertum und Begeisterung er aufbrachte, um sich diese Eigenschaften anzuerziehen, wie gern er selbst lernte und wie hartnäckig, schöpferisch und initiativreich er — zu Friedenszeiten und im Krieg — andere lehrte.

Shukow beendete den Krieg 1945 in Berlin, sein Weg als Heerführer begann aber 1939 in den Steppen der Mongolei. Im letzten Sommer des zerbrechlichen Friedens, 1939, überfiel Japan die mongolische Volksrepublik. Die UdSSR kam ihr als Bündnispartner zu Hilfe. Im Juli und August schlugen die sowjetischen und mongolischen Truppen unter dem Befehl Shukows die Aggressoren am Fluß Chalchin-Gol aufs Haupt. Auf beiden Seiten nahmen an dieser Operation etwa 132 000 Mann, 1065 Panzer und Panzer-

wagen und 815 Flugzeuge teil. Die japanische Gruppierung verlor etwa 61 500 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen. Der Sieg am Chalchin-Gol vertrieb den japanischen Militäristen die Lust zu einem Feldzug gen Norden und rettete die UdSSR nach dem Überfall Hitlerdeutschlands vor einem Zweifrontenkrieg.

Ab Sommer 1940 war Armeegeneral Shukow Chef des Kiewer Militärbezirks, des größten des Landes, im Januar 1941 wurde er zum Generalstabschef ernannt.

Später dachte Shukow viel nach über die Zeit unmittelbar vor dem Krieg und zu Beginn des Krieges, mit dem der Faschismus unser Land am 22. Juni 1941 überzogen hatte. Seine Schlußfolgerung war

An einigen Abschnitten hatten die Aggressoren eine noch größere, 3- bis 4fache und dort, wo sie ihre Hauptstöße planten, die erdrückende Überlegenheit. Die deutschen Truppen hatten große Kampferfahrungen, von der Zerschlagung Frankreichs bis zur Okkupation Jugoslawiens und Griechenlands.

Der Überfall

In jener Nacht zum 22. Juni blieb die Führung des Volkskommissariats für Verteidigung wach. Ununterbrochen klingelten die Telefone in Shukows Arbeitszimmer, der Strom alarmierender Meldungen schwoll an. Die Situation klärte sich bald nach 3 Uhr morgens: Die deutsche

Panzerkolonnen der Wehrmacht drangen schon ins Innere der UdSSR ein. Die alarmierten sowjetischen Truppen nahmen das Gefecht gegen den Feind aus der Bewegung auf. Die Einheiten wurden einzeln in das Gefecht eingeführt, nachdem sie die Hölle massierter Luftangriffe durchgemacht hatten. Der Himmel war schwarz vor deutschen Flugzeugen, unsere Luftstreitkräfte aber, die auf den Flugplätzen überrascht worden waren, erlitten schwere Verluste. Das komplizierte die Organisation des Widerstands gegen den Feind enorm.

Seit der ersten Kriegsstunde sah sich der Feind einem Widerstand gegenüber, den er im Westen nicht erlebt hatte. Die Grenzwachen kämpften bis zum letzten Mann. Es begann die heldenhafte Verteidigung der Festung Brest, die sowjetischen Flieger kämpften selbstlos und gingen im äußersten Fall zum Rammen über. In den Luftkämpfen des 22. Juni wurden bis zu 200 gegnerische Flugzeuge vernichtet. Soldaten und Kommandeure vollbrachten zahlreiche Heldenataten, viele davon wurden erst später, manche sogar erst nach dem Krieg bekannt. Im großen und ganzen begann Deutschland den Krieg seit dem Augenblick zu verlieren, als der erste deutsche Soldat die sowjetische Grenze überschritt.

Die sowjetischen Truppen gingen zur strategischen Verteidigung über. Sie sammelten Erfahrungen, neue Kräfte wurden ins Gefecht eingeführt. Begeistert nahm das Personal von Armee und Flotte das Programm des Krieges des ganzen Volkes auf. Ein solches Programm wurde im Beschuß des ZK der KPdSU(B) vom 29. Juni 1941 formuliert und von Stalin in seiner Rundfunkansprache vom 3. Juli 1941 allen Sowjetbürgern zur Kenntnis gebracht. Das riesengroße Volk erhob sich zum heiligen Krieg gegen die faschistischen deutschen Eindringlinge. Es kam darauf an, durchzuhalten, solange die Umstellung des ganzen Landes auf den Krieg — sie vollzog sich unter Leitung des am 30. Juni 1941 eingesetzten Staatlichen Verteidigungskomitees — noch keine Ergebnisse zeigte. Neue Armeen wurden formiert, die Industrie stellte sich auf den Krieg um. Da der Feind immer neue Gebiete besetzte, mußten Hunderte Verteidigungswichtige Betriebe demontiert und evakuiert werden. Die Situation war äußerst schwer. Die Betriebe waren unterwegs, und man wußte nicht, wann sie Rüstungen zu liefern imstande sein würden.

Schon in den ersten nach dem Überfall Nazideutschlands und seiner Komplizen erlassenen Dokumenten des ZK der Partei wie auch der Sowjetregierung waren die Politik der Sowjetunion in dem ihr aufgezwungenen Krieg sowie deren Ziele genau formuliert: die Ehre und Unabhängigkeit des Heimatlandes zu verteidigen, die Errungenschaften des Sozialismus zu behaupten, den Völkern Europas in ihrem Kampf für die Befreiung von der faschistischen Tyrannie brüderliche Hilfe



eindeutig: Im Wichtigsten und Entscheidenden "haben Partei und Volk das Heimatland zur Verteidigung vorbereitet".

Am 22. Juni 1941 waren von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer, d. h. in einer Breite von 4500 km, und in einer Tiefe bis zu 400 km in den Grenzbezirken 170 sowjetische Divisionen auseinandergezogen. Insgesamt zählten die Grenzbezirke und -flotten 2,7 Millionen Mann, rd. 1500 neue mittlere und schwere Panzer T-34 und KW, über 1500 Flugzeuge moderner Typen. Außerdem gab es viele Flugzeuge veralteter Modelle und alte leichte Panzer. Doch wiesen die Truppenteile und Verbände in der Hauptsache die Friedensstruktur auf und hatten den strikten Befehl, sich nicht provozieren zu lassen.

Deutschland aber hatte seine Hauptkräfte dicht an die sowjetische Westgrenze herangezogen. Auch seine Satelliten — Finnland, Rumänien und Ungarn — hatten sich vorbereitet. Es waren insgesamt 190 Divisionen, davon 153 deutsche, durch die Feldzüge im Westen schon kampferfahren. Die faschistischen Kriegshorden, die gegen uns gerichtet waren, zählten 5,5 Millionen Mann, etwa 5000 Flugzeuge und 4300 Panzer. Sie waren etwa doppelt so stark wie die Truppen unserer Grenzbezirke.

1939. Unter dem Befehl Shukows schlugen die sowjetischen und die mongolischen Truppen die japanischen Militäristen am Chalchin-Gol aufs Haupt. Georgi Shukow unter Rotarmisten.

Luftwaffe belegte unsere Flugplätze und Grenzstädte mit Bomben. Wenige Minuten nach 4 Uhr kam die Meldung: Vom Trommelfeuer der Artillerie gedeckt, hatten die Deutschen die sowjetische Grenze überschritten. Krieg!

Jener furchtbare Tag prägte sich Shukow für immer ein. Um 4.30 Uhr früh trat das Politbüro zusammen, zu seiner Sitzung waren auch der Volkskommissar für Verteidigung Timoschenko und Shukow eingeladen. Bald kam die Meldung, daß Deutschland den Krieg erklärt hatte. Lastendes Schweigen. Stalin war in Gedanken versunken. Die lange Pause wurde von Shukows Stimme unterbrochen: Man müsse sofort mit allen Kräften über die Eindringlinge herfallen und ihr Vorrücken aufhalten. Offenbar schien dieser Vorschlag ungenügend, ein Zwischenruf kam: nicht "aufhalten", sondern "vernichten". Das wurde denn auch den Truppen befohlen. Sehr bald stellte sich jedoch heraus, daß der Befehl der Situation nicht entsprach.

zu erweisen und den Feind aufs Haupt zu schlagen.

Shukow war im Mittelpunkt der Ereignisse. Er forderte von den Truppen und Stäben vor allem einen tiefen Aufbau der strategischen Verteidigung. Ihre Konturen zeichneten sich allmählich ab. Das Tempo des Vorrückens des Feindes verlangsamte sich, seine Verluste wuchsen. Aber trotz all unserer Bemühungen und obwohl zahlreiche Verbände, die aus den inneren Militärbezirken eintrafen, ins Gefecht eingeführt wurden, gelang es noch immer nicht, eine beständige Front der strategischen Verteidigung zu schaffen.

Bald in der einen, bald in einer anderen Richtung spitzte sich die Situation zu, wurde kritisch. Der Generalstab hatte ununterbrochen darauf zu reagieren. Häufig mußte sich Shukow in die Führung nicht nur von Korps, sondern auch von Divisionen einmischen.

Am 1. Juli gab Shukow im Namen des Hauptquartiers den Oberbefehlshabern der Fronten folgende Direktive:

"Durch Kampfhandlungen gegen Panzer- und motorisierte Einheiten des Gegners wurde seine Unfähigkeit festgestellt, überraschende Nachtangriffe auf Panzer, Panzerwagen und Kraftfahrzeuge, die sich nachts in Dörfern und auf Straßen aufhalten, abzuwehren. Die Deutschen haben Angst vor Nahkämpfen.

Das Hauptquartier des Oberkommandos befiehlt:

Überraschende Nachtangriffe breit zu entfalten, um Panzer- und motorisierte Einheiten des Gegners vor der Front, an den Flanken und in seinem Hinterland zu vernichten. Zu diesem Zweck sind Infanterietrupps in Stärke von 1-2 Kompanien, höchstens von einem Bataillon, aus gemischter Reiterei, aus Granatwerfer- und Artillerieeinheiten aufzustellen. Die Operationen zur Vernichtung von Panzer- und motorisierten Einheiten des Gegners sind in tiefer Deckung vorzubereiten, nachts zu starten, kühn, entschlossen und rasch durchzuführen und so abzuschließen, daß die Truppen noch vor Morgengrauen zu ihren Stützpunkten zurückkehren..."

Die Front war zwar unbeständig, aber der Feind rückte noch immer vor. Auf Schritt und Tritt stieß er auf Widerstand und erlitt Verluste. In jenen schweren Kämpfen konnten die Deutschen nicht selten nur vorstoßen, nachdem die Verteidiger der jeweils nächsten Stellung mit der Waffe in der Hand gefallen waren. Der Generalstab erhielt zahlreiche Meldungen dieses Inhalts. Auf ihrer Grundlage erachtete Armeegeneral Shukow es schon am Ende der zweiten Kriegswoche, am 5. Juli, als notwendig, die Oberbefehlshaber der Fronten anzuweisen, daß sie Soldaten und Kommandeure, die in den Kämpfen für das sozialistische Vaterland "außerordentliche Tapferkeit und Mut bewiesen haben", zu einer Regierungsauszeichnung vorschlugen.

Shukow wußte: Ein Soldat, der zu einer Heldenat rüstet, mußte sicher sein, daß niemand und nichts vergessen sein wird. Darin liegt der höchste Sinn einer ehrlichen, mit Blut oder sogar mit dem eigenen Leben bezahlten Kampfauszeichnung. Das ist die Grundlage des moralischen Geistes einer kämpfenden Armee.

In jener unglaublich schweren Zeit sorgte Shukow dafür, daß in den täglichen schwierigen Verteidigungskämpfen nichts verloren ging, was für künftige Siege notwendig war. Die Siege würden kommen, davon war er überzeugt, vorerst aber, am 6. Juli, wies er Generaloberst Kirponos, den Oberbefehlshaber der Südwestfront, an:

"... Der Generalstab ist nicht damit einverstanden, daß mechanisierte Korps aufgelöst werden und die motorisierte Infanterie durch Panzersoldaten aufgefüllt wird. Wenn das geschieht, bleiben wir ohne Panzersoldaten und ohne Panzertruppenkader. Die Panzerkorps" (gemeint sind mechanisierte Korps) "sind als Reserve abzustellen und in Ordnung zu bringen. Es ist zu verbieten, daß die mechanisierten Korps bei jeder Gelegen-

keine Möglichkeit, überschwere und schwerste Artillerieregimenter und einzelne -abteilungen aus der Reserve des Oberkommandos wirksam einzusetzen. Wertvolle Technik könnte verloren werden... Ich bitte um Ihre Verfügung über den Abzug der überschweren und schwersten Artillerie in die inneren Bezirke, darüber, daß sie in Ordnung gebracht und gemäß ihrem Einsatzzweck auf die Kampfhandlungen vorbereitet werde."

Die Resolution des Generalstabschefs Armeegeneral Shukow vom 16. Juli 1941: "Sofort zurücknehmen."

Dieser Beschuß setzte die überschwere und schwerste Artillerie aus der Reserve des Oberkommandos von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer in Bewegung. Kaderregimenter wurden verladen, gigantische Geschütze — von 152-mm-Ferngeschützen bis zu 280-mm-Haubitzen — auf Flachwagen verzurrt. Schwere Transporte gingen in aller Stille ostwärts ab, in der gleichen Richtung wie die Züge mit den evakuierten Frauen und Kindern. Ein nicht sehr bekanntes Kapitel aus der Geschichte dieses Krieges... Nicht alle Artilleristen begriffen das: Die Schlacht



1941. Einer der ersten Gegenangriffe der Roten Armee im Großen Vaterländischen Krieg.

heit strapaziert und jedem Risiko ausgesetzt werden..."

Die harte Zeit diktierte bald die Notwendigkeit, die Korps doch aufzugliedern, aber immerhin in Panzerdivisionen und -brigaden. Die Kader wurden erhalten. Nach etwas mehr als einem Jahr gingen nicht nur mechanisierte und Panzerkorps, sondern auch Panzerarmeen an die Front.

Am 15. Juli berichtete Generaloberst Nikolai Jakowlew, Chef der Hauptverwaltung Artillerie, Shukow:

"Der Charakter der Kampfhandlungen, wie sie sich an allen Fronten entfalten, gibt

tobte, Blut floß, sie aber, die sie ausgezeichnet ausgebildet waren und die mächtige Kriegstechnik gemeistert hatten, fanden sich bald im tiefen Hinterland, wo mit ihrer Umgliederung und Gefechtsausbildung begonnen wurde.

Es galt, den Einsatz der überschweren Artillerie zu meistern. Verfolgen wir das am Beispiel einer besonderen Artilleriegruppe der Kriegsmarine, von zwei Abteilungen, d. h. von 8 Batterien, die westlich von Wjasma aufgestellt waren. Im Oktober 1941 begannen die Faschisten ihre Bewegung in Richtung Moskau. Admiral Kusnezov, Volkskommissar für die Kriegsflotte, erinnerte sich später: "Der Gegner marschierte nicht direkt auf Wjasma zu, sondern suchte, es zu umgehen." Die Marineartillerie kämpfte heldhaft, wurde aber gemeinsam mit

anderen Einheiten eingekreist. Zusammenfassend schreibt Kusnezow: "Die Ferngeschütze der Kriegsmarine rechtfertigten nicht die großen Hoffnungen, die in sie gesetzt wurden. Schuld daran waren nicht die Artilleristen, denn man konnte ihnen Können und Mut nicht absprechen. Bei den Faschisten spielten beim Vormarsch sehr mobile Panzer- und motorisierte Einheiten die Hauptrolle. Die Batterien der Flotte dagegen hatten leider keine Bewegungsfreiheit. Das war vorauszusehen." So mußten die Geschütze gesprengt werden und die Einheiten sich zu den anderen sowjetischen Truppen durchschlagen.

Sobald die Rote Armee eine breite Offensive begann, ging die überschwere und schwerste Artillerie, aufgefüllt und gut ausgebildet, an die Front ab. Man sehe sich die militärischen Wochenschauen von 1942 an, die über die siegreichen Angriffe der Roten Armee berichten. Immer wieder kommen da die langen Reihen schwerer, Feuer speienden Geschütze vor. Das war die Artillerie der Reserve des Oberkommandos, die unseren Truppen den Weg westwärts bahnte, mächtvolle Geschütze, die seinerzeit dank der Umsicht Shukows und anderer Vorgesetzter für den Einsatz bewahrt worden waren. Aber kehren wir zum Sommer 1941 zurück.

Über die Kunst des Möglichen

Der sowjetische Feldherr Boris Schaposchnikow nannte den Generalstab das Gehirn der Armee. Im Großen Vaterländischen Krieg stimmte diese Charakteristik in jeder Hinsicht. Von der Tätigkeit des Generalstabs hing hochgradig der Verlauf des bewaffneten Kampfes ab. Seine wichtigste Gliederung war die Operative Verwaltung. Als der Krieg begann, sicherten deren drei Abteilungen dem Hauptquartier und dem Generalstabschef alles in allem die gefechtmäßige Führung der Kampfhandlungen in der Nordwestlichen, der Westlichen und der Südwestlichen Richtung.

Unter Shukows Führung suchte der Generalstab angespannt nach Mitteln und Wegen, die faschistischen deutschen Truppen zum Stehen zu bringen. Jede Front hatte ihre genau formulierten Aufgabe, doch leider kam es häufig anders. Nachstehend einige Fragmente aus den Gesprächen Shukows mit dem Kommando der einzelnen Fronten über den Baudot-Apparat (Fernschreibmaschine, die in den 60er Jahren durch die Funkfernenschreibmaschine ersetzt wurde — D. Red.), die auf die damaligen Schwierigkeiten ein Licht werfen.

Nordwestfront. Aus dem Gespräch Shukows mit ihrem Oberbefehlshaber, Generaloberst Kusnezow, vom 26. Juni:

"Shukow: Sprechen Sie konkreter über die Situation, keine allgemeinen Erwägungen, wir haben jetzt anderes zu tun. Wo

ist der Gegner?... Als Oberbefehlshaber bewältigen Sie die Führung der Truppen Ihrer Front sehr schlecht... Sie wissen nicht, wo die Verbände der Front sind und was sie tun... Nehmen Sie zur Kenntnis, daß sich die Vorausabteilungen der gegnerischen Kraftfahrzeuge von ihrer Infanterie stark gelöst haben. Also bietet sich Ihnen eine günstige Gelegenheit, sie in Nachtangriffen aus dem Rücken zu vernichten. Geben Sie den Truppen den Auftrag, zu breit angelegten Nachtangriffen überzugehen..."

Das konnte nicht erreicht werden, die Offensive des Feindes dauerte an. Um den 10. Juli stand dem Stab der Nordwestfront Generalleutnant Watutin, Erster Stellvertreter des Generalstabschefs, vor. Aus einem Gespräch Shukows mit ihm vom 13. Juli:

"Shukow: Alle Ihre Pläne sind bis jetzt nicht verwirklicht worden... Niemand hat diese Pläne den Regimentern, Kompanien und Bataillonen zur Kenntnis gebracht, niemand hat das kontrolliert.

Watutin: Genosse Armeegeneral, ich verstehe all Ihre Weisungen... Wir haben nicht so viele Kräfte, wie es den Anschein hat...

Shukow: Wenn die Kommandeure schlecht sind, erleiden die Truppen, obwohl sie nichts Wesentliches gemacht haben, Verluste sowohl an Menschen als auch an Waffen."

Südwestfront. Am Morgen des 29. Juni gab Shukow für ihren Oberbefehlshaber, Generaloberst Kirponos, durch:

"... Genosse Stalin fordert besonders, die Korps des Gegners aus dem Rücken kühner zu schlagen und ihnen die Versorgungswege abzuschneiden. Eine solche Gelegenheit haben Sie jetzt, Sie können dem frechen Gegner dabei eine gute Lehre erteilen."

Es kam zu keinem richtigen Schlag, die Hitlerfaschisten rückten ostwärts vor. In der Nacht zum 3. Juli machte Shukow Generalleutnant Purkajew, den Stabschef der Front, auf folgendes aufmerksam:

"... Angesichts des Strebens des Gegners, Teile der 6., der 26. und der 12. Armee abzuschneiden, müssen Sie außerordentlich viel Aktivität, Geistesgenauigkeit und Kühnheit beweisen, um die Truppenteile aus dem Gefecht herauszulösen. Tun Sie das nicht, so werden die Armeen abgeschnitten sein, und das könnte katastrophal werden."

In der Nacht zum 6. Juli betonte Shukow in seinem Gespräch mit Kirponos:

"Treffen Sie Maßnahmen, damit der Gegner nicht nach Berditschew vorstößt und so die 26. und die 12. Armee abschneidet. Beeilen Sie sich, die Truppen hinter die befestigten Räume zurückzuziehen."

Um 16 Uhr des 7. Juli drang die Wehrmacht in Berditschew ein. "Davon wußte man zuerst weder im Stab der 6. Armee noch im Stab der Front", schreibt Iwan Bagramjan in seinen Memoiren. Dort erfuhr man das erst 10–12 Stunden nach

der Einnahme der Stadt. Der Feind konnte zwar diese Armeen nicht einschließen, dafür aber den befestigten Raum passieren. Shukow konnte in seinen Gesprächen mit dem Stab der Front nur die rhetorische Frage stellen: "Ich verstehe nicht, wie Sie den Gegner den befestigten Raum Schepeckowka passieren lassen könnten?"

Am wichtigsten blieb jedoch die westliche Richtung, in der die Hauptkräfte des Feindes wirkten. Am 14. Juli erteilte Shukow im Auftrag des Hauptquartiers den Befehl, eine Front von Reservearmeen aufzustellen, deren Truppen sich an der Linie Staraja Russa–Ostaschkow–Bely–Jelnya–Brjansk entfalten sollten. Darin hieß es:

"Vor der Front der Armeen und in den befestigten Räumen sind Sperrstreifen mit Panzerhindernissen und einem durchgehenden Panzerabwehrfeuerstreifen anzulegen. Bei der Organisation der Verteidigung ist besonders auf den Bau verschiedener Panzerhindernisse zu achten, ferner auf die Verlegung von Minenfeldern und Sprengladungen, den Bau von Deckungsgräben für die Infanterie und den Ausbau von Artilleriestellungen, besonders für die Panzerjägerartillerie."

Fünf operative Gruppen wurden aufgestellt. Sie hatten die Aufgabe, einen Gegenangriff aus den Räumen Bely–Jelnya–Roslawl in Richtung Smolensk durchzuführen. Eine davon, unter Führung Generalmajor Rokossowskis, erzielte bei Jarzewo wesentliche Erfolge. Die übrigen, unter dem Befehl der Generale Chomenko, Katinin, Katschalow und Maslennikow, wurden in langwierige Kämpfe verwickelt. Shukow hatte mehr erwartet. Am 27. Juli verband er sich über die Fernschreibmaschine mit Marschall Schaposchnikow, einem Vertreter des Hauptquartiers.

"Shukow: Es ist uns nicht klar: 1. Wer greift wen an? Ihr die Deutschen oder die Deutschen euch?.. Schon den zweiten Tag versetzen die Fliegerkräfte der Front und die der Reserve des Oberkommandos den Bodenkräften des Gegners Schläge, die Stoßgruppen aber treten im Grunde auf der Stelle und führen nur Verteidigungsgefechte. Gedenkt das Kommando, die gestellte Aufgabe nur mit Flugzeugen zu lösen? Wenn dem nicht so ist, warum treten dann die Truppenteile Chomenkos, Katinins, Katschalows und der anderen auf der Stelle?

2. Es ist nicht klar, wie das Kommando die Gefechte der Stoßgruppierungen befehligt, wenn Ihr Stab im Laufe des 27. Juli weder von Chomenko noch von Katschalow etwas weiß. Wie Sie gut verstehen, können in dieser Zeit große Ereignisse eintreten, die später nicht wiedergutzumachen sind..."

Ich bitte, dem Oberbefehlshaber zur Kenntnis zu bringen, daß der Zeitverlust und die Passivität der Stoßgruppen dem Gegner die volle Möglichkeit geben, seine Reserven heranzuziehen und einen Schlag gegen Ihre Gruppen zu führen.

Wenn Sie die Operation nicht verlieren wollen, gilt es, dem Gegner, der seine

Vorbereitungen noch nicht ganz abgeschlossen hat, vernichtende Schläge zu versetzen...

Das Hauptquartier verlangt von allen Befehlshabern kategorisch, näher bei den Truppen auf dem Gefechtsfeld zu sein, persönlich den Verlauf des Gefechts zu verfolgen...

Zu Jelnja. Wird die 24. Armee in den ununterbrochenen und dabei unorganisierten Angriffen ihre Einheiten nicht aufreihen? Wäre es nicht besser für sie, den Gegner mehr durch Feuer zu vernichten, wie ich es Ihnen gestern durchgab?..

Schaposchnikow: Ganz meine Meinung. Neben Ihrem Gespräch las ich Ihre Weisung an Bogdanow" (Oberbefehlshaber der Reservefront) "und bin völlig damit einverstanden."

Natürlich konnte auch Shukow die Situation damals nicht in allen Einzelheiten. Er hatte unrecht, als er den Stoßgruppen Passivität vorwarf, und überzeugte sich bald davon. Bei den Gesprächen mit Schaposchnikow wußte er nicht, daß der Feind z. B. der Gruppe Katschalow weit überlegen war, daß sie sich aber selbstlos schlug. Ihren drei Divisionen standen 9 Divisionen des Feindes gegenüber.

In diesem Fall forderte Shukow Unmögliches. Man muß sich aber die damalige Situation vergegenwärtigen. Am 30. Juli erhielt die deutsche Heeresgruppe Mitte den Befehl, in der Hauptsache zur Verteidigung überzugehen. Bei der Schlacht vor Smolensk hatte sie 250 000 Mann verloren.

In der zweiten Julihälfte konnte der Feind die nahen Zugänge zu Leningrad noch immer nicht erreichen, seine besten Verbände wurden bei Smolensk aufgerieben, und im Süden drangen die Deutschen zwar bis zum Dnepr vor, mußten jedoch auf einen Frontalangriff auf Kiew verzichten. Im Generalstab verstand man, daß die Möglichkeiten der Wehrmacht nicht unbegrenzt waren, und gewann allmählich die Überzeugung, daß die Deutschen am Anfang des zweiten Kriegsmonats außerstande sein würden, an der ganzen Front anzugreifen. Doch durfte man sich nicht in falscher Sicherheit wiegen. Wie war über die vorhandenen Kräfte zu verfügen? Jeder strategische Fehler hätte die ohnehin schwere Lage des Landes noch verschlechtern können; am Ende der dritten Kriegswoche war der Feind bereits 500–600 km in unser Land vorgestoßen. Er konnte durchaus in einer strategischen Richtung große Kräfte zusammenziehen und dort einen bedeutenden Erfolg erzielen. Wo?

Mitten in den härtesten Kämpfen, als man sich anscheinend keine Minute von den laufenden Angelegenheiten ablenken konnte, führten Shukow und seine Mitarbeiter eine äußerst wichtige Analyse durch. Sie kamen zu dem Schluß, daß die strapazierten Panzer- und motorisierten Divisionen des Feindes aufgefüllt werden mußten. Der Feind konnte nicht mit einem

Erfolg an allen Fronten rechnen. Wie die Analyse ferner zeigte, planten die deutschen Generale einen Schlag dort, wo die Rote Armee ihrer Meinung nach keine zuverlässige Verteidigung hatte. Der Generalstab zog den Schluß, ein direkter Schlag gegen Moskau sei deshalb in der nächsten Zeit ausgeschlossen.

Er rechnete noch einmal alle Varianten durch und folgerte, daß der Gegner mit Rücksicht auf alle Umstände, darunter auf den Verlauf der Frontlinie, den Schlag an der Zentralfront, die die Richtung Gomel deckte, führen würde, um der Südwestfront in die Flanke und in den Rücken zu fallen. Mit all diesem Material gewappnet, berichtete Shukow am 29. Juli Stalin darüber. Um schwere Folgen der unvermeidlichen Offensive abzuwenden, bat Shukow, die Zentralfront auch durch Truppen zu verstärken, die im Westen Moskau deckten; dorthin hätten außerdem in zwei Wochen etwa 10 Divisionen aus dem Fernen Osten verlegt werden können. Zugleich waren die Truppen der Südwestfront hinter den Dnepr zurückzuziehen, um eine Einkreisung zu vermeiden. Nach einem kurzen Schweigen sagte Shukow: "Kiew wird man aufgeben müssen." Abschließend schlug er vor, im Raum Jelnja (Jelnja-Vorsprung), den die Faschisten in der Hand hatten, unverzüglich einen Gegenstoß zu organisieren, denn sonst hätten die Deutschen von dort ihre Offensive auf Moskau wieder aufnehmen können.

Das war Stalin, der, wie Shukow sagte, einen impulsiven Charakter hatte, zu viel.

Noch am selben Tag wurde Shukow als Generalstabschef abgelöst und zum Oberbefehlshaber der Reservefront ernannt, die am 30. Juli aus den Reservearmeen gebildet worden war. Aber er blieb Stellvertreter des Volkskommissars für Verteidigung und Mitglied des Hauptquartiers des Oberkommandos.

Jelnja

Am 31. Juli 1941 traf Shukow im Stab der Reservefront ein. Die Ausmaße seiner Arbeit waren jetzt natürlich unvergleichlich geringer. Die Reservefront war keineswegs die wichtigste und verfügte über bescheidene Kräfte. Doch Shukow war schon immer der Meinung, daß nicht der Platz den Menschen adelt.

Er hatte kaum Zeit, sich umzusehen, da mußte er schon wichtige Entscheidungen treffen. Die heroische Gruppe Generalmajor Katschalows geriet bei Roslawl in eine ausnehmend schwere Lage.

An Ort und Stelle sah Shukow, daß die Deutschen bei Roslawl kräftemäßig eine erdrückende Überlegenheit hatten. Er erteilte der Gruppe Katschalow die nötigen Verfüungen, ohne abzuwarten, bis sie aus der Westfront gelöst und in die Reservefront eingegliedert wird (von 6 Uhr früh des 4. August).

Am selben Tag meldete Shukow dem Generalstabschef Schaposchnikow:

"... Wenn der Gegner Roslawl nimmt, kann Katschalows Lage sehr ungünstig werden. Er kann eingeschlossen werden. Ich halte es für notwendig, die linke Flanke und die Mitte Katschalows unverzüglich ostwärts zurückzunehmen."

Schaposchnikow antwortete: "Finde Ihren Beschuß über Katschalow richtig."

Nur wenige aus der Gruppe Katschalow konnten aus der Einkreisung ausbrechen. Er selbst fand im Kampf den Heldentod.

Inzwischen machte sich Shukow auf die ihm eigene gründliche Art mit den Angelegenheiten der Reservefront vertraut. Wie sich herausstellte, hatte er in Moskau bei weitem nicht alles darüber gewußt, wie die Deutschen den Jelnja-Vorsprung ausgebaut hatten. Zweifellos wollte das Kommando der deutschen Heeresgruppe Mitte diesen Raum als Aufmarschgebiet für eine erneute Offensive gegen Moskau benutzen. Vorerst aber hatten die Hitlersoldaten ihn stark befestigt: Schützengräben ausgehoben, Drahtsperren gebaut, Panzer eingegraben, kurz, eine solide Verteidigung geschaffen.

Ohne eine gründliche Vorbereitung war dieses Aufmarschgebiet nicht zu liquidieren. Shukow stellte dem Oberkommando der 24. Armee die Aufgabe, mit Hilfe aller Aufklärungsdienste das Verteidigungssystem des Feindes auszumachen, den Standort der Feuernester festzustellen und zwei oder drei Divisionen, vor allem die Artillerie, heranzuziehen. Während die sowjetischen Truppen konzentriert wurden — Shukow nahm sich vor, nach dem 20. August zur Offensive überzugehen —, befahl er, dem Feind keine Ruhe zu gönnen und die beweglichen Einheiten des Feindes mit Artilleriefeuer an Ort und Stelle aufzureißen. Im Jelnja-Vorsprung befanden sich ja deutsche Eliteverbände: das Regiment "Großdeutschland" (in Wahrheit eine motorisierte Brigade), zwei Panzer- und eine motorisierte Division.

Diese Elite war nun dem Feuer der sowjetischen Geschütze ausgesetzt, deren Treffgenauigkeit von Tag zu Tag zunahm. Der Jelnja-Vorsprung wurde allmählich zu einem Friedhof der deutschen Truppen und ihrer Technik. Erst Wochen später fiel es dem deutschen Generalstab wie Schuppen von den Augen: Da wurde doch die Nazigarde vernichtet! So befahl er, die Panzer- und motorisierten Einheiten vom Jelnja-Vorsprung abzuziehen und sie durch 5 Infanteriedivisionen zu ersetzen. Auch diese ereilte das gleiche Los.

Indem Shukow klug die Zerschlagung der deutschen Gruppierung bei Jelnja vorbereitete, vergaß er nicht, daß er Mitglied des Hauptquartiers des Oberkommandos war. Am 19. August schickte er folgendes Telegramm an Stalin: "Dem Gegner ist die starke Konzentration unserer Truppen in der Moskauer Richtung der Zentralfront und unserer Gruppierung Welikije Luki in seinen Flanken nicht entgangen. Er hat deshalb zeitweilig auf einen Vorstoß auf Moskau verzichtet, ist vor der West- und der

Reservefront zur aktiven Verteidigung übergegangen und hat seine beweglichen und Panzertruppen der Stoßgruppierung gegen die Zentral-, die Südwest- und die Südfront eingesetzt. Mögliche Idee des Gegners, die Zentralfront zu zerschlagen, in den Raum Tschernigow-Konotop-Priluki vorzustoßen, dabei den Armeen der Südwestfront in den Rücken zu fallen und sie zu zerschmettern. Anschließend: Hauptstoß auf Moskau unter Umgehung der Brjansker Wälder und Vorstoß in das Donezbecken..."

Diese Einschätzung ist ein Beispiel der großen Weitsicht des Heerführers, der in seinen Gedanken das ganze Bild der sowjetisch-deutschen Front erfaßte, während doch auf ihm die riesige Verantwortung und die enorme organisatorische Arbeit als Oberbefehlshaber der Front lasteten. Wie tief schürfend diese Einschätzung war, wird besonders deutlich, wenn man daran denkt, daß Hitler einen schon ausgearbeiteten und bestätigten Plan liegen hatte, den Shukow in seinem Telegramm an Stalin vom 19. August so genau darlegte.

In Hitlers zwei Tage später, am 21. August, erteilten Befehl heißt es: Das wichtigste Ziel bis Winterbeginn sei nicht die Einnahme Moskaus, sondern die der Krim, des Industrie- und Kohlereviers des Donezbeckens; es sei unverzüglich eine Operation zu unternehmen, um den Gegner einzuschließen und zu vernichten, bevor er die Linie Desna-Konotop-Sula erreicht habe. Dieser Befehl war Bestandteil von Hitlers Barbarossa-Plan: Nach Erreichung ungefähr der Dnepr-Linie gehen die Panzergruppen Hoth und Guderian an der Achse Minsk-Moskau

nach links und nach rechts auseinander; die von Hoth zur Verfügung gestellten Korps müssen der Heeresgruppe Nord bei der Einnahme Leningrads helfen und Guderians Panzerverbände an der Besetzung der Ukraine teilnehmen.

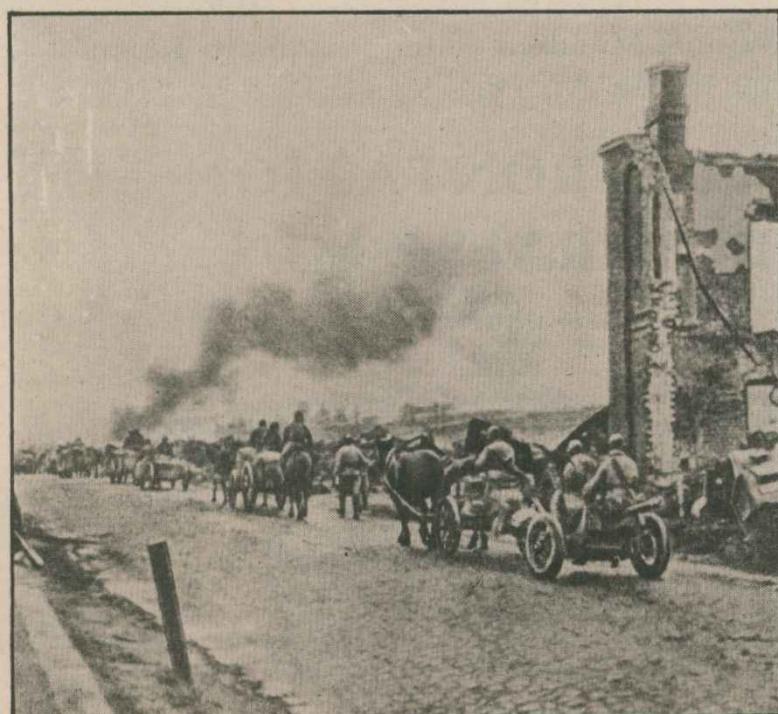
Das Hauptquartier des sowjetischen Oberkommandos stimmte Shukows Analyse zu, zumal der Generalstab bereits die gleichen Schlüsse gezogen hatte. Als Antwort auf Shukows Bericht vom 19. August wurde aus dem Hauptquartier am selben Tag mitgeteilt: "Ihre Erwägungen in bezug auf einen voraussichtlichen Vormarsch der Deutschen in Richtung Tschernigow-Konotop-Priluki halten wir für richtig." Shukow schlug vor, in diesem Raum eine starke Gruppierung zu schaffen (mit mindestens 1000 Panzern) und aus dem Südwesten Guderian in die Flanke zu fallen, wobei gleichzeitig die neu aufgestellte Brjansker Front einen Schlag aus dem Osten führen sollte. Es ging folglich darum, den Keil, den Guderian in den Körper der Südwestfront getrieben hatte, von beiden Seiten abzuschneiden.

All das stimmte, nur: Woher 1000 Panzer nehmen? Shukow gedachte, eine solche Gruppierung aus den Panzern des Transkaukasischen Militärbezirks aufzustellen und weitere 300 aus dem Fernen Osten kommen zu lassen. Das erforderte jedoch Zeit, und die war nicht gegeben.

In diesen Tagen leitete Shukow die Offensive auf Jelnja.

Am 21. August meldete er Stalin:

8. September 1941. Nach erbitterten Kämpfen marschieren sowjetische Truppen in Jelnja ein.



"Bis 20.8.41 gelang es den Truppen- teilen der 24. Armee der Reservefront im Raum Jelnja nicht, die deutschen Truppen einzukreisen und zu vernichten..."

In den 10 Tagen der Operation war ich in allen Divisionen und weiß anhand der Analyse im Gelände gut, wie die Gefechtsbedingungen sind und wie sich die Truppen verhalten. Die Soldaten und Kommandeure halten sich in ihrer Mehrheit gut. Sie fürchten keine Verluste und haben bereits die Technik und Taktik der Vernichtung des Gegners gemeistert, doch sind alle Teile zahlenmäßig sehr schwach und infolge der Angriffshandlungen und des Feuers des Gegners übermüdet."

Shukow bat um Ergänzungen und schlug deshalb vor, die "allgemeine Offensive" bis zum 24. August zu unterbrechen, um die Angriffe am 25. August wieder aufzunehmen. Das Hauptquartier war einverstanden. In diesen wenigen Tagen wurden die Truppen umgruppiert, und als die Operation ihren Fortgang nahm, blieb der Erfolg nicht aus. Unsre Truppen nahmen den Hals des Jelnja-Vorsprungs in eine eiserne Zange und gönnten dem Feind keine einzige Stunde Ruhe. Wie gewöhnlich in den Operationen, die Shukow leitete, wurde der Kampf auch nachts nicht unterbrochen. Später sollte er sagen, daß das unvergängliche Kämpfe waren, denn erstmals nach dem 22. Juni wurden die Feinddivisionen unerbittlich zurückgedrängt, weil die sowjetischen Soldaten und Kommandeure wahren Heldenmut zeigten, wenn auch schwere Verluste nicht zu vermeiden waren. Schließlich war der Feind erschöpft, und im Dunkel konnten die Überreste seiner Divisionen am 6. September durch den Hals des Jelnja-Vorsprungs entkommen. Die Rote Armee befreite Jelnja.

In seiner ausführlichen "Meldung über die Ergebnisse der Operation Jelnja" schrieb Shukow voller Stolz auf seine Truppen:

"Auf unserer Seite bewährte sich die Artillerie, selbst die in den neu aufgestellten Divisionen. Die reaktiven Geschosse 'RS' (später 'Katjuschas' genannt) richteten ungeheure Verheerungen an. Ich besichtigte Abschnitte, die in ihrem Feuer gelegen hatten, und konnte die völlige Vernichtung der Verteidigungsanlagen feststellen."

Die Deutschen verloren bis zu 50 000 Mann und große Mengen Kampftechnik.

Am 6. September erhielt Stalin das Telegramm: "Ihr Befehl über die Zerschlagung der Feindgruppierung im Raum Jelnja und über die Einnahme der Stadt Jelnja ist ausgeführt.

Heute haben unsere Truppen Jelnja genommen. Westlich von Jelnja sind erbitterte Kämpfe gegen geschlagene Truppenteile des Gegners im Gange. Der Gegner ist in halber Einschließung... Shukow."

(Fortsetzung folgt)

IN DER ROLLE DES SCHIEDSRICHTERS?

Die sowjetisch-amerikanische Vereinbarung über die Verhandlungen zu nuklearen und Weltraumwaffen haben in der Welt starkes Echo ausgelöst. Die Weltöffentlichkeit bekundet ihre Genugtuung über die Ergebnisse des Genfer Treffens.

Sehr widersprüchliche Äußerungen jedoch kommen dazu von offiziellen Vertretern Chinas. Der Staatsratsvorsitzende der VR China, Zhao Ziyang, erklärte im Dezember 1984, China begrüßte das bevorstehende Treffen der Außenminister der UdSSR und der USA. Die chinesische Seite begrüßte die "Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche zwischen der UdSSR und den USA", hörte man auf einer Pressekonferenz im Außenministerium der VR China am Tag nach Abschluß der Begegnung Gromyko-Shultz. In einem Kommentar dazu schrieb "Renmin ribao", daß "der Schritt zu einem Dialog zwischen der UdSSR und den USA dem Willen der an der Abrüstung interessier-ten Völker der Welt entspricht und deshalb Zustimmung verdient".

Häufiger werden die beliebten Pekinger Versionen zum Thema der "beiden Supermächte" bemüht, die angeblich in gleichem Maße die Verantwortung für die andauernde Hochrüstung tragen und gleichermaßen Schuld daran seien, daß es zu keinen Fortschritten im Rüstungssabbau käme; die eine wie die andere Seite verfolgten ihre eigennützigen Ziele. Nebenbei wird Washington die Initiative für das Genfer Treffen und für seine gesamte Einstellung zum Abrüstungsproblem angerechnet.

Einige chinesische Kommentatoren sind sogar bereit, schon jetzt die eventuellen Ergebnisse der noch nicht aufgenommenen Verhandlungen über die nuklearen und Weltraumwaffen zu prophezeien. Sie sagen faktisch einen ergebnislosen Ausgang voraus. Die Pekinger Zeitschrift "Liaowang" z. B. schreibt, daß die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen, also die Verhandlungen in Genf, keine Ausnahme bilden werden. Dabei halten es die Pekinger Kommentatoren nicht für nötig zu klären, wer im Recht und wer im Unrecht ist, oder auch nur in das Wesen der Dinge einzudringen.

Die chinesische Seite erhebt in diesem Falle wie auch in vielen anderen offenbar den Anspruch auf die Rolle eines Schiedsrichters, der die anderen ohne Ansehen der Person "richtet". Wenn das aber so ist, wie kann man dann den militaristischen Kurs der USA und die Friedensinitiativen der Sowjetunion auf eine Stufe stellen? Es erfordert nur eine objektive Analyse der Haltung der UdSSR und der USA — sowohl zum Abrüstungsproblem insgesamt als auch zu einzelnen seiner Aspekte —, um herauszufinden, wer ehrlich verhandeln und eine praktische Lösung der wichtigen Probleme herbeiführen will und wer dagegen Sand ins Getriebe streut und sich dem Wunschraum von der militärischen Überlegenheit hingibt. Die UdSSR begibt

sich, wie Konstantin Tschernenko betonte, zu den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen mit dem Ziel, eine beiderseits akzeptable Übereinkunft zum gesamten Fragenkomplex der nuklearen und Weltraumwaffen zu erreichen sowie mit dem festen Willen zu einem ernsthaften Fortschritt zur Verringerung der Kriegsgefahr.

Die Tatsache, daß die konstruktive Haltung der Sowjetunion und ihre Aktivitäten zur Eindämmung des Wettrüstens keine objektive Beurteilung in China erfahren, läßt sich wohl nur mit Voreingenommenheit erklären. Die Versuche, einen Schatten auf die Sowjetunion zu werfen, zeugen nicht von Objektivität in dieser Frage.

Man muß auch feststellen, daß bei der Behandlung der sowjetisch-amerikanischen Kontakte im Bereich der Abrüstung, die sich keineswegs objektiv nennen läßt, Vorstellungen vom Abrüstungsproblem und seinen Lösungswegen der Vorzug gegeben werden, die in der chinesischen Presse dominieren und von offiziellen Sprechern der VR China propagiert werden. In jüngster Zeit werden in China nicht wenige Erklärungen zugunsten der

SÜDAFRIKA

Winnie Mandela — eine standhafte Kämpferin gegen die Apartheid

KONFRONTATION MIT DEM RASSISMUS

Die zarte, kleine Frau mit den Gazellenaugen kämpft über 20 Jahre gegen die Apartheid. Sie ist die Frau des legendären Nelson Mandela, Führers des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) von Südafrika, der von den Rassisten wegen seines Kampfes gegen das Apartheidregime zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

Im Jahre 1976 wurde Winnie Mandela in das Städtchen Brandfort (Provinz Oranje) verbannt. Sie lebt in der Siedlung für Schwarze, wo es weder Wasserleitung noch Strom gibt. Ihr ist nicht nur jede politische Betätigung, sondern auch jede Zusammenkunft mit Kameraden vom ANC

verboten. Nur ein paar Mal durfte sie Brandfort verlassen, um ihren Mann zu besuchen. Ihre Gesuche, ihr wenigstens mitzuteilen, wann sie nach Soweto, einem Vorort von Johannesburg für Schwarze, heimkehren darf, blieben unbeantwortet.

"Verbannung auf Lebzeiten", sagt sie mit bitterem Lächeln.

Aber sie hat auch hier ein Tätigkeitsfeld gefunden. Sie ist ausgebildete Krankenschwester und hat in Brandfort zum erstenmal eine Klinik für Schwarze ins Leben gerufen. Jetzt kommen jede Woche bis zu 500 Patienten in die Sprechstunde der Ärzte, die ehrenamtlich tätig und auch von Winnie herangezogen worden sind.

Abrüstung abgegeben und deklariert, man wolle zur Zügelung des Wettrüstens beitragen. "China ist bereit, seinen Verpflichtungen bei der nuklearen Abrüstung nachzukommen", sagte Zhao Ziyang auf der Tagung des Nationalen Volkskongresses im Mai 1984. Interessant ist jedoch, daß die Abrüstungsformel der chinesischen Seite die Teilnahme Chinas an der nuklearen Abrüstung auf "eine ferne Zukunft" verschiebt. Diese Teilnahme wird unmittelbar von einer Übereinkunft zwischen der UdSSR und den USA über einen wesentlichen Abbau ihrer Kernwaffenarsenale abhängig gemacht.

Was kann diese Haltung bedeuten? Man muß wohl nicht beweisen, daß unter den heutigen Umständen, da die Spirale des Wettrüstens (vor allem des nuklearen) durch Verschulden des Imperialismus immer länger gezogen wird, weniger allgemeine Schemata und Erklärungen erforderlich sind, sondern vielmehr konkrete Initiativen und Aktivitäten zur Eindämmung dieses verhängnisvollen Prozesses und zur Verhütung seiner Ausdehnung auf neue Bereiche. Dabei sind unverzügliche, gemeinsame Bemühungen aller Staaten erforderlich, in erster Linie derer, die über Kernwaffen verfügen.

Diese gerechtfertigte Haltung wurde praktisch auch in der Erklärung des kürzlichen Sechsergipfels in Delhi befürwortet, die alle Nuklearmächte zur umfassenden Einstellung der Tests, Herstellung und Stationierung von Kernwaffen und ihren Trägermitteln aufruft.

Das ist eine insgesamt gute Grundlage für reale Fortschritte in einem oder anderem Bereich der Abrüstung.

Was die chinesische Seite in dieser Hinsicht heute praktisch unternimmt, läßt sich an ihrem Verhalten auf der 39. UNO-Vollversammlung erkennen, das nur als inkonsequent zu bezeichnen ist.

Einerseits wird die wichtige Resolution zur Verhinderung der Militarisierung des Weltraums von der chinesischen Delegation unterstützt. Andererseits jedoch nimmt sie zu einer Reihe wichtiger Fragen der Tagesordnung der UNO, die für die Verhütung eines Nuklearkriegs und die Begrenzung des nuklearen Wettrüstens von aktueller Bedeutung sind, eine ganz andere Haltung ein. Die chinesische Delegation hat keinen einzigen Resolutionsentwurf der sozialistischen und der nichtpaktgebundenen Länder zum Einfrieren der Kernwaffen unterstützt und befand sich unter den wenigen Ländern, die sich

dazu der Stimme enthielten. Auch die mit Stimmenmehrheit gebilligte Resolution der sozialistischen Länder, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, fand nicht die Unterstützung der chinesischen Vertreter. Die Delegation Chinas übte Stimmenthaltung zu den von den meisten UNO-Mitgliedstaaten gebilligten Resolutionen zum Verbot der Kernwaffentests, die auf Entwürfe der sozialistischen und der nichtpaktgebundenen Länder zurückgehen. Schließlich billigte die Vollversammlung eine Resolution zum Verbot der Neutronenwaffe, zur Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen der Kriegsmarine sowie zur Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf die Meere und Ozeane. Wieder enthielt sich die Delegation der VR China der Stimme.

Der fehlende Wille, die Bemühungen der anderen Staaten in wichtigen Richtungen des Kampfes um die Begrenzung der Nuklearwaffen tatkräftig zu unterstützen und sich ihnen anzuschließen, sowie Versuche, die Verantwortung auf andere abzuwälzen und die Sowjetunion als Schuldigen an den Spannungen in der Welt hinzustellen, kommen nur den Gegnern der Abrüstung zugute.

P. DALNEW



Den Kampf für die Gleichstellung der Rassen führt sie weiter. Man erzählt sich, wie Winnie in das Brandforter Warenhaus ging und den Eingang "Nur für Weiße" benutzte. Trotz der Proteste der "beleidigten" weißen Kunden machte sie ruhig ihre Einkäufe. Am Ausgang drängten sich Rassisten und schimpften auf die Frau, die es gewagt hatte, die geltende Ordnung zu verletzen.

"In dieser Stadt spiegelt sich das

"NEUE ZEIT" 7.85

Apartheidsystem wie in einem Wasertropfen", sagt Winnie. "Auf den Haß der Rassisten stößt man täglich, auf der Straße, beim Einkaufen oder im Café. In den kleinen Provinzstädten ist die Apartheid besonders kraß. Hier ist die Hautfarbe bestimmend für die gesellschaftliche Stellung eines Menschen, für seine Rechte oder vielmehr seine Rechtlosigkeit, ja für sein ganzes Leben. Kinder sind alle gleich, aber das grausame System trennt sie schon bei ihrer Geburt in Gruppen, die einander feind sind."

Voriges Jahr bekam Winnie Mandela Erlaubnis, ihren Mann jeden Monat einmal 45 Minuten im Gefängnis in Polsmoor, wohin er aus dem Kerker auf Robben Island überführt wurde, zu besuchen. Früher sprachen sie durch eine Glasscheibe miteinander. Jetzt war man so "gütig", den Eheleuten zu gestatten, sich am Tisch sitzend, doch in Gegenwart mehrerer Aufseher, zu sprechen. Wenn diese glauben, die beiden sprächen über Politik, dann brechen sie den Besuch sofort ab.

Winnie erzählt stolz von ihrem Mann: "Nelson verliert seine Geistesfrische nicht, täglich marschiert er in der Zelle fünf Kilometer und macht Gymnastik. Er ist sicher, daß die Behörden unter dem Druck der Weltöffentlichkeit die politischen Häftlinge zu entlassen gezwungen sein werden."

Von seiner Tapferkeit zeugt die Weigerung, zu den Bedingungen der Rassisten frei zu werden. Sie haben ihm angeboten, sich in dem Bantustan Transkei, einem der pseudounabhängigen künstlichen Staatengebilde, anzusiedeln, die Pretoria gebildet hat und die von der UNO nicht anerkannt werden. Mandela hat das provokatorische Angebot zurückgewiesen und erklärt, er werde mit seinen Kameraden das Gefängnis verlassen und in seiner Heimatstadt Johannesburg leben.

Der Kampf für die Befreiung Nelson Mandelas geht weiter. An diesem Kampf beteiligt sich tapfer seine Kameradin, Winnie Mandela.

M. SARIPOW
Eigenbericht

Lusaka

ES BRODELT IN NEUKALEDONIEN

Die Atmosphäre in Neukaledonien, einem Überseeterritorium Frankreichs, hat sich stark erhitzt, so stark, daß Frankreich dort am 12. Januar für zwei Wochen den Ausnahmezustand verhängte und ihn auf Beschuß der Nationalversammlung am 27. Januar, jedoch für fünf Monate, wiederholte. In der Zeit zwischen den beiden Daten stattete der französische Staatschef diesem Gebiet, das 20 000 km von Paris entfernt liegt, erstmalig in der Geschichte einen Besuch ab.

Das provokatorische Vorgehen derer, die gegen die Unabhängigkeit für dieses Besitztum Frankreichs sind, hat die neue Zuspitzung ausgelöst. Am 11. Januar wurde in Neu-

kaledonien unter ungeklärten Umständen ein junger Weißer ermordet. Am 12. Januar streckten Kugeln französischer Gendarmen zwei Funktionäre der Nationalen Sozialistischen Befreiungsfront der Kanaken (FLNKS) — der führenden Organisation der um die Unabhängigkeit ringenden Urbevölkerung — nieder. Dem war die Ermordung von noch elf aktiven Mitgliedern FLNKS durch bewaffnete ultrarechte Weiße vorausgegangen, die schon mehrmals Anschläge auf den Vorsitzenden der Front, Jean-Marie Tjibaou, verübt hatten.

Frankreich eroberte Neukaledonien im Jahre 1853. Seitdem haben die Urbewohner — die Kanaken —

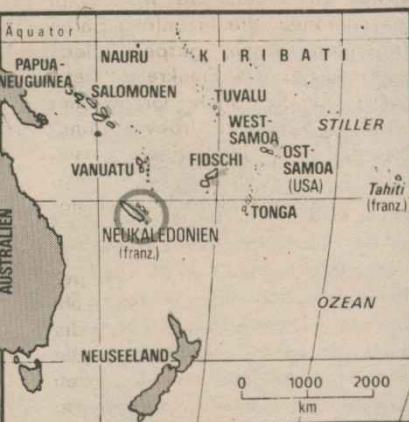
schwer zu leiden. Sie wurden in Reservationen, die in unfruchtbaren Gegenden liegen, gesperrt. Jetzt besitzen 900 aus Frankreich stammende Familien mehr Grund und Boden als die ganze Urbevölkerung. Diese ist auch jetzt einer krasse Rassendiskriminierung ausgesetzt. Unter ihnen herrscht große Arbeitslosigkeit.

Die Repressalien sowie Hunger und Krankheiten haben ihre Zahl unter französischer Herrschaft auf die Hälfte dezimiert. Jetzt zählt die Urbevölkerung 63 000 von den 145 000 Bewohnern der Kolonie (also 45 Prozent). Privilegiert sind die größtenteils aus Frankreich stammenden Siedler. Im 19. Jahrhundert wurden französische Verbrecher dorthin verbannt. Später förderte Paris die Besiedlung der Insel auch mit anderen Franzosen. Die letzte Welle der Übersiedlungen fiel in die 60er Jahre. Damals gingen die aus Indochina, Algerien und den afrikanischen Kolonien Frankreichs hinausgesetzten Kolonialisten, darunter viele Mitglieder der verbotenen rechtsstehenden Terrororganisation OAS und ehemalige Angehörige der Fremdenlegion, nach Neukaledonien. Insgesamt machen die Einwanderer aus Europa jetzt 37 Prozent der

Mit Panzerwagen und Bajonetten gegen die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Kanaken

Foto aus: "L'Express"





Bevölkerung aus. Die übrigen gehören anderen Nationalitäten an, sie stammen größtenteils von den benachbarten Inseln und wurden von den Kolonialisten für die Arbeit in den Nickelminen dorthin verschleppt.

Nickel ist der größte Reichtum Neukaledoniens. Dort lagern bis zu 40% aller Nickelvorkommen der kapitalistischen Welt. Vorhanden sind auch industriell verwertbare Vorkommen an Uran, Chrom, Kobalt, Manganerz und anderen Metallen.

Die Kanaken haben wiederholt den Kampf für ihre Befreiung aufgenommen, wurden aber jedes Mal brutal niedergeworfen. Ihr Unabhängigkeitsdrang konnte jedoch nicht abgewürgt werden. Das gelingt erst recht jetzt nicht, wo sie sehen, daß die meisten in ihrer Nachbarschaft im südlichen Pazifik liegenden Inselstaaten politisch selbständige geworden sind.

Als Frankreich, das diesem Überseeterritorium gegenüber die Politik der "kleinen Schritte" betreibt, ihm oder vielmehr den weißen Kolonisten im November v. J. eine beschränkte innere Autonomie gewährte, bildeten die von der FLNKS geführten Kanaken eine Übergangsregierung und proklamierten am 1. Dezember den Staat Kanaken. Sie haben faktisch etwa die Hälfte der Insel unter ihrer Kontrolle. Gleich danach entsandte das französische Kabinett Ex-Minister Edgar Pisani als bevollmächtigten Vertreter der Regierung und Hochkommissar Frankreichs auf Neukaledonien dorthin. Er schlug

vor, im kommenden Juli ein Referendum über die Selbstbestimmung für Neukaledonien abzuhalten. Den Teilnehmern wird zur Wahl gestellt, entweder das Territorium in der Französischen Republik zu belassen (d. h. die jetzige Lage beizubehalten), oder es am 1. Januar 1986 in aller Form als unabhängigen Staat zu proklamieren, der jedoch eng mit Frankreich assoziiert sein soll. Das würde bedeuten, daß Frankreich weiter für Verteidigung, Landes sicherheit und Finanzwesen zuständig bliebe.

Tjibaou findet das Projekt im allgemeinen annehmbar und bemerkt dazu, falls die Kanaken außerstande sein sollten, durch das Referendum die Unabhängigkeit zu erlangen, würden sie weiter darum kämpfen. Die FLNKS sei zu Verhandlungen mit anderen politischen Kräften der Inselgruppe bereit. Bei den Rechten fand die Kompromißvariante größtenteils gehänsische Aufnahme. Das Aufkommen von Gewaltakten, das gleich danach einsetzte, machte das neukaledonische Problem wieder ungewiß, um so mehr, als die oppositionellen Rechtsparteien in Frankreich selbst, die die Gegner der Unabhängigkeit für Neukaledonien unverhohlen unterstützen, der sozialistischen Regierung Unfähigkeit zur Bereinigung der Situation vorwerfen.

Gleich nach seiner Rückkehr aus Neukaledonien gab Präsident Mitterrand Frankreichs Absicht bekannt, "seine Rolle und strategische Präsenz in diesem Raum beizubehalten". Weiter teilte er mit, er habe Auftrag erteilt, den französischen Militärstützpunkt in Numea, dem Verwaltungszentrum des Überseegebiets, und die "Sicherheitskräfte" zu verstärken. Zur Zeit bestehen diese aus 6500 Gendarmen und Polizisten.

Wieso klammert sich Frankreich an die ferne Pazifikinsel? Nur wegen des Nickels, das man auf alle Fälle ankaufen könnte? Eine Erklärung gab der Pariser "Monde". Er nannte Neukaledonien einen "mitteln im Pazifik ankernden Flugzeugträger". Die französische Militärzeitschrift "Armées d'aujourd'hui" schreibt in einer ihrer jüngsten Hefte, Neukaledonien habe eine "für die Kontrolle über Luft- und Seewege sehr

wichtige Lage". Dort bestünden große Möglichkeiten zum Bau von Flugplätzen und Häfen.

Washington zeigt sich — gerade aus strategischen Gründen — genauso lebhaft daran interessiert, daß Neukaledonien Frankreich gehöre. Nicht zuletzt haben die USA auf der Insel auch eine geheime Begleitfunkmeßstation für Satelliten. Evan Galbraith, der US-Botschafter in Paris, hat vor kurzem ohne alle diplomatischen Umschweife erklärt, Frankreich müsse seine Präsenz auf Neukaledonien beibehalten. Die "Humanité" nannte die Äußerung eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreiche. Sie schrieb entrüstet: "Der Botschafter benimmt sich wie ein amerikanischer Prokonsul, er mißachtet die Souveränität unserer Republik."

Die extremistischsten Kreise der weißen Bevölkerung Neukaledoniens erhoffen mehr von Washington als von Paris. Davon zeugt u. a. der Besuch, den Dick Ukeiwe, Chef der Territorialregierung und ein Leiter der "Vereinigung für Kaledonien als Teil der Republik", der kategorisch gegen die Unabhängigkeit auftritt, Ende vorigen Jahres den USA abstattete. Bei der Debatte über die neukaledonische Krise war in den USA davon die Rede, daß es sich nicht mehr um ein nationales oder regionales Problem, sondern um "das der Ost-West-Beziehungen" handle. Der "Figaro" erwähnte die kürzlichen Besuche amerikanischer Kriegsschiffe bei der Inselgruppe und das dortige Landen eines speziellen Transportflugzeugs der US-Luftwaffe.

Was die pazifischen Nachbarstaaten angeht, so pflichten die meisten dem Unabhängigkeitsstreben der Urbevölkerung Neukaledoniens bei.

Die Krise auf Neukaledonien hat auch einen heftigen politischen Kampf in Frankreich bewirkt, wovon die Heftigkeit einer diesbezüglichen Parlamentsdebatte zeugt. Die FKP nimmt für eine Behebung dieser Krise Stellung, bei der die geschichtlichen Rechte der Kanaken zur Geltung kämen und Voraussetzungen für ein friedliches Leben aller Bewohner Neukaledoniens garantiert wären.

A. KUSNEZOW

Rauschgifthändler im Dienst der Konterrevolution

DER ZÄHE „GOLDENE HALBMOND“

Lew JELIN

Die Zollbeamten in dem nicht weit von der Makranküste gelegenen Turbat (Pakistan) revidierten nachlässig und nur pro forma einen PKW, der vom Norden her, aus Quetta, kam. Einer hob eine achtlos auf den Rücksitz geworfene Reisetasche, schaffte es aber nicht mehr, sie zu öffnen. Der Fahrer preschte los und ließ die Zollbeamten in einer Staubwolke und mit 25 kg reinen Heroins in den Händen zurück.

Heroin für den Westen

Der Schmuggler sei ein Afghane gewesen, schrieb anderntags das Lokalblatt "Khyber Mail" und fügte hinzu, daß er Mitglied der internationalen Rauschgiftmafia sei. Das war nicht zuviel gesagt. Es ist in der Tat eine Mafia, und wirklich eine internationale mit kolossaler Reichweite. Zwischen 80 und 90% des Heroins, das illegal in die USA und nach Großbritannien gelangt, kommt tatsächlich aus Pakistan, genauer aus dem Gebiet, das an Afghanistan grenzt. Der Zeitung "Amn" (Pakistan) zufolge sind jetzt die Städte Quetta, Peschawar, Islamabad und Rawalpindi Brennpunkte des illegalen Rauschgiftgeschäfts.

Einer "großen" Vergangenheit können sich die Rädelshörer der pakistanischen Mafia noch nicht rühmen. Sie sind Neureiche. Noch vor 10 Jahren nahm Pakistan im internationalen Rauschgifthandel einen sehr bescheidenen Platz ein. Im sogenannten Goldenen Halbmond, der einige Gebiete Pakistans, Afghanistans und des Iran erfaßte, spielten die beiden ersten die Rolle der Rohstofflieferanten. Von dort ging das Rohopium zur Verarbeitung nach dem Iran und dann erst nach Europa und in die USA. Ein erheblicher Teil blieb in iranischen Städten hängen. Mit dem Goldenen Dreieck Burmas und

Thailands konnte der "Halbmond" nicht konkurrieren. Anfangs mochte es scheinen, daß er infolge der afghanischen Revolution und des Sturzes des Schahs im Iran überhaupt untergehen müsse. Das geschah aber nicht. Afghanische Konterrevolutionäre, die in Grenzgebieten Pakistans Unterschlupf gefunden hatten, brachten ihn erstaunlich schnell und effektiv auf die Bahnen des internationalen Rauschgifthandels. Zuerst entstanden dort neue Mohnfelder, dann Laboratorien, die aus dem Mohn Heroin herstellten. Laut "New York Times" bestanden im Herbst 1981 schon rund 20 derartige Labors, und die da mit Kolben und Reagenzgläsern hantierten, waren keine Flüchtlinge, sondern Chemiker aus Europa. Wie sie in die abgelegenen Gegenden gelangt waren, darauf wollen wir später zurückkommen. Jedenfalls konzentrierten sich im Grenzgebiet, hauptsächlich bei Peschawar, die Produktion und zugleich die Verarbeitung.

Den Herointransport nach Karatschi, wo sich der größte Seehafen und ein internationaler Flughafen befinden, soll der Afghane Mohammed Carwar Khan in die Wege geleitet haben. Er war es auch, der sich mit der amerikanischen Cosa Nostra in Verbindung setzte. Im Frühjahr 1982 — meldete die "New York Times" — habe in den USA ein Prozeß gegen 11 Mafiosi stattgefunden, die Heroin für 90 Mio Dollar von der afghanisch-pakistanischen Grenze in die USA befördert hatten.

Jetzt werden in Pakistan nach Schätzung dortiger Experten jährlich etwa 200 t Opium verarbeitet (man hat Ursache anzunehmen, daß es mehr sind). Es gibt Dutzende Methoden zum Rauschgifttransport nach Europa und in die USA. Öfter nimmt man amerikanische Zwischenhändler in Anspruch, hat aber auch einen eigenen Vertrieb, denn wozu den Gewinn teilen, wenn es auch anders geht? Die

pakistanische Wochenschrift "Mag" seufzt, Karatschi sei "für die Rauschgiftschmuggler ein wahres Paradies". Zahlreiche Handels-, Passagier- und Touristenschiffe schmuggeln Heroin aus Pakistan hinaus. Das ist sicher, aber nicht schnell genug, und Schnelligkeit ist im illegalen Geschäft ein wichtiger Faktor. Darum wird heutzutage fast der größte Teil der Rauschgifte mit Hilfe der Pakistan International Airlines (PIA) befördert. Das Heroin wird in den Gepäckräumen, Toiletten, Geheimfächern der Passagierräume und sogar in den Rettungsluken versteckt. Große Partien bis zu 2 t kommen vor, aber auch kleine bis zu winzigen Päckchen.

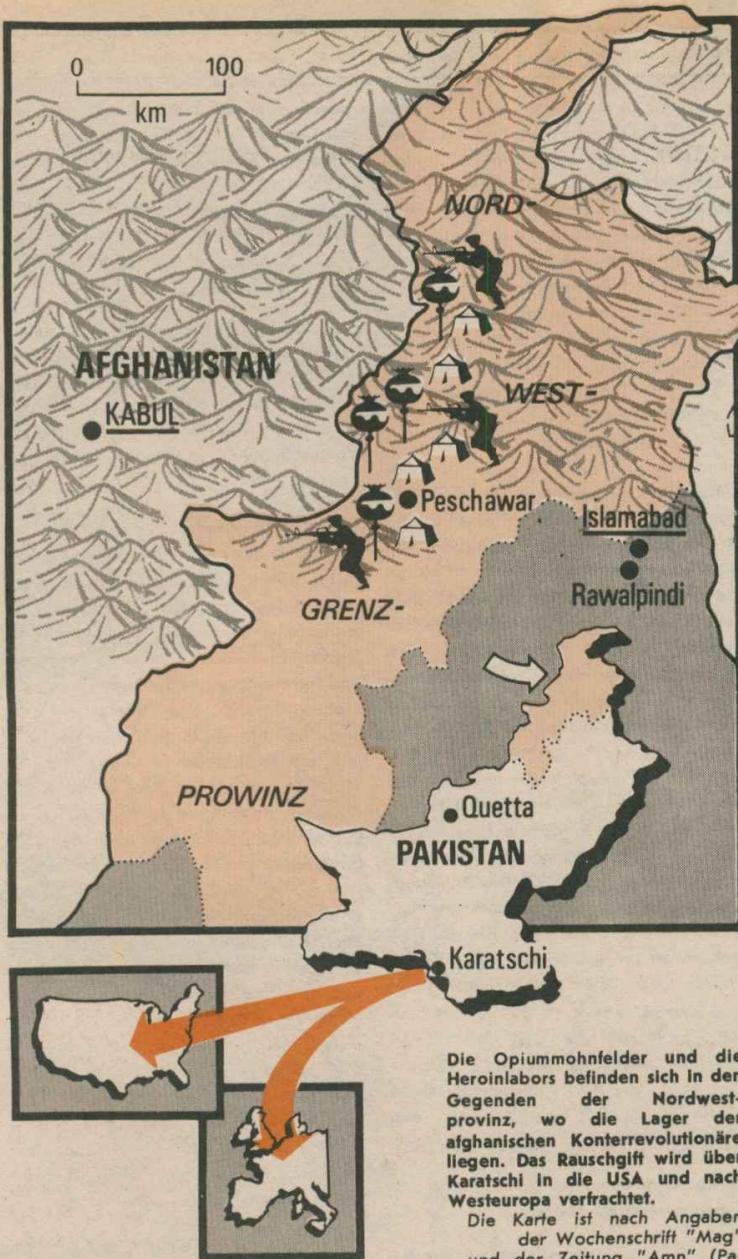
Immer wieder Korruption

"Es ist zum Staunen, wie leicht Rauschgifte über pakistanische Zollämter ins Ausland gelangen", schreibt die "Hindustan Times". Wie kommt das? Darauf gibt es mehrere Antworten.

Beginnen wir mit einer, die die Presse Pakistans selbst zugibt. Die Korruption beginnt dort, wo Opiummohn angebaut wird, und zieht sich durch den ganzen Prozeß seiner Reinigung und Beförderung. Die Wochenschrift "Viewpoint" (Lahore) berichtete Ende Oktober etwas ungemein Typisches. In Belutschistan wurde ein gewisser Agbar Mahouddin, ein Angestellter des pakistanischen Kommissariats für afghanische Flüchtlinge, festgenommen. In seiner Aktentasche fand man neben amtlichen Schriftstücken des Kommissariats 1,5 kg Heroin.

Nach der Presse Pakistans zu urteilen, bereichern sich viele Angestellte der Körperschaften, die den Rauschgifthandel zu bekämpfen haben, selbst daran. Im Frühjahr erfuhr man von einem Skandal, in den sechs Angestellte des Rauschgift-Kontrollausschusses verwickelt waren. Sie erpreßten und bedrohten ihre Opfer — unschuldige Leute —, sie wegen Rauschgiftschmuggels zu verklagen. Manche verdienen anders: Sie lassen sich einen Prozentsatz von den Schmugglern zahlen. Ein Direktor des Steueramts in Karatschi wurde unlängst entlarvt, von seinen Untergebenen beschlagnahmte Heroinpartien gehandelt zu haben. Die Untergebenen hatten ihm dabei geholfen.

"In den letzten Jahren führt fast kein einziger großer Rauschgiftfall zu Verhaft-



tungen", konstatierte "Mag". Und weiter: "Unstreitig und ziemlich offen bestehen Verbindungen der Verbrecher mit denen, die sie verhaften könnten." Da wird nicht Räuber und Gendarm gespielt. Ein paar Dutzend Obermacher des Rauschgiftgeschäfts, die mit Mujaheddins — Lieferanten — Verbindung haben, bewohnen Luxusvillen und leben in Saus und Braus. An dem kriminellen Geschäft seien — so die indische, "Hindustan Times" — führende Persönlichkeiten Pakistans beteiligt. Als in London eine Rauschgiftpartie einem

Die Opiummohnfelder und die Heroinlabor befinden sich in den Gegenden der Nordwestprovinz, wo die Lager der afghanischen Konterrevolutionäre liegen. Das Rauschgift wird über Karatschi in die USA und nach Westeuropa verfrachtet.

Die Karte ist nach Angaben der Wochenschrift "Mag" und der Zeitung "Amm" (Pakistan) zusammengestellt

Großhändler des dortigen Schwarzmarkts übergeben wurde, sei "der Verwandte eines der renommiertesten Diplomaten Pakistans" festgenommen worden. Der Mann war so unvorsichtig, im Wagen mit diplomatischem Nummernschild zum Treff zu kommen. Der britische "Guardian" zitiert den Ausspruch eines "westlichen Diplomaten", ob sich die Behörden in Islamabad im Kampf gegen den Heroin-Schmuggel wirklich die nötige Mühe geben: "Ich weiß nicht, ob sie mit ihm

fertig werden können. Bei der Sache ist so viel Geld im Spiel, daß es mit einem beliebigen fertig werden kann."

Mit der Korruption allein lassen sich die Tatsachen aber nicht erklären. In Frankfurt am Main wurde der pakistaneische Geschäftsmann Ganji Sadrudin verhaftet. Bei ihm fanden sich 32 kg Heroin. Er wurde verurteilt, aber seine Komplizen in Karatschi blieben auf freiem Fuß, obwohl die bundesdeutschen Fahndungsbeamten ihre Namen festgestellt und den pakistaneischen Kollegen mitgeteilt hatten. Ebenso zogen es die pakistaneischen Behörden vor, die Namen derer geheim zu halten, die kurz vorher die Abfertigung großer Heroinpartien auf mehreren Schiffen nach Liverpool organisiert hatten.

Die Bosse bei den beiden Schmuggeloperationen sind kaum nur durch Geld gerettet worden. Die Fälle waren international bekannt, und von Pakistan wurden Maßnahmen erwartet. Vielleicht waren die Rädelführer der afghanischen konterrevolutionären Mafia in die Sache verwickelt, und die Behörden, die nicht gerade uneigennützig die Konterrevolutionäre in Schutz nehmen, wollten die Sache aus politischen Gründen im Sande verlaufen lassen? Höchstwahrscheinlich. Es besteht aber noch eine Lesart: Den pakistaneischen Beamten wurde bedeutet, sie sollten nicht viel Aufhebens machen. Aber wer tat es?

Finger ohne Abdrücke

Wenn man schon fragt, ob die Behörden in Islamabad wissen, was sich vor ihrer Nase abspielt, so hat es Sinn, noch mindestens zwei Fragen hinzuzufügen. Weiß die amerikanische CIA von den Geschäften der afghanischen Rauschgiftmafia, und ist das State Department darüber unterrichtet? Das sind keine müßigen Fragen.

Erklärungen amerikanischer Staatsmänner, daß die Rauschgiftsucht bekämpft werden muß, sind allgemein bekannt. Ebenso weiß man, daß das Weiße Haus drei Faktoren nennt, die die amerikanisch-pakistanischen Beziehungen trüben: die nuklearen Anmaßungen Islambads, die Verletzungen der Menschenrechte und das Rauschgift. Das wurde Präsident Zia ul-Haq bei seinem Besuch in den USA erklärt. Vom wachsenden Zustrom pakistaneischen Heroins in den USA sprach besorgt Justizminister William Smith, der speziell zu diesem Zweck nach Islamabad flog. "Besorgnis" äußerte auch Außenminister Shultz selbst, als er im August 1983 Pakistan besuchte. Er trat aber

zugleich dagegen auf, daß das Fortdauern der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe an Islamabad mit der Unterbindung des Rauschgiftschmuggels in Zusammenhang gebracht werde.

Begreiflich ist das schon. Von Pakistan aus wird gegen Afghanistan ein nichterklärter Krieg geführt. Pakistan wird zu einem Stützpunkt der militärischen Präsenz der USA in dieser Region. Wenn das Weiße Haus also immer wieder Kongreßmitgliedern, die auf das nukleare Programm des asiatischen Partners aufmerksam machen wollen, einen Maulkorb umhängt, wie kann da von den Rauschgiften die Rede sein?

Die USA haben die Möglichkeit nachzuprüfen, wer den Schmuggel aufzieht und leitet. Die "Time" schreibt, die CIA habe in Pakistan ein glänzend funktionierendes Netz von Agenten.

In Langley kann man über die Mohnfelder und ihre Besitzer, über die illegalen Labors und die Wege, auf denen das Heroin aus Pakistan hinausbefördert wird, nicht in Unwissenheit sein, um so weniger, als Warren Marik, Generalkonsul der USA in Karatschi, auch ein CIA-Agent ist, was in Afghanistan festgenommene Spione ausgesagt haben. Die "Washington Post" schreibt, daß die CIA und das State Department schon einige Jahre Angaben über die Geschäfte hätten, die Angestellte der pakistanschen Luftverkehrsgeellschaft unter der Hand betreiben. Daß auch die Rolle der Mujaheddins im Rauschgifthandel bekannt ist, hat der Kongreßmann Charles Rangel, der Anfang 1984 in Pakistan war, bestätigt. Fakten über den Schmuggel werden sehr ausführlich in die Geheimakten der CIA eingetragen. Aber damit hat die Sache ihr Bewenden. Die CIA will nicht auf die völlig von Washington abhängigen konterrevolutionären Rädelshörer drücken und damit den Heroinzustrom in die USA eindämmen. Warum nicht?

Eine Antwort findet sich in dem unlängst erschienenen Buch "Die reine Wahrheit" von dem dänischen Journalisten Henrick Krüger. Er berichtet über den Zusammenhang des Rauschgifthandels mit der Finanzierung der Konterrevolution überall auf der Welt und fügt hinzu, daß die westlichen Geheimdienste, auch die CIA, mit Hilfe der Rauschgifte Geld für Geheimoperationen erlangen.

Krüger schreibt, in den 60er und 70er Jahren habe sich im Goldenen Dreieck die Firma gleichen Namens betätigt. Sie habe Opiummohn bekommen und mit der CIA in Verbindung gestanden. Nach Amerika wurde das Rauschgift mit Flugzeugen der

Spionage-Luftfahrtgesellschaft Air America befördert. In Langley habe man aber 1979 beschlossen, sich auf den Goldenen Halbmond zu orientieren.

Ursprünglich habe man — so Krüger — beabsichtigt, Afghanistan in die antirussische Betäugung einzubeziehen und den Dollarerlös aus dem Rauschgiftgeschäft Beamten der SAVAK, des derzeitigen Geheimdienstes des Schahs, zu übergeben. Diese Pläne wurden durchkreuzt, und 1980 überließ man den Halbmond den afghanischen Konterrevolutionären, die sich von Pakistan aus betätigten.

Anfangs wurde natürlich geholfen. Die ausländischen Chemiker, die sich weder aus dem Klima noch aus den Lebensverhältnissen und der unangenehmen Gesellschaft etwas machen, fielen ja nicht vom Himmel, und nicht auf einen ersten Anruf Sarwar Khans hin kamen die amerikanischen Mafiosi nach Pakistan geflogen. Aber dann trat die Gesellschaft (wie die CIA von ihren Mitarbeitern genannt wurde) gewissermaßen von selbst zur Seite. Weder auf den Opiummohnfeldern noch in den Labors oder an den Schmuggelbehältern mit Rauschgiften fanden sich ihre Fingerabdrücke. Die CIA hält nur die Heroinwege unter strikter Kontrolle und — schützt "ihre" Händler, wenn sie in die Bredouille geraten. Ein Beispiel war der eingangs erwähnte New Yorker Prozeß von 1982. Die Zulassung der Öffentlichkeit zur Verhandlung darüber, wie und woher Heroin in die USA gekommen sei, wurde abgesagt, und die Urteile fielen äußerst milde aus.

Krüger vermutet auch, daß der Goldene Halbmond und die CIA über einen speziellen Vermittler miteinander verbunden sind: über die "Antikommunistische Weltliga". Sie koordiniert den Rauschgifthandel und verteilt den Erlös.

Opium--Geld--Mord

Wo Opiummohn gepflanzt wird, ist das Heroin spottbillig: Das Kilogramm kostet ungefähr 3000 Pfund Sterling. Der britische Journalist Lansner, der 1983 und 1984 zwei diesbezügliche Beiträge für den "Guardian" und den "Observer" aus Pakistan sandte, hat errechnet, daß der Engrospreis je Kilogramm in London 150 000 Pfund beträgt. Die Händler bekommen dafür schließlich über 1 Million. Davon fällt nur ein kleiner Teil für die produzierenden Mujaheddins ab. Es sind aber immerhin mindestens 200 000 Pfund. Eine nicht zu verachtende Unterstützung außer den amerikanischen "Gehältern" und den westlichen "Hilfen".

Diese Devisen kommen auf Konten der Leute, die im Weißen Haus "Freiheitskämpfer" genannt und sogar zu Gast geladen werden. Dieses Geld verschmähen weder Gulbuddin Hikmatyar, der Führer der konterrevolutionären "Hezbe Islami" (Konto bei der Bank American Express in Basel) noch Burhanuddin Rabbani, der Führer der "Jamiate Islami" (Konto bei einer Bank in Tokio) und viele andere ihresgleichen.

Das Geld liegt aber nicht auf den Bankkonten fest. Es arbeitet. Die Banditen, die im Flughafen Kabul eine Bombe legten, wobei 13 Personen getötet und 207 verwundet wurden, haben gestanden, auf Vorschuß 4000 Dollar bekommen zu haben.

Der Rauschgifterlös wird auch dafür benutzt, in Pakistan und im Westen MPis, MGs, Minen, Bomben usw. anzu kaufen. Folglich werden viele Sabotageakte in afghanischen Betrieben, Zerstörungen in landwirtschaftlichen Genossenschaften und Terrorakte gegen die Bevölkerung mit Opium bezahlt. Man denke an entsetzliche Verbrechen der Feinde der DRA wie die Explosionen in einer Kabuler Moschee und in einem Kino während der Kindervorstellung; an die Ermordung von Lehrern und Schulkindern. Als in den USA der Gedenktag für die Terroropfer begangen wurde, erwähnte Präsident Reagan diese afghanischen Opfer mit keinem Wort. Dabei fielen sie ja ausgesprochenen Terrorakten zum Opfer. Es handelt sich noch dazu um Staatsterrorismus, denn der nichterklärte Krieg gegen die DR Afghanistan wird von Washington aus gelenkt. "Wir sehen einen engen Zusammenhang zwischen dem Terrorismus und dem internationalen Rauschgifthandel", erklärte kürzlich der Leiter des State Department. Wie wir sehen, besteht dieser Zusammenhang wirklich.

Ein furchtbare Zweigespann ist das: der Staatsterrorismus und das Rauschgift. Seine Opfer sind nicht nur Tausende ermordete und zu Tode gepeinigte Afghanen, sondern auch Pakistaner, Amerikaner, Engländer, Deutsche u. a., diejenigen, die von Schuß zu Schuß leben, bis einer dann der letzte ist. In Pakistan ist jetzt schon jeder zehnte Student süchtig. Selbst Kinder werden gegen die Sucht behandelt. "Das ist wie eine Elementargewalt", sagen Experten ratlos. Aber die "Elementargewalt", die über Hunderte von Städten der Welt hereingebrochen ist, hat einen Organisator: die amerikanische CIA.

Wir helfen den Entwicklungsländern, Ihre Wirtschaft zu fördern und Ihre soziale Zurückgebliebenheit zu beheben. Gibt es eine Garantie dafür, daß sie die Beziehungen zu uns nicht abbrechen und zu unseren Gegnern überlaufen werden? Ich glaube, wir könnten die Mittel mit größerem Nutzen für uns selbst verausgaben.

D. SOKOLOW
Odessa, Ukr. SSR

nicht für ein politisches Diktat, was die Westmächte ja nicht selten tun.

Ein Plus ist auch die Größe der mit unserer Hilfe entstehenden Objekte.

Nehmen wir z. B. den wasserwirtschaftlichen Komplex von Assuan, der fast 40% des in Ägypten benötigten Stroms liefert und die Nutzbarmachung von 1,3 Mio Feddan Boden (1 Feddan = 0,42 ha) ermöglicht hat. Unlängst schrieb "Al-Ahram" in einem Beitrag mit der Überschrift "Wir danken dem Hochdamm", daß Ägypten dank dem Damm von Assuan die Dürre und die Hungersnot erspart bleiben, die andere Länder Afrikas heimgesucht haben.

Zudem hilft die Größe dieser Betriebe, das Beschäftigungsproblem, eins der akutesten in den ehemaligen Kolonien, zu lösen. Unsere Fachkräfte schulen immer Ersatz für sich heran. Ist ein Betrieb fertig und reisen die sowjetischen Fachkräfte heim, dann lassen sie an ihrer Stelle technisch geschulte nationale Fachkräfte zurück.

Mit alledem will ich sagen, daß es für die Entwicklungsländer vorteilhaft ist, mit uns zu tun zu haben. Nun werden Sie fragen, was wir davon haben, daß wir so viele Verpflichtungen übernehmen. An einer wechselseitig vorteilhaften Zusammenarbeit sind beide Seiten gleichermaßen interessiert. Wir nicht nur wegen der Zinsen für die Kredite. Wir bekommen als Tilgung beispielsweise Waren, die wir brauchen. Entwicklungsländer decken ganz oder zu großem Teil unseren Bedarf an importierten Kakao- und Kaffeebohnen, kleinen Rohhäuten, an Naturkautschuk, Jute, Textilien usw. Wir bekommen sie von dort, ohne Devisen verausgaben zu müssen.

Oft verrechnen diese Länder mit uns in Form von Erzeugnissen der Betriebe, die wir ihnen bauen halfen. Der Anteil von Erzeugnissen der Zusammenarbeitsobjekte an unserem Import aus diesen Ländern beträgt 25%.

Für beide Seiten ist es auch vorteilhaft, daß wir für die Betriebe, die wir dort bauen helfen, die Maschinen liefern.

Beim Materiellen hat die Sache aber nicht sein Bewenden. Grundsätzlich wichtig sind die politischen Vorteile. Die Bewohner von Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas überzeugen sich aus eigener Erfahrung, daß die beste Art der Beziehungen die konstruktive, friedliche Zusammenarbeit ist.

Und das ist ein Gewinn nicht nur für uns, sondern auch für die ganze Menschheit und den Frieden.



Es diskutiert

NZ-Kommentator

Dmitri

SGERSKI

Nein, eine Garantie dafür gibt es nicht. In manchen Entwicklungsländern ist das Regierungssystem oder schon die bloße Situation so, daß sie gegen Putsche und Umstürze, auch extremreaktionäre, nicht gefeit sind.

In anderen Staaten können sich die Regierungen auf der Suche nach einem Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf Hilfe z. B. der USA einstellen, die oft mit Forderungen, sagen wir, nach der Zustimmung zu einer militärischen Präsenz der USA und nach Drosselung der wirtschaftlichen und sonstigen Verbindungen mit der UdSSR, verbunden werden.

So etwas sind aber Ausnahmen und nicht die Regel. Die Zahl solcher Staaten ist viel geringer als die der Länder, denen unser Land ständig hilft, die Hinterlassenschaft aus der Kolonialzeit zu bewältigen. So hatte die UdSSR 1957 sechs Regierungsabkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Ländern der dritten Welt, 1984 aber schon 70.

Was bedeutet das? Auch hier kommen wir ohne Zahlen nicht aus.

1961 wurden die mit Hilfe sowjetischer Fachkräfte gebauten ersten 36 Objekte ihrer Bestimmung übergeben. Ende 1970 hatte die Gesamtzahl der fertigen Objekte 353 und Anfang 1984 die der mit Hilfe der UdSSR gebauten, entstehenden und geplanten Betriebe und anderen Objekte in den Entwicklungsländern über 3100 erreicht. Davon sind über 1840 schon in Betrieb.

Demnach nimmt unsere Zusammenarbeit mit solchen Staaten zu. Das halten wir grundsätzlich so, seitdem der sowje-

tische Staat besteht, und darin äußert sich u. a. unser Internationalismus.

Anderseits hat unsere Zusammenarbeit eine geschäftliche Grundlage, was unserer grundsätzlichen Einstellung nicht zuwiderläuft. Wäre es anders, so könnte es dazu kommen, daß wir uns völlig verausgaben. Und hier wollen wir nun das von Ihnen angeschnittene Thema näher in Augenschein nehmen.

Wahrscheinlich hören oder lesen Sie öfter den Ausdruck "Gleichberechtigung und wechselseitig vorteilhafte Zusammenarbeit". So werden unsere Beziehungen zu Indien, Algerien, Syrien und vielen anderen Ländern gewöhnlich charakterisiert. Das Wort "wechselseitig" trifft genau zu. Das Staatliche Komitee für Außenwirtschaftsbeziehungen achtet genau darauf, daß bei den Gemeinschaftsbauten im Ausland auch für die Volkswirtschaft der UdSSR etwas herausschaut. Ausnahmen sind natürlich möglich. Wir können z. B. für ein Land, mit dem wir eng befreundet sind, eine Kulturstätte oder Sportanlage als Schenkung bauen.

Wieso wird die Zusammenarbeit mit der UdSSR von den Entwicklungsländern so geschätzt? Vor allem, weil wir Kredite zu günstigeren Bedingungen als der Westen einräumen. Wir gehen nicht auf Profite aus, die an Plünderung grenzen, sondern berücksichtigen die wirtschaftliche Entwicklung und die finanziellen Möglichkeiten des betreffenden Landes.

Anziehend an der Zusammenarbeit mit uns ist ferner, daß wir massive Betriebe von Weltniveau bauen. Die Amerikaner haben eine Aluminiumfabrik in Bahrain, wir eine in Ägypten gebaut. In der ägyptischen ist der Stromverbrauch beim Schmelzen um 4% geringer als in Bahrain, und das Metall fällt reiner aus. Das als Beispiel.

Nicht zuletzt stellen wir niemals politische Bedingungen, versuchen wir nie, andere Völker zu lehren, wie sie leben sollen, und benutzen die Zusammenarbeit

Wölfe im Schafspelz



Die Leitung des amerikanischen "Friedenkorps" hat einen Vorwand dafür gefunden, dessen Treiben in Afrika zu intensivieren. Sie plant, noch 600 "Freiwillige" als angebliche Soforthilfe für die von der Dürre heimgesuchten Länder, in Wirklichkeit aber als Wegbereiter der Wirtschaftspolitik Washingtons hinzuschicken. Der offizielle Repräsentant des Korps, der die geeigneten Leute auswählt, hat in einem Interview für die "Washington Times" zugegeben, daß sich seine Abgesandten bemühen werden, den staatlichen Wirtschaftssektor der Länder Afrikas zu unterminieren.

300 Fudschijamas

Wie das japanische Finanzministerium angibt, geht bis zu einem Viertel der staatlichen Ausgaben dafür drauf, die Zinsen für Schulden zu zahlen und diese zu tilgen. Die langfristigen Schulden — 122 Billionen Yen (500 Md. Dollar) — entsprächen dem Wert von 47,7% des Bruttonsozialprodukts. "Unsere finanzielle Lage ist schlimm", sagte Asami, Leiter des Forschungsbüros beim Finanzministerium. Er verglich die Staatsschulden Japans mit einer aus aufeinandergelagten 10 000-Yen-Noten bestehenden Säule, die 300mal so

hoch wie der Fudschijama wäre. Dieser hat aber eine Höhe von 3500 Metern.

Eine "Blüten"lese

Die Behörden Spaniens finden, das vorige Jahr sei, was die Bekämpfung der Falschmünzerei betrifft, gut gewesen. "Cambio 16" (Madrid) schreibt, wenn 1983 "Blüten" für 50 Mio Peseten beschlagnahmt worden seien, so 1984 für 1,5 Md. Außerdem seien gefälschte Dollars, Francs, DM und Pfund Sterling in Umlauf. In einer aufgeflogenen Falschmünzerwerkstatt in Barcelona hätten sich 6 Mio gefälschte Dollar gefunden.

Ernüchternde Wirkung



Auf US-Militärstützpunkten in Großbritannien stationierte GIs werden von der Polizei öfter wegen Trunkenheit am Steuer festgenommen. Nun hat das US-Oberkommando folgendes bekanntgegeben: Falls keiner von der Besatzung eines Stützpunktes im Laufe von 28 Tagen deswegen belangt werden sollte, bekäme die ganze Besatzung einen zusätzlichen dienstfreien Tag. Dem "Guardian" zufolge ist bisher nur die Garnison des Stützpunktes Greenham Common in den Genuß dieser Vergünstigung gelangt. Man sagt, die unaufhörlichen Protestdemonstrationen bei diesem

Stützpunkt hätten ernüchternd auf die GIs gewirkt.

Arbeit mehr als genug, aber...



Eine typische paradoxe Erscheinung der "westlichen Lebensweise" schildert die "Neue Ruhr-Zeitung" (BRD). An die drei Millionen Bundesbürger können kaum lesen und schreiben, während über 60 000 bundesdeutsche Lehrer stellungslos sind.

Ein "guter Onkel"

Joseph Ramires siedelte sich in Princeton (Minnesota) an und galt bald als Wohltäter des Städtchens. Er spendete für den Ausbau des Flughafens und andere edle Zwecke 2,5 Mio Dollar. Die dankbaren Einwohner priesen ihn und fragten sich nur, wo er das viele Geld hernehme. Laut "Tagesspiegel" stellte es sich heraus, daß auf besagtem Flugplatz für Ramires regelmäßig Rauschgifte im Wert von vielen Millionen Dollars aus Südamerika ankamen.

Rapider als die Inflation

Unter den Rekorden des Vorjahrs nennt die Presse Japans z. B. die "Durchschnittsbestechung" von Beamten. 175 in 49 Wochen festgenommene Staatsangestellte haben gestanden, insgesamt 331 Mio Yen (1,35 Mio Dollar) Schmiergelder eingestrichen zu haben. Die "Durchschnittsbestechung" machte also 1.891.429 Yen, bedeutend mehr als im Jahre 1983, aus. Damals wurden 221 korrupte Beamte festgenommen, und

die Schmiergelder betrugen 201 Mio Yen. Mit dem Rekordtempo ihres Anwachsens haben sie sogar Teuerung, Arbeitslosigkeit, Straßenunfälle und Inflation überrundet.

Gelernt ist gelernt



Dem Nationalen Bildungsinstitut in den USA zufolge werden dort jährlich über 280 000 Schüler in den Schulen überfallen, davon 112 000 von bewaffneten Rowdys. In den Detroiter Schulen allein erlitten 102 Schüler voriges Jahr bei Raufereien in den Pausen Schußwunden. Eine der Hauptursachen der anwachsenden Kriminalität unter der amerikanischen Jugend ist die hemmungslose Gewaltpropaganda der Massenmedien. Allein in den Abendprogrammen der drei führenden TV-Gesellschaften — ABC, NBC und CBS — schwankt die Zahl der Gewaltszenen in der Stunde zwischen 16 und 37, und in den Filmen und Fernsehspielen über die gebührenpflichtigen Kanäle kommen auf 60 Minuten Sendezeit über 90 Mord-, Rauferei- und Vergewaltigungsszenen.

Früher Tod

John Dawson, ein Leiter des Britischen Ärzteverbandes, hat erklärt, daß jedes Jahr 100 000 Engländer infolge Rauchens eines frühen Todes sterben. Der Verband hat eine Kampagne gegen die aufdringliche Warenwerbung der Tabakfirmen eingeleitet.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis



V/O „ELEKTRONORGTECHNIKA“ OFFERIERT
 DAS COMPUTERSYSTEM
 „KERATOTOMIA“

Das Paket angewandter Programme wurde in dem von Prof. S. Fjodorow geleiteten Moskauer Forschungsinstitut für Augenmikrochirurgie entwickelt.

„KERATOTOMIA“ ist für die Voroperationsuntersuchung bei Verletzungen der Netzhaut und zur Diagnostik eventueller Folgen chirurgischer Eingriffe unter Berücksichtigung der individuellen Parameter des jeweiligen Auges bestimmt.

„KERATOTOMIA“ ist eine unersetzliche Hilfe für den Augenchirurgen bei der Korrektur von Kurzsichtigkeit und Astigmatismus.



V O „ELEKTRONORGTECHNIKA“
 UdSSR, 121200, Moskau,
 Smolenskaja-Sennaja, 32/34
 Telefon: 205-00-33
 Telex: 411386



Modernste
sowjetische
Kameras



ТЕЛЕ
КИНО РАДИО
ТЕХНИКА
85

Studiogeräte aus den USA;
japanische Kameras;
am italienischen Stand;
Regiepulte aus Großbritannien

TELEKINORADIOTECHNIKA '85

Vom 23. bis zum 30. Januar wurde auf dem Moskauer Ausstellungsgelände Krasnaja Presnja die Telekinoradiotechnika '85 gezeigt, auf der rund 170 Firmen und Organisationen aus 19 Ländern neueste Geräte für

Rundfunk- und Videoaufzeichnungen sowie -wiedergabe demonstrierten.

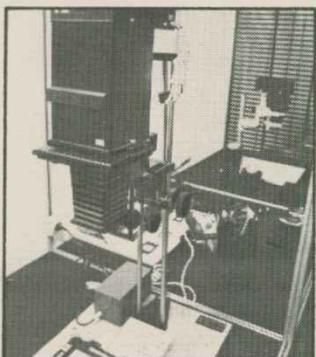
Als größter Stand stellte der sowjetische Entwicklungen des Film- und Foto-Forschungsinstituts, der Vereinigung „Ekran“ und des „Mosfilm“-Studios vor,

darunter hochmoderne Filmvorführanlagen „Kinor“, Vorrichtungen für Unterwasseraufnahmen, Einrichtungen von TV-Studios, Hologramme usw. Gegenwärtig gibt es in der UdSSR über 80 Millionen Fernseh- und 160 Millionen Rundfunkgeräte. TV-Sendungen werden in 45 Sprachen, Rundfunksendungen in 71 Sprachen der Völker der UdSSR ausgestrahlt. Dazu sind selbstverständlich die unterschiedlichsten technischen Mittel vonnöten. Deshalb verfolgen die sowjetischen Fachleute aufmerksam die modernsten Leistungen in diesem Bereich der Technik.

Alle interessanten Exponate lassen sich unmöglich aufzählen: Systeme zur Synchronisation von Filmen und große Regiepulte für Filmateliers und Konzertsäle, Geräte für Videoeffekte, Beleuchtungsanlagen, TV-Farbgeräte mit einer wandbreiten Projektionsfläche. Die Ausstellung wird zweifellos starken Einfluß auf die Entwicklung und Perfektionierung dieses wichtigen Zweigs des menschlichen Fortschritts nehmen.



TV-Videotechnik
aus der ČSSR,
die in vielen
Fernsehzentren
der UdSSR
installiert ist



Die Vergrößerungs-
apparate
der polnischen
Firma „Krokus“
sind bei
sowjetischen
Käufern
sehr populär



Fotos: W. Panow

Elektronische
Anlagen
der Firma
„Autopan“
aus der BRD

